

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2015

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe März-April 2015

Redaktionsnotiz.....	3
Die kommunistische Bewegung in Italien.....	5
<i>Gerhard Feldbauer: Neuer Vorstoß für eine einheitliche Kommunistische Partei.....</i>	5
Die KKE nach der Wahl.....	8
<i>Dimitris Koutsoumbas, Generalsekretärs des ZK der KKE: Erklärung zum Wahlergebnis vom 25. Januar 2015.....</i>	8
<i>Sektion für Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Zur gefährlichen und irreführenden Kampagne `Solidarität mit dem griechischen Volk´.....</i>	10
Imperialismus heißt Krieg.....	11
<i>Tibor Zenker: Tôi tên là Charlie.....</i>	11
<i>Erich Buchholz: Kriegsgefahr? Kriegspsychose?.....</i>	16

Zur Geschichte des Sozialismus.....	24
<i>Konstantin Brand</i> : Bekämpft von Anbeginn – zum 65. Jahrestag der Gründung des mFS.....	24
<i>William B. Bland</i> : Lenins „Testament“.....	26
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Episoden der Erinnerung an Vietnam.....	53
25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD.....	60
<i>Frank Flegel</i> : Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD am 31. Januar 2015.....	60
Buchenwald-Gedenken.....	66
<i>Aufruf zum Buchenwald-Gedenken am 12. Mai 2015</i> : 8. Mai – Tag der Befreiung durch die Rote Armee.....	66
Buchbesprechung.....	68
<i>Karsten Schönsee</i> : Der fast vollständige Bankrott des Revisionismus – Gruver Furr: Chruschtschows Lügen.....	68
Nachruf.....	75
<i>Brigitte Queck</i> : Persönlicher Nachruf. Professor Dr. Günther, Arzt, Antifaschist, Jude und mutiger Mahner gegen Krieg ist am 16.01.2015 in Husum gestorben.....	75
Rechenschaftsbericht 2014.....	77

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Angesichts des Rechenschaftsberichts für 2014, den Ihr am Ende des Heftes findet und der ein Minus von 1.191,38 € ausweist, werdet Ihr uns für verrückt halten: wir machen wieder einmal ein Buch. Natürlich besteht die Gefahr, dass wir dadurch erneut ins Defizit geraten und wir, also Anna und ich, weiterhin zuzahlen müssen, aber wir können es nicht lassen. Die Sache ist sehr spannend und passt gut in unsere Strecke. Es geht um die Frage der Demokratie im Sozialismus, diese konkret gestellt und überprüft an der Sowjetunion während der Stalin-Ära. Damit knüpft das Buch an den Artikel von Gruver Furr „Stalin und der Kampf um demokratische Reformen“ an, der im offen-siv-Sonderheft 4-2014 erschienen ist. Der Autor unseres Buches, Michael Kubi, ist uns seit Jahren bekannt, er war u.a. Teilnehmer unseres Fernstudiums. Wir werden an alle Abonnenten/innen ein kostenloses Exemplar des Buches senden, wie wir das mit allen von uns verlegten Büchern gemacht haben – sozusagen als Sonderheft-Ersatz. Gleichzeitig haben wir das Buch bei der Agentur für die Internationalen Standard-Buchnummern (ISBN), beim Marketing- und Verlagsservice des Deutschen Buchhandels und beim Verzeichnis lieferbarer Bücher angemeldet, so dass das Buch über jeden Buchladen bestellbar ist. So können wir es auch in der „jungen Welt“ und evtl. anderen linken Zeitungen annoncieren. Das Buch wird im Handel 14,00 Euro kosten. Eine Bitte an Euch: Falls Ihr für Familienmitglieder, Genossen/innen oder Bekannte ein oder mehrere Exemplare nachbestellen wollt, wäre es für uns von Vorteil, wenn Ihr das direkt bei uns macht (die Kontaktdaten findet Ihr im Impressum), wir senden dann portofrei. Eine Bestellung über den Buchhandel heißt für uns, dem Buchhändler 35 % Rabatt zu lassen.

So viel zu unseren Plänen. Nun zum vorliegenden Heft. Es geht um Erfreuliches und weniger Erfreuliches.

In Italien gibt es den Versuch, die Reste der kommunistischen Bewegung zu vereinen – Gerhard Feldbauer berichtet.

Über Griechenland bzw. über die neue griechische Regierung gibt es in der hiesigen Linken und auch bei den kommunistischen Kräften viel Unklarheit und einigen Streit. Syriza wird noch immer als Hoffnung dargestellt, die KKE als sich selbst isolierend, als neostalinistisch usw., das geht so weit, dass gefordert wird, Syriza nicht als eine sozialdemokratische Formation zu bezeichnen. Nun ist und bleibt ja laut Rosa Luxemburg „...die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.“ Sehen wir also genauer hin, was denn ist: Syriza war angetreten, einen Schuldenschnitt für Griechenland zu erstreiten und nicht mehr mit der so genannten Troika (Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds und Europäische Kommission) zusammenzuar-

beiten. Gleichzeitig wollte Syriza aber in der EU und in der NATO bleiben. Statt das als ein illusionäres Programm zu bezeichnen fingen nicht wenige Linke und auch Kommunisten an, von einer Demokratisierung Europas zu phantasieren, die nun von Griechenland ausginge, Portugal werden den Prozess unterstützen, und deshalb müsse man solidarisch sein. Was aber geschah? Nach einigen Verhandlungen hatte die neue griechische Regierung eine Verlängerung der Finanzhilfen beantragt und in diesem Zusammenhang am 20. Februar den Auftrag erhalten, bis zum 23. Februar eine detaillierte Planung darüber aufzustellen, wie sie die geforderten „Reformen“ umzusetzen gedenke. Die griechische Regierung ließ verlauten, dass sie Tag und Nacht arbeiten werde. Am 24. 2. legte sie dann einen Plan vor. Diese Planung wurde geprüft – von wem wohl? Von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds. Danach haben vier europäische Parlamente darüber abgestimmt und die griechische Planung genehmigt, darunter auch der Bundestag. Nun muss die griechische Regierung beweisen, dass sie das, was auf dem Papier steht, auch um- und vor allem durchsetzt. Geld gibt es erst im April – wenn alles von der Troika für gut befunden wird, was die griechische Regierung bis dahin gemacht haben wird. Was also ist von den hochtrabenden Plänen, die im Wahlkampf verkündet wurden, übrig geblieben? Nichts. Aber bei der Durchsetzung der Reformforderungen wird es Widerstand geben, die Gewerkschaften haben schon jetzt angemerkt, dass sie die Wahlversprechen ernst nehmen und einfordern werden. Was wird also geschehen, wenn es Demonstrationen und Streiks gibt? Die neue griechische Regierung wird sie ins Leere laufen lassen, bekämpfen, notfalls auch niederknüppeln lassen müssen. Man kann nur froh sein, das die KKE sich an diesem Fiasko nicht beteiligt. Die Sache ist doch ziemlich einfach und auch schon tausendmal vor unseren Augen abgelaufen: Änderungen innerhalb des imperialistischen Systems sind so gut wie ausgeschlossen, vor allem, wenn es sich um Grundsätzliches handelt. Einige Zugeständnisse musste dieses System machen, als es noch die Sowjetunion, die DDR und den Warschauer Pakt gab, denn da stand die Systemfrage am Horizont. Das ist heute nicht mehr so, und eine Politik, wie sie Syriza macht, führt nicht dazu, dass sie erneut gestellt wird. Deshalb ist die Politik dieser Partei eine typische sozialdemokratische Phrase, die in ihrem Resultat wie schon immer zu Ratlosigkeit, Demoralisierung und Demobilisierung führt. Die KKE macht die einzig richtige Politik. Wir bringen zwei Original-Verlautbarungen der KKE zum Ergebnis der Wahlen.

Selbstverständlich ist die wachsende Kriegsgefahr Thema, auch das widerliche Schmierentheater um „Charlie“.

Im Themenbereich „Geschichte des Sozialismus“ geht es zunächst um das MfS, dann erinnert uns Gerhard Feldbauer an bessere Zeiten, den 40. Jahrestag der Befreiung Südvietnams. Nebenbei gesagt: es jährt sich auch der 85. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams durch Ho Chi Minh und weitere Kommunisten.

Und wir haben den aus der Jan.-Febr.-Ausgabe zurückgezogenen Artikel über Lenins Testament (siehe Redaktionsnotiz Heft 1-2015) inzwischen selbst übersetzt und holen die Veröffentlichung nach.

Berichte von und für Veranstaltungen, ein Nachruf und eine Buchbesprechung runden das Heft ab, und es wäre alles ganz gut, gäbe es zum Schluss nicht den Rechenschaftsbericht für 2014 – mit besagten 1.191,38 € Minus.

So bleibt uns nichts als ein dringlicher Spendenappell. Wir werden in diesem Jahr rund 12.000,- Euro brauchen, wenn wir kostendecken sein wollen. Bitte helft uns!

Frank Flegel, Redaktion offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Die kommunistische Bewegung in Italien</h2>

Gerhard Feldbauer: Neuer Vorstoß für eine einheitliche Kommunistische Partei

Italiens Kommunisten bilden Vereinigung zur Vorbereitung ihrer Einheit und für breites linkes Bündnis

Italiens Kommunisten, die sich zu ihrer marxistischen Identität bekennen, haben eine neue Initiative zur Überwindung ihrer Zersplitterung gestartet. Am 21. Januar trafen sich 150 Vertreter der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (PRC) und der inzwischen in PCdI umbenannten Partei der Kommunisten Italiens sowie mehrerer Gruppen und derzeit nicht organisierte Kommunisten in Livorno, wo vor 94 Jahren die revolutionären Linken um Antonio Gramsci die Italienische Kommunistische Partei (IKP) gegründet hatten, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Beratung am Historischen Ort Livorno

Am 24. Januar folgte, ebenfalls am historischen Ort, in Bologna, wo vor 24 Jahren dieselbe Partei liquidiert wurde, eine zweite Tagung, an der nochmals über 100 Kommunisten teilnahmen. Sie stimmten dem Vorschlag zu, eine Vereinigung zur langfristigen Vorbereitung der Gründung einer einheitlichen kommunistischen Partei zu bilden, zur Erläuterung eine nationale Kampagne zu starten und weitere Veranstaltungen in zunächst 20 Großstädten durchzuführen. Sehr kritisch wurde in Livorno wie auch Bologna die Mitgliedschaft der PRC in der »Europäischen Linkspartei«, aber auch der Beobachterstatus der PCdI in der EL diskutiert.

Die Initiative für diesen neuen Vorstoß kam von einer Gruppe aktiver Kommunisten aus der PCdI und der PRC, dem sich weitere Persönlichkeiten aus verschiedenen Gruppen angeschlossen hatten. Unter ihnen der weit über Italien hinaus bekannte kommunistische Philosoph Professor Domenico Losurdo, Präsident der Internationalen Gesellschaft für Dialektisches Denken, der ein Manifest veröffentlichte, das in kurzer Zeit über 1.100 Kommunisten und Sympathisanten unterzeichneten. Das Manifest ruft dazu auf, mit der Vereinigung der Kommunisten Italiens einen langfristigen Prozeß zur Vorbereitung der Bildung einer einheitlichen kommunistischen Partei und zur Zusammenarbeit der Linken insgesamt einzuleiten.

Die Teilnehmer der Konferenzen in Livorno und Bologna, die dem Manifest geschlossen zustimmten, konnten feststellen, daß die Zahl der Unterzeichner inzwischen auf über 1.500 angewachsen ist. Viele von ihnen sind gesellschaftlich breit verwurzelt, kommen aus PCdI und PRC, aus den Gewerkschaften, sozialen Zentren, den Partisanenverbänden, sind Wirtschaftsmanager, Vertreter der Wissenschaft, Literatur und Kunst. Zu ihnen gehören Professor Angelo d'Orsi von der Universität Turin, Professor Piergiorgio Alleva, Ordinarius für Arbeitsrecht an der Universität von Bologna und Rechtsberater der Gewerkschaft CGIL, sowie die frühere Senatorin der PCI Carla Nespolo, Vizepräsidentin der Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (ANPI).

Das Beste aus der IKP übernehmen

Das Manifest ruft »alle kommunistischen Kräfte, welche sich auf verschiedene Weise auf das beste politische und ideologische Vermächtnis der Geschichte der IKP, der Klassenlinken Italiens und der internationalen kommunistischen Bewegung berufen sowie von den besten marxistischen Traditionen ausgehen, beginnend mit den Beiträgen Lenins und Gramscis« auf, sich mit »einer klaren internationalistischen und anti-imperialistischen Ausrichtung« zum gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen.

Die Beratungen analysierten den katastrophalen Niedergang der kommunistischen und linken Bewegung Italiens nach der Liquidierung der kommunistischen Partei –

wie Domenico Losurdo die Umwandlung der IKP 1991 in die sozialdemokratisch ausgerichtete Linkspartei PDS nannte, der 2007 zum Zusammenschluß einer Mehrheit mit der katholischen Zentrumspartei Margherita zur Demokratischen Partei (PD) führte, in der eine linke Basis sich heute gegen die rechte Führung kaum durchsetzen kann. Das Ausmaß dieser Katastrophe wird u. a. daran deutlich, dass die IKP 1976 von 34 Prozent Italienern - das waren zwölf Millionen – gewählt wurde, die in dieser Partei die Verkörperung einer – wenn auch nicht auf der Tagesordnung stehenden – sozialistischen Perspektive sahen. 2008 traten die IKP-Nachfolger PRC und PdCI in einer verschwommenen Regenbogenlinken an, die mit 3,1 Prozent unter die Vier Prozent-Hürde fiel. Nach Wahlanalysen votierten noch etwa zwei Prozent für die Kommunisten, was etwas mehr als 800.000 Wähler waren.¹ PRC und PdCI gehörten damals schätzungsweise noch etwa 70.000 Mitglieder (Mitgliederzahlen wurden offiziell nicht mehr angegeben) an. Nach internen Auskünften sind es jetzt für PRC und PdCI kaum mehr als 20.000 eingeschriebene Genossen. Etwa 5.000 sind Kommunisten ohne Parteibuch oder gehören kommunistischen Gruppierungen an. Eine 2006 von der PRC abgespaltene, an der IV. (trozkistischen) Internationale orientierte Kommunistische Arbeiterpartei (PCL) lehnt jedes Zusammengehen und auch nur Erörterungen mit PRC und PdCI (die sie als revisionistisch einschätzt) ab.²

Opportunismus mitgeschleppt

Zu den Ursachen dieses Niedergangs gehört, dass es auch in der 1991 gegründeten Nachfolgepartei der IKP, der PRC, nicht gelang, den aus der reformistischen Strömung in der IKP mitgeschleppten Opportunismus zu überwinden. Das fand kürzlich einen besonders deutlichen Ausdruck darin, daß die PRC bei den Wahlen zum EU-Parlament 2013 nicht mit einem eigenen Programm in den Wahlkampf ging, sondern unter dem Slogan »Ein anderes Europa mit Tsipras« für den griechischen Spitzenkandidaten der »Europäischen Linkspartei« warb. Das zeigte, dass aus der Niederlage in der Regenbogenlinken 2008 keinerlei Schlussfolgerungen gezogen wurden. Fortschritte gibt es hier in der zweiten kommunistischen Partei, die an der kommunisti-

¹ Wir verweisen auf die sich ausführlich mit den Ursachen dieser Niederlagen befassenden Publikationen Gerhard Feldbauers:

Wie Italien unter die Räuber fiel. Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde. Papyrossa, Köln 2012,

Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken. Schriftenreihe »Konsequent« der DKP Berlin, Heft 2/2013,

Der NATO liebster Kommunist - Giorgio Napolitano hat abgedankt. Der langjährige Funktionär der Italienischen Kommunistischen Partei bekleidete annähernd neun Jahre das Amt des Staatspräsidenten. Eine Renegatenkarriere. *Junge Welt*, Themenseiten, 15. Januar 2015.

² Zur Einschätzung siehe G. Feldbauer: Wie Italien unter die Räuber fiel, a. a. O., S. 189 f.

schen Identität der IKP und an Lenin und Gramsci anknüpfen will und deshalb ihren bisherigen Namen Partei der Kommunisten Italien (PdCI) in Kommunistische Partei Italiens (PCdI) abgeändert hat.

Kommunisten müssen eigene Organisation bewahren

In Livorno wie auch Bologna wurde betont, daß es sich bei der Neugründung der Partei nicht um einen kurzen, sondern um einen langen, stufenweisen Prozeß handeln werde, der aber heute eingeleitet werden müsse, um »einen konstruktiven Dialog zu eröffnen und Schritt für Schritt nicht nur gelegentliche Übereinstimmung zu erzielen, sondern zu einer aufbauenden Aktionseinheit zu kommen«. Die Kommunisten dürften nicht in einer linken Partei aufgehen, sondern müßten in diesem Prozeß ihre eigene Organisation bewahren, aber mit dieser einen aktiven Beitrag zur Einheit einer klassenbewußten Partei leisten.

So vermitteln die jüngsten Aktivitäten die Hoffnung, dass Schlussfolgerungen gezogen wurden, diese umgesetzt werden und es nicht nur eine gern gebrauchte Floskel ist, zu sagen, es sind Schritte in die richtige Richtung.

Gerhard Feldbauer

Die KKE nach der Wahl

***Dimitris Koutsoumbas, Generalsekretärs des ZK der KKE:* Erklärung zum Wahlergebnis vom 25. Januar 2015**

„Zunächst einmal wollen wir die tausenden Werktätigen unseres Landes, die jungen Menschen grüßen, die dem Aufruf der KKE gefolgt sind, und heute zu ihrer Stärkung beigetragen haben. Dadurch wurde die positive Tendenz des Wiederzusammenschlusses der Kräfte und der Wiedergewinnung von Stimmen bestätigt. Diese Tendenz begann bei den EU-, den Kommunal- und Regionalwahlen 2014, setzte sich in den kleinen und großen Kämpfen unseres Volkes, in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, in der breiteren Volksbewegung fort. Ein besonderer Gruß gilt den Wählern, die der KKE zum ersten Mal als Zeichen der Einschätzung der Beharrlichkeit, der Konsequenz und der Selbstlosigkeit der KKE ihre Stimme gaben.

Das allgemeine Wahlergebnis reflektiert die große Unzufriedenheit und die Wut des Volkes gegenüber Nea Dimokratia und PASOK, die ihm in Armut und Arbeitslosigkeit in den Jahren der Wirtschaftskrise gestürzt haben.

Sicherlich ist dieses Ergebnis weitgehend auch ein Ausdruck der trügerischen Hoffnung, dass die neue Syriza-Regierung eine volksfreundliche Politik betreiben kann. Auf der Grundlage der offiziellen Erklärungen und Stellungnahmen von Syriza während des Wahlkampfes und in der Zeit davor ging und geht die KKE davon aus, dass die neue Zusammensetzung des Parlaments und die Bildung einer eigenständigen oder Koalitionsregierung durch Syriza, auf den gleichen Schienen der Politik der EU als Einbahnstraße, der verminderten Forderungen, der Zugeständnisse und Kompromisse, der Bindungen vom Großkapital, von den Monopolen, der EU und der NATO, mit allen für das Volk und das Land negativen Folgen, fahren wird. Die Zechen werden wieder die Volksschichten zahlen.

Eine sehr negative Entwicklung ist die Tatsache, dass eine Nazipartei, mit einer ganz konkreten verbrecherischen und mörderischen Tätigkeit, geschaffen durch die Apparate des Systems, gerichtet gegen die Interessen des Volkes, noch bedeutende Stimmanteile für sich gewinnen konnte.

Insgesamt schätzen wir ein, dass die Linie der Gegenoffensive und des Bruchs mit dem kapitalistischen Entwicklungsweg, mit der EU und der Politik, die diesen Weg unterstützt, mit der Einverleibung und der passiven Erwartungshaltung noch mehr im Volk verstärkt werden soll.

Die KKE wird ihre Anstrengungen und ihre Initiativen verstärken, die im Fokus die zugespitzten Probleme der Werktätigen und des Volkes haben, mit Vorschlägen für die Entlastung der Arbeitslosen, der Familien aus den Volksschichten, der Selbständigen, den Bauern, der Studierenden.

Die KKE wird ebenfalls ihre Anstrengungen für die Wiederkonstituierung der Arbeiter- und Volksbewegung verstärken, für den Aufbau des Volksbündnisses, damit die Hoffnungen und Erwartungen des Volkes für eine Befreiung vom Joch der Monopole erfüllt werden.

Innerhalb und außerhalb des Parlaments werden wir mit der uns vom Volk verliehenen Kraft, den Kampf für die Enthüllung aller volksfeindlichen Pläne führen.

Wir werden uns diesen Plänen heute von der Position einer kämpferischen Opposition für die Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes mit Dynamik entgegensetzen, und die Kämpfe der Arbeiter und des Volksbündnisses für das Überleben, sowie für die Perspektive eines allgemeinen Sturzes des Systems organisieren und inspirieren.

Allen viel Kraft dabei! Wir gehen dynamisch voran!

ZK der KKE, Dimitris Koutsoumbas

Sektion für Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Zur gefährlichen und irreführenden Kampagne 'Solidari- tät mit dem griechischen Volk'

Zur selben Zeit, da die Diskussionen und Treffen der neuen griechischen Regierung aus Syriza und ANEL auf internationaler Ebene im Gang sind, vor Beginn der offiziellen Verhandlungen mit den „europäischen Partnern“ und „Gläubigern“ wird von bestimmten Kräften im Ausland eine „Kampagne der Solidarität mit dem griechischen Volk und der linken Regierung“ vorangetrieben.

Wenn man jedoch objektiv auf die tatsächlichen Bedingungen und Fakten blickt, stellt man fest, dass Folgendes im Zentrum dieser Verhandlungen steht: Wie zahlt das Volk weiterhin den hohen Preis für die Schulden, die nicht von ihm angehäuft wurden? Wie wird die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftssparten gestärkt? Wie geht es weiter mit den „Reformen“ (die von der Regierung ohne Zwang durch irgend jemanden weiterhin beabsichtigt sind, wie Alexis Tsipras während seines Treffens mit dem französischen Präsidenten Hollande am 4. Februar betonte)? Wie wird frisches Geld für die Erholung des griechischen Kapitals beschafft?

Wir erinnern uns, dass die Regierung der Syriza-ANEL-Koalition klargestellt hatte, dass es in Übereinstimmung mit den Gläubigern ein neues Programm geben werde, dass alle Verpflichtungen gegenüber den in Wirklichkeit ja kriminellen europäischen „Partnern“ eingehalten werden, was bedeutet, dass das Volk die Kredite zahlen wird, dass die Regierung für die Rettung „unseres gemeinsamen Europas“ arbeiten wird, d.h. für die EU, für einen imperialistischen Zusammenschluss. Die Regierung will ihre „Verpflichtungen“ gegenüber der NATO anerkennen. Und ein charakteristisches Bild für all das ist, dass die neue Regierung für die EU-Sanktionen gegen Russland stimmte, dieselben Sanktionen, für die die frühere Regierung gestimmt hatte. Die neue Regierung hat auch Israel zugesichert, dass Griechenlands Zusammenarbeit mit Israel fortgesetzt wird.

Sobald Syriza und ihre Verbündete im Ausland vom „Ende der Kürzungspolitik“ sprechen, sprechen sie in Wirklichkeit darüber, das Kapital zu stützen, und über die Fortsetzung des „sparsamen Lebens“ für das Volk. Der neue Finanzminister Gianis Varoufakis sagte, dass das notwendig sei. Die Arbeiterklasse wird weiter verelenden, mit heruntergestuften Rechten und heruntergestutzten Bedürfnissen, selbst dann, wenn die äußerst wenigen Maßnahmen gegen extreme Armut, die von der Syriza-ANEL-Koalitionsregierung versprochen wurden, in die Tat umgesetzt werden.

Die Arbeiter anderer Länder dürfen auf keinen Fall Anfeuerer für Verhandlungen werden, die nicht den Interessen der griechischen Arbeiter entsprechen. Es handelt

sich um eine Kampagne, die von der „Partei der Europäischen Linken“ und anderem „Treib- und Strandgut“ des Klassenkampfes wie der KP der USA orchestriert wird. Die Arbeiter der anderen Länder müssen in Klassensolidarität zur klassenorientierten griechischen Arbeiterbewegung und Volksbewegung stehen, die die Arbeiter und andere werktätige Schichten des Volkes aufrufen dafür zu kämpfen, dass alle Verluste, die sie während der Krisenzeit erlitten haben, ausgeglichen werden, dass ihre heutigen Rechte gesichert werden, dass ihre Bedürfnisse befriedigt werden und dass durch den Kampf die Voraussetzungen für die Ablösung der herrschenden Klasse geschaffen werden können.

Sektion für Internationale Beziehungen des ZK der KKE, 6.2.2015

Imperialismus heißt Krieg

Tibor Zenker: Tôi tên là Charlie

Kommentar von Tibor Zenker, stv. Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs, zum Terroranschlag von Paris und seinen Hintergründen.

Nein, keine französischsprachige Überschrift (zur tatsächlichen Bedeutung weiter unten). Trotzdem haben die aus der Schulzeit hängengebliebenen Kenntnisse der französischen Sprache jetzt doch noch ihren Wert: „Je suis Charlie“, versteht man nun überall in der „westlichen“ Welt und man schreibt es, fotografiert sich damit und postet es fleißig. Das mag in aller Regel eine ehrliche Reaktion auf ein furchtbares Verbrechen sein, doch die oberflächliche Betroffenheit hat nicht nur einen seltsamen Beigeschmack, sondern liefert auch keine nützlichen Antworten auf die hinter dem Terrorakt von Paris stehenden Fragen und Probleme, wohingegen ein eigenartiger Schulterchluss befördert wird. Der Reihe nach.

So weit es mich betrifft: Je ne suis pas Charlie. Mit den ermordeten Opfern von Paris kann man sich nicht mittels „Je suis Charlie“ solidarisieren, denn das ergibt schlichtweg keinen Sinn – sie sind tot. Mit der Zeitschrift an sich – „Charlie Hebdo“ – will ich mich nicht solidarisieren, weil nicht identifizieren. Ihre Karikaturen sind, gelinde gesagt, eher fragwürdig, um es aber deutlicher auf den Punkt zu bringen: oft können sie kaum anders wahrgenommen werden als rassistisch, frauenfeindlich, herabwürdigend und bemerkenswert dumm (ich hege gewisse Zweifel, ob manche dieser „Karikaturen“, nicht zuletzt im Themenbereich NS und Shoah, in Österreich oder Deutschland überhaupt möglich wären). Das ist durchaus erstaunlich, da die Zeitung aus

einer linken Tradition stammt und manche Mitarbeiter dezidiert kommunistische Projekte oder Anliegen unterstützten. Aber offenbar brachte man den eigentlichen Aufgabenbereich der Satire bei manchen Themen nicht mehr so recht auf die Reihe. Nun wird wieder andauernd der arme Tucholsky bemüht – wohl auch, weil er gerade 125. Geburtstag hatte (Alles Gute im Nachhinein!) –, aber konsequent nicht verstanden: Wenn Satire alles darf, heißt das nicht, dass jede zur Schau gestellte Unbedarftigkeit notwendig und von Wert ist. Satire kann recht gut Missstände, für die die „Mächtigen“ und „Herrschenden“ verantwortlich sind, oder aber solche, die man an sich selbst entdeckt und beobachtet, auf unterhaltsame Weise bloßstellen. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, verächtlich „nach unten“ zu treten oder andere Kulturkreise, deren Vorstellungen und Gefühlswelten man nicht zu ergründen bereit ist, deswegen propagandistisch zu desavouieren, ja gar in einer ungerechten Verallgemeinerung zu diffamieren. (...)

Bei „Charlie Hebdo“ arbeiten weiße, gut situierte, gebildete, männliche Europäer. Zwar sind auch das Christen- und Judentum Ziel des Spotts, das Hauptziel ist aber mit dem Islam markiert – und das sind in diesem Kontext auch gänzlich unterschiedliche Dinge. In Frankreich – wie überhaupt in Europa – ist das Christentum die vorherrschende und in gewisser Weise herrschende Religion. Insgesamt – so wurde oft genug deklariert – sei die christlich-jüdische Tradition die Grundlage der Wertegemeinschaft des Abendlandes. Der Islam gehört nicht dazu – im Gegenteil: Er ist in Europa die Religion von Minderheiten, von zumeist sozial Schwachen und Wehrlosen, von Unterdrückten, Diskriminierten und Ausgegrenzten. Wer hier seinen Hauptangriffspunkt sieht, hat von gesellschaftlichen Zusammenhängen entweder nichts verstanden – oder betreibt ganz bewusst die weitere Ausgrenzung und Abwertung. In diesem Sinne dient „Charlie Hebdo“, wo Muslime als generell rückständig und blöd dargestellt werden, weder der Religionskritik noch der Aufklärung, sondern nur der Verletzung von besonders verletzlichen Teilen der Gesellschaft.

Hier schließt sich ein gewisser Teufelskreis, in dem sich viele europäische Gesellschaften befinden. Der französische Staat hat seinen muslimischen Bürgern nichts zu bieten: keine oder miese Jobs, keine Bildungs- und Aufstiegschancen, keine Anerkennung. Stattdessen wird in den Vorstädten ghettoisiert und dieser Zustand verewigt. Wer sich als Bürger zweiter Klasse, als unerwünscht und wertlos fühlt, sucht sich eine andere Identität: Für die Nachkommen nord- und westafrikanischer oder nah- und mittelöstlicher Immigranten ist das mit einer gewissen Folgerichtigkeit die islamische Religionsgemeinschaft, denn von den Rechten und Christlich-Konservativen werden diese Menschen ohnedies verachtet, während die selbstzerstörerischen Linken ihnen auch nichts mehr anbieten können. Je verzweifelter eine solche Lage wird, desto empfänglicher ist sie für die Radikalisierung. Zumeist brennen nur ein paar Mülltonnen und Autos, manchmal kommt es schlimmer. Das Sein bestimmt das Bewusstsein,

wenn auch falsches Bewusstsein generiert wird, welches letztlich auf Illusionen hinausläuft, die tatsächlicher Emanzipation geradezu im Wege stehen. Das ist die innere Entwicklung, die aber auch eine internationale Entsprechung hat.

Denn als einer der wichtigsten und mächtigsten imperialistischen Staaten der Erde ist Frankreich Teil jenes „Westens“, der in der muslimischen Welt munter militärisch interveniert, um diese Regionen zum eigenen Vorteil politisch zu bevormunden und ökonomisch auszubeuten – das ist die Fortsetzung des Kolonialismus mit (nur teilweise) anderen Mitteln. Auch hier beschleicht einen leicht das Gefühl, dass die Menschen in diesen Ländern offenbar weniger wert sein müssen als die Europäer und Nordamerikaner. Wie sonst könnte man sich das erklären?

Die nun grassierende Solidaritätswelle trägt ironischer Weise das Ihre dazu bei: In Syrien, in Irak, in Nigeria, in Libyen, in Somalia, im Jemen, in Afghanistan, Pakistan, Palästina etc. stirbt an jedem einzelnen, verdammten Tag – gegenüber dem Anschlag von Paris – ein Vielfaches, ein Zigfaches, manchmal sogar ein Hundertfaches an Menschen durch den Terrorismus, nämlich durch den imperialistischen und den islamistischen (auch der tötet vornehmlich Muslime). An jedem Tag! Doch niemals erzeugt dies bei uns eine ähnliche Betroffenheit: Es gibt kein spontanes Kerzenaufstellen und Blumenniederlegen, keine Trauerkundgebungen oder -bekundungen, keine massenhaften „Je suis Mahmoud“-Plakate, -Buttons und -Statements. Warum? Sind diese Menschen weniger wert gewesen? Haben sie in ihren barbarischen Ländern ohnedies nichts anderes zu erwarten? Ist der Terrorismus nur dann schockierend, wenn er unsere heile und heilige „Zivilisation“ erreicht? Oder nur dann, wenn eine TV-Kamera direkt und im Idealfall live dabei ist? Das ist – im besten Fall – ziemlich unbedacht, im schlechteren heuchlerisch, im ganz schlechten Fall aber einfach Ausdruck dessen, dass sich der „Westen“ in Afrika, Asien und Lateinamerika selbst gerne des Terrors bedient, entweder durch eigenes unmittelbares Tun oder durch die Finanzierung, Bewaffnung und Ausbildung von Terrormilizen vor Ort, die eine gerade missliebige Regierung oder Bewegung bekämpfen sollen. Diese verselbständigen sich dann aber mitunter und wenden sich gegen ihre westlichen Förderer, so auch im Falle von Al Kaida und Islamischer Staat. Dumm gelaufen!

Aber wir sind nun zum Schulterchluss aufgerufen, wie es ihn seit 9-11 nicht mehr gab, denn bedroht sind wieder unsere Werte – und unsere Freiheit. Stimmt sogar, denn unter dem Eindruck von Terroranschlägen nehmen wir ja gerne die weitere Einschränkung unserer Bürger- und Menschenrechte zur Kenntnis. Das letzte Resultat der „Antiterror“-Hysterie seit dem 11. September 2001 ist der NSA-Überwachungsskandal – oder eben nur die Spitze des Eisberges. Vorratsdatenspeicherung, Rasterfahndung und Lauschangriff sind eh schon von gestern, ebenso die CIA-Geheimgefängnisse oder Guantánamo, die Foltermethoden unserer „zivilisierten“

westlichen Armeen, ihre Drohnenangriffe auf Zivilisten und Kinder. Es wird nun, zunächst in Frankreich, dann überall in der EU, weitere und neue Maßnahmen der Überwachung und Entmündigung, der Aufhebung der Privatsphäre, des Abbaus rechtsstaatlicher Standards, der Missachtung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit etc. bei gleichzeitiger Ausweitung der Befugnisse der Polizei, der Armee, des „Verfassungsschutzes“, der Geheimdienste und der Regierungen geben. Als gute Bürger, die momentan so betroffen und in Angst und Schrecken versetzt sind, gilt unser Schulterschluss somit den Herrschenden, die ihre Herrschaftsmethoden abermals straffen, in Richtung autoritäre und antidemokratische Strukturen, im schlimmsten Fall in Richtung einer schleichenden Faschisierung des Staatsapparates. Aber das geschieht natürlich alles nur zu unserem Schutz...

Selbstverständlich wird nichts davon verhindern können, dass ein radikalierter Attentäter Mittel und Wege findet, um in Paris, London, Berlin oder Wien einen Unschuldigen zu ermorden und dies zu einem Statement zu machen. Man müsste schon anders ansetzen. Das betrifft einerseits den Umgang mit dem Islam im Kontext solcher Anschläge, nämlich die unsägliche, unausweichliche Einforderung der kollektiven oder besser: pauschalen Verantwortung und den impliziten Generalverdacht. Im Gefolge der Anschläge von Paris, so heißt es, müssten die islamischen Gemeinschaften sich der Verantwortung stellen und die Muslime sich explizit distanzieren. Eine solche Notwendigkeit angesichts eines terroristischen Mehrfachmordes anzunehmen, ist ja eine Frechheit für sich, hat aber eine absurde „gute Tradition“ in Europa: Wer z.B. die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik kritisieren will, hat sich zunächst mal vom Antisemitismus zu distanzieren. Wer mit dem Kapitalismus ein Problem hat, hat zunächst mal klarzustellen, dass er kein Freund von Pol Pot, Stalin oder Kim Jong-un ist. In anderen Fällen ist Ähnliches freilich kein Thema: Wird von den Christen – weil sie ja auch Christen sind – verlangt, sich von Anders Breivik zu distanzieren? Oder distanzieren sich die „überzeugten EUropäer“ aller Länder als solche von dem Massaker ihrer ukrainischen Gesinnungsfreunde im Gewerkschafts- haus von Odessa?

Damit verbunden: Es gibt hier kein ideelles Islam-Problem. In Paris haben drei Franzosen 17 andere Franzosen ermordet. Die Opfer waren Christen, Atheisten, Juden und Muslime – die Täter waren durchwegs Muslime. Der unzulässige Schluss lautet: Sie waren Täter, weil sie Muslime waren. Natürlich ist das nicht nur eine bequeme Erklärung, da alles auf die nicht weiter zu hinterfragende Ebene der Religion geschoben wird, sondern auch noch die sicherste Methode, um das eigentliche Problem zu ignorieren und auf die nächsten Massaker hinzusteuern. Das Problem ist in Wahrheit ein gesellschaftliches und soziales.

Die bürgerliche Gesellschaft, ihre kapitalistische Ökonomie und imperialistische Außenwirkung schaffen und reproduzieren immense Reichtümer für die Reichen, aber am Gegenpol ständig menschliches Elend, schlussendlich sogar – insbesondere in Krisenzeiten – eine Vielzahl von Menschen, die innerhalb der kapitalistischen Profitlogik nicht einmal mehr ordentlich zu „verwerten“ (sprich: auszubeuten) sind. Sie sind ein Überschuss, auf den das Kapital verzichten kann: junge Menschen, die mittels minimaler (Aus-)Bildung noch vor Beginn ihres Erwerbslebens auf Dauerarbeitslosigkeit programmiert werden; Migranten und deren Kinder, deren Anwesenheit nur noch als Bedrohungslüge gegenüber der Existenzunsicherheit der Mehrheit genützt wird; und auf internationaler Ebene ganze Länder und Regionen, die bloß Rohstofflieferanten für den Westen zu sein haben, deren Bevölkerungen eine unangenehme Begleiterscheinung darstellen und auch für den nicht kriegführenden Imperialismus nur noch ein Kollateralschaden sind. Mit zuverlässiger Zufälligkeit sind die betroffenen Menschen in großer Zahl Muslime, in den relevanten abhängigen Ländern sowie in der französischen Unterschicht.

In ihrer gegenwärtigen Verfasstheit können unsere Gesellschaften darauf keine Antworten liefern, denn sie wollen es gar nicht. Sie können lediglich den Kampf der Kulturen ausrufen, um sich selbst zu legitimieren und zu erhalten sowie den nächsten Kreuzzug vorzubereiten. Sie fordern von uns, mit unserem Freiheitsbedürfnis ihre „Freiheit“ der Ausbeutung, ihre „Meinungsfreiheit“ des Rassismus und ihre „Pressefreiheit“ der Manipulation, Verhetzung und Lüge zu verteidigen. Unsere Gesellschaften können sich abschotten und tausende auf der Flucht befindliche Menschen im Mittelmeer ertrinken, verdursten und sich gegenseitig zerquetschen lassen. Sie können ihre Sündenböcke finden, auf die jeder berechnete Frust unberechtigt zu entladen ist – und ab in die Wüste damit! Und jetzt können endlich auch alle zusammenfinden und gemeinsam marschieren: die westeuropäischen Regierungen, die im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika als terroristische Mörderbanden agieren; die Rechten, die vor der „Islamisierung“ Europas warnen; verschiedene Religionsgemeinschaften, die ihre Schäfchen grundsätzlich für dumm verkaufen (denn das ist ihr Job); und die zivilgesellschaftliche Linke mit Humanistenanhang, weil es ja um Meinungsfreiheit und die entschiedenste Verurteilung von Mord geht – das passt jetzt alles in eine einzige Kundgebung unter dem Motto: „Je suis Charlie“.

Was die Menschen benötigen würden, wäre ihr Anteil am Wohlstand, anständige Jobs mit anständiger Bezahlung, menschenwürdige Wohnungen, soziale Absicherung, richtige Bildung. Das ist es, was vor Elend und Perspektivlosigkeit schützt – und damit auch vor Radikalisierung: humoriger Weise nicht nur vor der islamistisch-djihadistischen, sondern auch vor der rechtsextremen, fremdenfeindlichen, rassistischen und neofaschistischen. Aber daran haben die Herrschenden gar kein Interesse. Sie verstehen sehr gut, dass der politische Islam (mit dem man Geschäfte machen

kann) und islamistischer Terrorismus (den man als Werkzeug oder als Bedrohungsszenario nutzen kann) auf der einen Seite sowie Front National, PEGIDA, FPÖ & Co. auf der anderen Seite kommunizierende Gefäße sind, die als Mittel der Herrschaftsabsicherung dienen. Und wir helfen ihnen auch noch dabei, wenn wir nun betroffen und schockiert sind, in Massenversammlungen dem Terror unsere vermeintliche, von oben nun verordnete „Freiheit“ in Schulterschlussaufmärschen und mit Burgfriedenmentalität entgegensetzen, und gleichzeitig glauben, auch noch den Fremdenhass und Rassismus der Rechten nicht nur kritisieren, sondern überwinden zu können.

Was man beizeiten überwinden müsste, um die Spirale des Elends und der Gewalt, der Menschenverachtung und der nützlichen Idiotie auf allen Seiten zu beenden, das wären die bürgerliche Gesellschaft, die kapitalistische Verwertungslogik und das System des Imperialismus. Damit würden sich übrigens die Religionen auch früher oder später en passant erledigen. Bis wir so weit sind, stehen uns wohl noch einige Terroranschläge ins Haus. Das garantieren die etablierte Politik, die ökonomisch Herrschenden und die zu ihnen gehörenden Medien, die uns Meinungs- und Pressefreiheit vorgaukeln und sicher schon die nächste Mohammed-„Karikatur“ in der Schublade bereit halten. Man muss das Öl hineingießen, solange das Feuer brennt.

„Tôi tên là Charlie“, bekannt aus der Überschrift dieses Textes, bedeutet auf vietnamesisch „Ich bin Charlie“ – in Vietnam hatten sie nämlich 1960-1977 den richtigen „Charlie“ im Kampf gegen Unterdrückung und für die Freiheit. Das braucht's nämlich: Độc lập – Tự do – Hạnh phúc.

Tibor Zenker, PdA-Info, Jänner 2015

Erich Buchholz: Kriegsgefahr? Kriegspsychose?

Meldungen in den Medien, über Syrien (wo seit drei Jahren ein Krieg tobt), Irak (jetzt erneut in Krieg verwickelt) und vor allem über die zugespitzte Situation in der Ukraine, haben nicht wenige Bundesbürger, vornehmlich die, die den zweiten Weltkrieg überlebten und daher wissen, was Krieg ist, und unter den Bundesbürgern. besonders Frauen und Mütter, beunruhigt, ihnen Angst gemacht.

Bis vor kurzem galt der Einsatz von deutschen Soldaten in Afghanistan noch als ungefährlich. Als jedoch Flugzeuge mit Särgen in die Heimat geflogen wurden, als Kriegsversehrte zurückkamen und dann Stück für Stück Einzelheiten über den gefährlichen Einsatz deutscher Soldaten dort durchsickerten, musste, amtlich ausgesprochen werden, dass dort – doch – **Krieg** herrschte. Über fünfzig deutsche Soldaten mussten am Hindukusch ihr Leben lassen!

Krieg ist auch in der Bundesrepublik kein geliebtes Wort.

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz vom Anfang vergangenen Jahres³ äußerten sich führende bundesdeutsche Politiker in einer Weise, die ich – (Jahrgang 1927!) nur als Einstimmung der Bürger auf einen neuen Waffengang verstehen kann. Soweit sie sich auch zu Kämpfen mit der IS und zur Lage in der Ukraine äußerten, rückt die drohende Kriegsgefahr immer mehr in den Vordergrund.

Wegen der Bedeutung der Aussagen betreffender Politiker der BRD auf jener Konferenz ist es geboten, sich mit diesen näher auseinanderzusetzen.

So erklärte *Bundespräsident Gauck* in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Fassung seiner Rede, es sollte "heute für Deutschland und seine Verbündeten selbstverständlich sein, **Hilfe anderen nicht einfach zu versagen**, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden".⁴

Nun ist Gefährdeten und Bedrohten Hilfe zu erweisen eine solidarische Menschenpflicht, die auch die Deutschen immer wieder auf alle mögliche Weise erfüllen und erfüllen. Das muss ihnen nicht erst ein Bundespräsident zurufen.

Was soll aber seine Äußerung auf einer Sicherheitskonferenz und nicht auf einer Zusammenkunft der Volkssolidarität oder auch christlicher Kirchen?

Nachdem sich dieser Mann s. Zt. als "Stasi-Jäger" einen Namen gemacht hatte und sich zum Chef der unter seinen Namen bekannt gewordenen Behörde hat berufen lassen, vergaß er seine christlichen Wurzeln. In seinem Eifer übersieht der Bundespräsident, was das *endlich geschaffene moderne Völkerrecht* vorgibt. Gauck entfernt sich kraft seines Verfolgungseifers von diesem Völkerrecht in einer Weise, für die das GG keine Rechtsgrundlage hergibt.

Ob *Menschenrechtsverletzungen, Völkermord, Kriegsverbrechen* oder *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* tatsächlich vorliegen **oder nicht**, entscheidet im Rechtsstaat ohne umfassende Sachprüfung nicht ein Politiker, selbst wenn er an der Spitze eines Staates steht, der für sich die Rechtsstaatlichkeit in Anspruch nimmt.

Da diese - **rechtsfeindliche** - Anmaßung des Bundespräsidenten mit **Handlungsaufforderungen** an die Bundesbürger verbunden ist, wird es **kreuzgefährlich - ganz**

³ Kurz nach Fertigstellung meines Artikels hat die diesjährige so genannte „Sicherheitskonferenz“ in München stattgefunden. Die dortigen Diskussionen und Ergebnisse konnte ich nicht mehr in meinen Artikel einarbeiten. (E.B.)

⁴ www.zeit.de › Politik › Ausland.

abgesehen davon, dass er nach Art. 56 GG den Amtseid geschworen hatte. Nach diesem Artikel hat er seine "Kraft **dem Wohle des deutschen Volkes**" (zu) "widmen, seinen Nutzen" (zu) "mehren, **Schaden von ihm**" (zu) "wenden, **das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes**" (zu) "**wahren und**" (zu) "**verteidigen...**" Das Amt des Bundespräsidenten wurde nicht dazu geschaffen, dass er sich zu einer Art „Oberrichter“ des Völkerrechts erhebt.

Soweit er in seinen Ausführungen vom „**Verteidigen**“ spricht, kann es **nicht um militärische Verteidigung** gehen (dafür ist er **nicht zuständig!!** Wenn er etwas meint **verteidigen zu müssen**, so kann es sich nur um die **Verteidigung des Grundgesetzes und der Gesetze des Bundes handeln!!** Doch davon sprach er gerade nicht.

Bundesverteidigungsministerin von der Leyen äußerte sich in gleichem Sinne wie Gauck: „Wenn wir über die **Mittel und Fähigkeiten** verfügen, dann haben wir auch eine **Verantwortung, uns zu engagieren.**“ Noch nie habe ich von einem Politiker, ja von einer Politikerin, etwas dermaßen **Rechts- und Rechtsstaatsfeindliches gehört!!** Selbst Geheimdienste sollen in einem Rechtsstaat nicht alles machen, was sie **faktisch** können, sondern **nur das, was ihnen die Rechtsordnung erlaubt!**

Ganz im Widerspruch dazu erfuhren wir vor einiger Zeit aus den Medien, dass die *Geheimdienste*, besonders der USA - wie auch die im Netz wirkenden und herrschenden Unternehmen, so Microsoft und Apple, - nach dem Motto handeln: *Was technisch möglich* ist, wird auch gemacht - **ohne Rücksicht auf die Rechtslage!**

Im Rechtsstaat gilt **auch für die Bundeswehr**: Es darf nur das gemacht werden, **was durch die Rechtsordnung** – genauer das GG und im Ausland das Völkerrecht **erlaubt und nicht verboten ist!**

Zu den zukünftigen Soldaten der Bundeswehr sagte Frau von der Leyen am 20.7. 2014 am Bendlerblock: "Soldatinnen und Soldaten, Ihr Dienst in der Bundeswehr und Ihre **Bereitschaft zur Verantwortung** ist auch uns, dem Parlament, der Regierung und mir als Verteidigungsministerin eine **Verpflichtung**. Eine Verpflichtung, genau zu wägen, wofür, zu welchem Ziel und wie wir Sie beauftragen und einsetzen. Wir werden dies nur tun zur **Verteidigung der Werte des Rechts und der Freiheit, auf denen unser Staat** gebaut ist.⁵

⁵ Sie setzt dann fort: " Uns allen ist bewusst, dass dies *nicht ohne Gefahren* ist. Wir stehen hier - am Bendlerblock - unmittelbar vor dem Ehrenmal für die Soldaten der Bundeswehr, die im Dienst für unser Land *gestorben* sind. Ein Dienst, der nicht nur im Auslandseinsatz, sondern auch in der Heimat oft genug mit Gefahren für Leib und Leben verbunden ist...

Was soll das?

Sie hielt diese Rede doch nicht vor Juristen, sondern vor Soldaten. Ihnen werden **militärische Waffen** in die Hand gegeben. Sollen sie „zur Verteidigung der **Werte des Rechts und der Freiheit**“ **Panzer oder Maschinengewehre einsetzen?**

Anstelle klarer verfassungs- und völkerrechtlicher Begriffe, wie „Angriffskrieg“ oder „Kriegführung“ (so im Art. 26 GG), im Rahmen einer - von München ausgehenden - militärischen und psychologischen Rüstung und Kriegsvorbereitung wird mit **ideologischen Begriffen**, wie "**Verteidigung unserer Werte**", "**Verteidigung der Werte des Rechts und der Freiheit, auf denen unser Staat** gebaut ist ". operiert.

Die Wendung "Verteidigung unserer Werte" gehört in das Gebiet der Philosophie, Rechtswissenschaft, Soziologie und Geschichte, aber **nicht ins Ressort der militärischen Verteidigung!!**

Soweit einige Zitate von jener Sicherheitskonferenz⁶, damit der Leser meinen folgenden Ausführungen zu folgen vermag.

Für mich – und ich denke auch für nicht wenige Deutsche - entfernt sich der Tenor dieser Konferenz zu Beginn des Jahres, in dem sich zahlreiche Historiker und Interessierte des **Beginns des Ersten Weltkrieges und der Umstände seines Ausbruchs erinnern**, von diesem sich für Frieden in der Welt engagierenden Anliegen: Was ist den vorstehend zitierten Äußerungen führender Bundespolitiker zu entnehmen?

Es überraschte mich nicht, dass nicht wenige Bundesbürger diesen Äußerungen **Kriegspropaganda** und wohl auch die **Drohung einer Kriegsgefahr** entnahmen. Sie fragen sich: Soll die Bundesrepublik mit ihrer Bundeswehr in einen **Krieg außerhalb Europas** verwickelt oder einbezogen werden?

Bundeskanzler Schröder hatte, nachdem er zu den Mitverursachern des Jugoslawien-Krieges gehört hatte, die Bundeswehr und damit die Bundesrepublik vor einer Einbeziehung in den Krieg der USA im Irak bewahrt, den diese unter dem Vorwand falscher Informationen ihres Geheimdienstes über Massenvernichtungswaffen des Irak meinten dort führen zu müssen.

Allerdings beteiligte sich die Bundeswehr im Rahmen einer so genannten "*Internationalen Schutztruppe*" (ISAF) in Afghanistan, wo es angeblich nicht so gefährlich werden würde. Aber es war doch Krieg, wie sich alsbald herausstellte.⁷

⁶www.fnj.de/.../Zitate-aus-drei-Tagen-Muenchener-Sicherheitskonferenz Frankfurter.Neue Presse vom 2.2.2014

Warum wurde die **Wahrheit** über diesen Krieg mit seinen Auswirkungen so lange **verheimlicht**? Sollen die Bundesbürger im Unklaren gelassen, sollen sie durch Verschweigen von Tatsachen belogen werden?

Dieser Afghanistan-Einsatz wird ja nun der Geschichte angehören. Hat er seinen Zweck erfüllt? Eigentlich - wenn man sich der offiziell verbreiteten Version der ursprünglichen umfassenden Aufgabenstellung erinnert - **nicht!**

Auch das wird so nicht zugegeben! Dieser Einsatz von Soldaten wird jetzt mit anderer Aufgabenstellung und unter einer anderen Bezeichnung fortgeführt! Wird das weniger gefährlich sein? War es in diesem *mittelasiatischen* Land - viele Tausend km "fern in der der Türkei" ⁸(Goethe) - vor diesen von den USA geführten Einsatz nicht viel ruhiger?

Jedenfalls gab es damals keine afghanischen und keine deutschen Opfer zu beklagen.

Die Bundesregierung behauptet - wie die obigen Zitate der Münchener Sicherheitskonferenz erkennen lassen - dem massenhaften Leid zahlreicher Zivilpersonen, Frauen und Kinder in Syrien und im Irak sowie den massenhaften Verletzungen von Menschenrechten dort ein Ende bereiten zu wollen.

Ist das nicht gut und edel? Dürfen wir zusehen, wie viele Tausende Menschen, auch Kinder, gequält und getötet werden?

Als Jurist darf ich mich nicht von Empörung und edlen Gefühlen leiten lassen. Denn diese sind - sobald man die Sache näher untersucht - kein guter Ratgeber.

Wenn wir - um ein Beispiel aus dem Alltag anzuführen - in der Öffentlichkeit erleben, dass sich zwei Gruppen von Jugendlichen gegenseitig fast totschiessen, dass bereits Blut fließt, weil Messer im Spiel sind, sollte man da nicht eingreifen?

Vorsicht!

Weiß man denn, **worum** es geht, wer der **Urheber** dieser lebensgefährlichen Auseinandersetzung ist, wo deren **Ursachen** liegen? Wie leicht kann es dazu kommen, dass

⁷ In einem solchen Krieg gab es nicht nur Tote und Verwundete, sondern auch Opfer mit psychische Schäden, bei psychisch kranken deutschen Soldaten aus Afghanistan bekannt – und zwar Schäden, die dem "Vietnam-Syndrom" nahe kommen, unter dem GIs der USA in den 60er Jahren und danach litten und noch leiden.

⁸ Die Türkei, obzwar NATO-Staat, versteht sehr wohl, ihre Interessen zur Geltung zu bringen

der, der aus Edelmut weiteres Blutvergießen verhindern möchte, aus Unkenntnis dem "Falschen" "hilft"⁹ und das Blutvergießen *vermehr*t?

Erst recht ist bei kriegesischen Auseinandersetzungen zunächst zu fragen, worum es geht, wie sich die Lage im Lichte der Imperialismusanalyse darstellt und wie die **Rechtslage** ist.

Damit ist der uralten Frage unbedingt nachzugehen: "cui bono?" = Wem dient die Auseinandersetzung? Wer hat davon einen Nutzen oder Vorteil?

Den Medien entnehmen wir, wie oben illustriert, dass manche Politiker gern, um den Bürgern **ihre Politik** nahezubringen bzw. die Bürger über **ihre Politik** zu täuschen, anstelle klarer verfassungs- und völkerrechtlicher Begriffe wie Angriffskrieg oder Kriegführung (so im Art. 26 GG), im Rahmen einer militärischen und psychologischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung **ideologische Begriffe** wie "**Verteidigung unserer Werte**", "**Verteidigung der Werte des Rechts und der Freiheit, auf denen unser Staat gebaut ist**".¹⁰ ins Feld führen.

Die Wendung der "Verteidigung unserer Werte" im Munde der Verteidigungsministerin muss *Argwohn* aufkommen lassen. Was will und meint sie und was meinen andere Politiker **wirklich oder eigentlich**? Meinen sie **Krieg** oder **drohenden Krieg** oder auf Friedenserhaltung gerichtete Außenpolitik oder was?

Fragen wir weiter: Wie ist das mit **Krieg** und **Frieden**, mit **Angriffs-** und **Verteidigungskrieg**?

Allein an der deutschen Geschichte ist zu erkennen, dass es schon immer so war: Diejenigen, die einen Angriffskrieg gegen Nachbarstaaten vorbereiteten, also die *Aggressoren und Kriegstreiber, die Kriegsverbrecher*, **redeten** stets vom **Frieden** und allenfalls von *Verteidigung*. Hitler erklärte zum Beispiel am frühen Morgen des 1. September 1939, als die Aggression gegen den polnischen Nachbarstaat bereits in vollem Gange war: „Seit fünf Uhr fünfundvierzig wird jetzt zurückgeschossen!“

Er wollte glaubhaft machen, der Aggressor Hitlerdeutschland habe sich nur verteidigt!!

⁹ Nach dem Strafgesetzbuch (§ 323c StGB) ist jedermann in solcher Situation zu sinnvoller angemessener Hilfe verpflichtet, aber nicht zu einer willkürlichen "Hilfe". Im Zweifel wäre es geboten, Polizei und medizinische Hilfe zu rufen.

¹⁰ Frau von der Leyen, a.a.O.

Es gibt keinen Aggressor, der sich von vornherein dessen rühmt, einen Angriffskrieg vorzubereiten, im Schilde zu führen.

Warum muss diese Feststellung so nachdrücklich betont werden?

Die BRD liegt mitten in einem friedlichen Europa; ihre Grenzen verbindet sie mit anderen friedliebenden Staaten, mit denen sie gemeinsam der EU angehört, die vielfach sogar ebenfalls Mitglieder des NATO-Paktes sind. Zwar ist die NATO eine Kriegsmaschinerie, aber Kriege zwischen NATO-Partnern sind nicht vorgesehen. Die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland sind nicht gefährdet und werden nicht bedroht! Ebenso wenig droht der BRD ein Angriffskrieg, eine Aggression durch andere Staaten!!

Was sollen in einem solchen Europa Worte und Vokabeln, die den Bürgern - vor allem Frauen und Müttern - Angst vor einem Krieg machen? Was soll in einem solchen Europa eine Kriegspropaganda in der BRD? Brauchen wir in der BRD überhaupt eine psychologische Kriegsvorbereitung und Aufrüstung?

Da die BRD und ihre Grenzen selbst unbestritten – soweit man vorausschauen kann - **nicht durch einen Krieg bedroht** sind, geht es bei der derzeit geübten militärischen und psychologischen Aufrüstung, eindeutig **nicht um eine Verteidigung der BRD und ihrer Bürger!!**

In der Tat meint keiner der Politiker der BRD, durch einen Nachbarstaat mit einem Krieg bedroht zu werden. Sie meinen etwas Anderes! Die BRD und ihr Militär soll augenscheinlich für **ganz andere Zwecke und für bestimmte Interessen in einen Krieg verwickelt** werden!

Somit kann es sich nur um einen getarnten verdeckten Angriffskrieg gegen Staaten, staatsähnliche Organisationen oder militärische Verbände – vermutlich **außerhalb Europas** – handeln. Da die USA schon sehr lange dort **ihre Kriege** führen, erhebt sich die Frage, wem, wessen Interessen die militärische und psychologische Aufrüstung der Bürger unseres Landes dienen soll? Natürlich eigenen militärischen Interessen oder der *Unterstützung* anderer Staaten, wie der USA – noch dazu **ohne ein Mandat der UNO!**

Wir haben hier nicht zu spekulieren. Aus Erfahrung und vor allem aus der Geschichte wissen wir: Was heute unwahrscheinlich erscheint, kann morgen Wirklichkeit werden!!

Dass die USA, die mit dem verbrecherischen Abwurf der Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki den „Kalten Krieg“ auslösten und damit ihr **Weltherrschaftsprogramm** einleiteten, ist nicht nur für mich sonnenklar. Ich erinnere daran: Um dieses – schrittweise – zu realisieren, führten sie 1948 die insgeheim

lange vorbereitet separate Währungsreform durch, was aus Sicht der USA nur die unmittelbare Vorstufe der politischen und staatlichen Spaltung Deutschlands war.

Diese BRD sollte von vornherein in einen von den USA beherrschten Militärpakt, die NATO, eingegliedert werden, um zum einen ihr während des Krieges aufwändig über den „großen Teich“ nach Europa verbrachtes militärisches Potential dort, inmitten Europas, für die Realisierung ihrer Weltherrschaftspläne parat zu haben und auch die weitgehend erhalten gebliebenen ökonomischen und militärischen Potenzen Westdeutschlands, ab 1949 der BRD. für ihre Zwecke einsetzen zu können.

Inzwischen hat sich im Verlaufe von vier und mehr Jahrzehnten – nicht zuletzt nach der Annexion der DDR –manches geändert.

In Europa, in der EU, avancierte die BRD zur Nr.1. Treffend sprach eine Berliner Tageszeitung zur „Neuaufstellung der EU-Verwaltung“ als Überschrift auf S. 1 von einer **deutschen** EU!

Hat die BRD, haben die großen kapitalistischen Unternehmen in der BRD wie die der Auto-, Flugzeug- und nicht zuletzt der Rüstungsindustrie nicht auch eigene wirtschaftliche und Herrschaftsinteressen?

Wird die BRD als Staat, als moderne imperialistische Staatsgewalt, die, ie wir alle wissen, nur ein Ausschuss ist, der die gemeinsamen Geschäfte der Bourgeoisie verwaltet, gemäß den Wünschen und Forderungen, vor allem den Profitinteressen der ökonomisch Mächtigen in diesem Lande, nicht zwangsläufig - wenn auch zumindest zunächst begrenzte - Kriege anfangen, anfangen **müssen**?

Aber was die Belange der Bundesbürger betrifft. an die ich vor allem denke, so seien wir uns dessen bewusst: Die NATO-Mitgliedschaft der BRD bietet **keine völkerrechtliche Rechtfertigung für beliebige militärische Abenteuer der USA, vor allem nicht von (nach dem GG der BRD verbotenen) Angriffskriegen!**

Um auf die Gegenwart zurückzukommen, wäre klarzustellen, dass die Rechtslage anders wäre, wenn ein NATO-Staat, wie die BRD, *auf seinem Staatsgebiet von Drittstaaten* angegriffen oder überfallen, wenn er Opfer einer Aggression werden würde.

Somit kann es sich bei kriegerischen militärischen Aktionen, auf die die einleitend genannten Äußerungen von Politikern der BRD abstellen, nur um getarnte, verdeckte **Angriffskriege** gegen Staaten, staatsähnliche Organisationen oder militärische Verbände **außerhalb Europas** handeln!

Da die USA schon sehr lange dort **ihre Kriege** führen, wird erkennbar, dass die militärische und psychologische Aufrüstung der Bürger unseres Landes vornehmlich der

Unterstützung der **ohne ein Mandat der UNO geführten Kriege der USA** gegen die vorgenannten Gruppierungen dienen!!

Dabei erinnere ich daran, dass die NATO-Mitgliedschaft der BRD **keine völkerrechtliche Rechtfertigung** für beliebige militärische Abenteuer der USA oder anderer NATO-Mitglieder bietet.

Die Sorge nicht weniger Bundesbürger besteht darin, dass die BRD als NATO-Mitglied und engster Verbündete der USA, **in einen imperialistischen Krieg hineingezogen** wird oder einen solchen selbst anstrebt, was natürlich **nicht den Interessen der Bürger unseres Landes entspricht!!**

Wollen die USA ihre alte Losung "Not our Boys" (nicht unsere Soldaten!) auf unsere Kosten realisieren?

Solidarische Hilfe all denen zu erweisen, die anderswo durch Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit getötet, verletzt oder vertrieben werden. sollte für die Bundesbürger selbstverständlich sein - aber nicht eine militärische Intervention mit vorgeschobener ähnlicher Begründung und daher auch kein modernes „Säbelrasseln“ der deutschen Bourgeoisie, vermittelt durch „klare Worte“ des Bundespräsidenten und der Verteidigungsministerin!!

Erich Buchholz

Zur Geschichte des Sozialismus

Konstantin Brand: Bekämpft von Anbeginn – zum 65. Jahrestag der Gründung des MfS

General Reinhard Gehlen, der persönlich am Unternehmen „Barbarossa“, dem Angriff auf die UdSSR beteiligt war, kam spätestens nach der verlorenen Schlacht am Kursker Bogen zu der Erkenntnis, seine Haut retten zu müssen. Als Chef der „Abteilung Fremde Heere Ost“ bereitete er sich und sein Agentennetz auf eine mögliche Niederlage vor.

Ab Oktober 1944 verarbeitete er die Ergebnisse seines Spionagenetzes auf Mikrofilme. Er war sich sicher, dass die Westmächte sich gegen die verbündete Sowjetunion wenden würden und dabei würden sie ihn, seine Mitarbeiter und seine kopierten Dokumente im Kampf gegen eine „kommunistische Expansion“ benötigen, weil sie selber keine Agenten dort besaßen. Das Mikrofilmmaterial versteckte er wasserdicht

in den Alpen. Im sogenannten „Pakt von Bad Elster“ beschloss er gemeinsam mit seinen Stellvertretern Wessel und Baun die geordnete Übergabe der Dokumente an die Amerikaner.

So geschah es dann auch und aus wohlüberlegtem Kalkül finanzierten die USA die Gründung der „Organisation Gehlen“ im Juli 1946. Am 1.7.1949 übernahm der amerikanische Geheimdienst CIA vorübergehend die „Organisation Gehlen“ mit den gleichen Methoden, mit dem gleichen faschistischen Führungspotential und natürlich mit ihren Chef, Reinhard Gehlen.

Es war für uns in der jungen DDR nun nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde einen eigenen Nachrichtendienst aufzubauen.

So kam es am 8. Februar 1950, wenige Monate nach der Gründung der DDR, zum Beschluss der Provisorischen Volkskammer über das Gesetz zur Bildung des Ministerium für Staatssicherheit.

Vom ersten Tag seiner Bildung an stand das MfS vor schwierigen Problemen und umfangreichen Aufgaben. Die inneren und äußeren Feinde der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung und von ihnen missbrauchte Elemente bedienten sich der vielfältigsten, selbst der skrupellosesten Mittel und Methoden des Kampfes, angefangen von der zügellosen antikommunistischen Hetze gegen die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Repräsentanten, über Sabotage, Diversion und Spionage bis zu Mordanschlägen, Terror und bewaffneter Bandentätigkeit.

Viele jener Genossen, die das MfS mit aufbauten, erwarben sich an den unsichtbaren Fronten des Klassenkampfes wertvolle Erfahrungen bei der Enthüllung der geheimen Pläne der Bourgeoisie und beim Schutz der Arbeiterklasse vor den verdeckten Angriffen ihrer Feinde. (...)

Dies war eine wichtige Verantwortung und darauf sollten wir stolz sein, auch 65 Jahre danach.

Konstantin Brand, aus: GRH-Mitteilungen¹¹ 2-15.

¹¹ Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

William B. Bland: Lenins „Testament“

Übersetzung ins Deutsche: Red. offen-siv

Die Behauptung:

Lenin empfahl der Russischen Kommunistischen Partei, Stalin von seinem Posten als Generalsekretär abzulösen.

„Im Dezember 1922 schrieb Wladimir Iljitsch (Lenin – WBB) einen Brief an den Parteitag, der ein Dokument von großer Bedeutung war und in die Parteigeschichte als ‚Lenins Testament‘ einging. Wladimir Iljitsch sagte:

‚Ich schlage vor, dass sich die Genossen überlegen, wie man Stalin von seinem Posten (als Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion) entfernen kann.‘“ (Nikita S. Chruschtschow: Geheimrede an den 20. Parteitag der KPdSU, in: Russisches Institut der Columbia University, Hrsg.: ‚Die Anti-Stalin-Kampagne und der Internationale Kommunismus. Eine Dokumentenauswahl‘, New York 1956, S. 6f).

Einführung

Chruschtschows Behauptung (siehe oben) ist nur in einem Punkt ungenau: Lenin schrieb nicht selbst das Dokument, das unter dem Namen ‚Lenins Testament‘ bekannt wurde; es wurde einer seiner Sekretärinnen, und zwar Lidya Fotjewa*, von ihm diktiert. Seine Echtheit wurde aber nie in Zweifel gezogen. Die diesbezügliche Stelle aus Lenins Brief lautet so:

„Stalin ist zu grob, und eine solche Eigenschaft kann bei einem Generalsekretär nicht toleriert werden. Deshalb schlage ich vor, dass die Genossen sich einen Weg überlegen, wie man Stalin von diesem Posten entfernen kann.“ (W. I. Lenin, Brief an den Parteitag, in: Gesammelte Werke, Band 36, Moskau 1966, S. 596).

Aber es gibt es gibt da ein paar Merkwürdigkeiten, was Lenins Handlungsweise betrifft, als er diese und auch andere Passagen dieses Briefes diktierte.

Lenins Einschätzung über Stalin

Ein rätselhaftes Merkmal des Dokuments, das unter dem Namen ‚Lenins Testament‘ bekannt wurde, besteht darin, dass Lenin im gesamten Verlaufe seines politischen Lebens, bis Ende 1922, die allerhöchste Meinung von Stalin hatte. Schon im Februar 1913 bezeichnete Lenin dem Schriftsteller Maxim Gorki* gegenüber Stalin als ‚den fabelhaften Georgier‘: *„Wir haben jetzt einen fabelhaften Georgier, der sich hingestellt und einen langen Artikel für ‚Prosweschtschenije‘ verfasst hat, wofür er sämtli-*

ches österreichisches und anderes Material gesammelt hat.“ (W. I. Lenin, Brief an Maxim Gorki, in: Gesammelte Werke⁴, Band 35, Moskau 1966, S. 84).

Nur kurze Zeit darauf, im Dezember 1913, beschrieb Lenin Stalin als den führenden marxistischen Analytiker in der nationalen Frage: *„Die Umstände und die Grundlagen für ein nationales Programm der Sozialdemokratie sind kürzlich in der marxistischen theoretischen Literatur abgehandelt worden (hier ist besonders Stalins Artikel zu erwähnen).*“ (W. I. Lenin, ‚Das nationale Programm der RSDAP‘, in: Gesammelte Werke⁴, Band 19, Moskau 1963, S. 539).

Und Ende März 1922 auf dem 11. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei verteidigte Lenin Stalin gegen die Kritik von Jewgeni Preobraschenski*, weil Stalin nicht nur den Posten des Volkskommissars für Nationalitäten innehatte, sondern auch noch den des Volkskommissars für Staatliche Kontrolle: *„Die turkestanische, kaukasische und andere Fragen ... sind alles politische Fragen! Sie müssen einer Lösung zugeführt werden. Das sind Fragen, die die Aufmerksamkeit der europäischen Staaten schon seit Jahrhunderten fesseln. Wir lösen sie, und wir brauchen dazu einen Mann, zu dem die Vertreter jeder dieser Nationen gehen und mit dem sie ihre Probleme in allen Einzelheiten besprechen können. Wo finden wir einen solchen Mann? Ich meine, dass der Genosse Preobraschenski dafür keinen besseren Kandidaten finden kann als den Genossen Stalin. ... Das Gleiche gilt für die Arbeiter- und Bauerninspektion. Das ist ein riesiges Arbeitsfeld, aber um in der Lage zu sein, all diese Untersuchungen durchzuführen, müssen wir an der Spitze einen Mann haben, der über hohes Ansehen verfügt, sonst werden wir in kleinlichen Zänkereien umkommen.*“ (W. I. Lenin, ‚Das nationale Programm der RSDAP‘, in: Gesammelte Werke, Band 19, Moskau 1963, S. 539).

Und tatsächlich hatte das Zentralkomitee im April 1922 nach dem Parteitag, auf Vorschlag Lenins, Stalin ins höchste Amt der Partei gewählt und zum Generalsekretär der Partei ernannt.

„Auf Lenins Vorschlag hin, wählte das Plenum des Zentralkomitees am 3. April 1922 Stalin ... zum Generalsekretär des Zentralkomitees.“ (G. F. Alexandrow, Hrsg., ‚Joseph Stalin – eine Kurzbiografie‘, Moskau 1947, S. 74f).

„Nach dem Parteitag wählte das Zentralkomitee auf Lenins Vorschlag hin Stalin ... zum Generalsekretär des Zentralkomitees.“ (Marx-Engels-Lenin-Institut: ‚Lenin‘, London 1943, S. 183).

„Ein neues Zentralkomitee ... sprach sich dafür aus, den Posten des Generalsekretärs zu schaffen, um das Sekretariat zu leiten und bestimmte Stalin für das Amt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Lenin diesen Beschluss in die Wege geleitet hat.“ (R. H. McNe-

al, ‚Stalin: Man and Ruler‘, hiernach zitiert als ‚R. H. McNeal 1988‘), Basingstoke 1988, S. 67).

„Es gehört schon viel Fantasie dazu, wenn einige sowjetische Historiker, offizielle oder nicht-offizielle, meinen, dass Stalin nicht Lenins eigene Wahl für den Posten des Generalsekretärs des Zentralkomitees war, wozu er im April 1922 gewählt wurde.“ (A. B. Ulam, ‚Stalin: The Man and his Era‘, London 1989, S. 205).

“Der anscheinend einzige Mann mit dem Wissen, der Effizienz und Autorität für den wichtigsten Posten (den des Generalsekretärs – WBB) war Stalin. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Lenin die Ernennung unterstützte, die er wahrscheinlich selbst initiiert hatte.“ (I. Grey, ‚Stalin: Man of History‘, London 1979, S. 159).

Ganz offensichtlich ist aber Ende 1922 etwas eingetreten, das Lenin dazu veranlasst haben musste, seine Meinung von Stalin, die er bis dahin gehabt hatte, radikal zu ändern.

Lenins Einschätzung über Trotzki

In dem Dokument ‚Lenins Testament‘ existieren in Bezug auf Trotzki ähnliche Merkwürdigkeiten. Lenin über Trotzki:

„Der Genosse Trotzki ... zeichnet sich nicht nur durch außergewöhnliche Fähigkeiten aus. Er ist wahrscheinlich der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK.“ (W. I. Lenin, Brief an den Parteitag, in: Gesammelte Werke, Band 36, Moskau 1966, S. 595).

Es gehört wohl zu den wichtigsten Merkmalen der trotzkistischen Mythologie, dass in der Zeit von Lenins führender Rolle in der Russischen Kommunistischen Partei Trotzkis Beziehungen zu Lenin und zur Partei Beziehungen des ‚gegenseitigen Vertrauens‘ gewesen seien, und dass Trotzkis Zusammenstoß mit der Partei erst erfolgte, als Stalin die Führung in der Partei erhielt. Aber dieses Bild ist falsch. Hier kurz die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten und heftigen Zusammenstöße zwischen Lenin und Trotzki in chronologischer Reihenfolge:

1903:

Über den Zweiten Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Juli-August 1903 berichtet Trotzkis Biograf Isaac Deutscher*, der ihm sehr zugetan ist, Folgendes: *„Trotzki war einer von Lenins entschiedensten Gegnern. Er warf Lenin vor, den Versuch unternommen zu haben, eine geschlossene, konspirative Organisation, aber keine Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. ... Lenin ... versuchte, auf Trotzki auf sanfte Art und mit dem Mittel der Überzeugung zuzugehen. Alles war umsonst. Trotzki versteifte sich in seiner Feindseligkeit zu ihm.“* (I. Deutscher, ‚The

Prophet Armed: Trotsky: 1879-1921', hiernach zitiert als ‚I. Deutscher 1989, Oxford 1989, S. 80f).

Kurz nach dem Parteitag schrieb Trotzki den ‚Bericht einer sibirischen Delegation‘, zu der er damals gehörte. Darin sagt er von Lenin, dass dieser ‚Maximilian Robespierre* gleicht‘, obwohl nur „ ... so, wie eine vulgäre Farce einer historischen Tragödie ähnelt.“ (L. D. Trotzki, ‚Zweiter Parteitag der RSDRP‘, Bericht der sibirischen Delegation‘, Genf 1903, S. 33).

Dazu Deutscher: „Als er sich seine Meinung über Lenin gebildet hatte, sparte er nicht mit Worten. Er griff ihn leidenschaftlich an und mit der ganzen Wucht seiner Beschimpfungen.“ (L. D. Trotzki, ebd.).

1904:

Im August 1904 veröffentlichte Trotzki seine Broschüre ‚Unsere politischen Aufgaben‘, in der er Lenins Auffassung, dass eine disziplinierte Partei von entscheidender Wichtigkeit sei, um die Arbeiterklasse anzuleiten und eine sozialistische Revolution durchzuführen, als ‚Jakobinertum**‘ bezeichnete und unterstützte die Idee von einer ‚Arbeiterpartei‘ nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas: „Lenins Methoden führen hierzu: Zuerst ersetzt die Parteiorganisation die Partei als solche; dann ersetzt das Zentralkomitee die Organisation und schließlich ersetzt ein einziger ‚Diktator‘ das Zentralkomitee. ... Ist es denn so schwer zu begreifen, dass jede ernstzunehmende Gruppe, wenn sie vor dem Dilemma steht, ob sie aus Gründen der Disziplin, sich stillschweigend verleugnen soll, oder die Disziplin beiseite lassend, ums Überleben kämpfen soll, sie sich zweifellos für das Letzte entscheiden und sagen wird: Zum Teufel mit der ‚Disziplin‘, die die vitalen Interessen der Bewegung unterdrückt! Dieses ganze böswillige und moralisch abstoßende Misstrauen Lenins, diese hohle Karikatur auf die tragische Intoleranz des Jakobinertums ... muss jetzt zu diesem Zeitpunkt mit aller Macht liquidiert werden, oder aber unsere Partei steht vor dem vollständigen politischen, moralischen und theoretischen Verfall.“ (L. D. Trotzki, ‚Unsere politischen Aufgaben‘, Paris 1970, S. 192).

Dazu erneut Trotzki's Biograf Deutscher: „Kaum ein anderer menschwistischer* Verfasser hat Lenin mit einer solchen Giftigkeit angegriffen. ‚Abscheulich‘, ‚zügellos‘, ‚demagogisch‘, ‚schlampiger Anwalt‘, ‚böswillig und moralisch abstoßend‘ – das waren die Attribute, mit denen Trotzki den Mann bewarf, der ihm noch vor kurzer Zeit die Hand ausgestreckt hatte, der ihn nach Westeuropa gebracht hatte, der ihn gefördert hatte.“ (I. Deutscher 1989, S. 93).

Jedoch äußerte sich auch Lenin ähnlich entschieden gegenüber Trotzki. Im Oktober 1904 schrieb Lenin: „Eben ist eine neue Broschüre von Trotzki erschienen ... Die

Broschüre ist eine Ansammlung unverschämter Lügen.“ (W. I. Lenin, Brief an Jelena Stassowa und andere, in: Gesammelte Werke, Band 43, Moskau 1969, S. 129).

1909:

Im August 1909 schreibt Lenin: *„Trotzki verhält sich wie ein verabscheuungswürdiger Karrierist und Fraktionsmacher. Er legt der Partei gegenüber Lippenbekenntnisse ab und verhält sich schlechter als irgendein anderer Fraktionist.“* (W. I. Lenin, Brief an Grigori Sinowjew, in: Gesammelte Werke, Band 34, Moskau 1966, S. 399f)

1910:

Zwischen März und Juni 1910, Lenin: *„Trotzki bringt den ganzen Geist des übelsten Versöhnertums zum Ausdruck ..., der im Endeffekt den Liquidatoren** und Otsowisten** die größten Hilfsdienste leistet ... Diese Position Trotzki's ist falsch.“* (W. I. Lenin, ‚Anmerkungen eines Publizisten‘, in: Gesammelte Werke, Band 16, Moskau 1963, S. 211, 251).

Im Dezember 1910 ist Lenin Trotzki nicht gerade freundlicher zugetan, dessen Resolution *„ ... genau die Ziele von ‚Golos‘** zum Ausdruck bringt, nämlich das Ziel, die zentralen Parteiinstanzen zu liquidieren ... und mit ihnen die gesamte Partei als Organisation.“* (W. I. Lenin, ‚Über Parteiangelegenheiten‘, in: Gesammelte Werke Band 17, S. 23). *„Trotzki's Aufruf zu einer ‚freundschaftlichen‘ Zusammenarbeit seitens der Partei mit den ‚Gobs‘ und ‚Wperjods‘** ist nichts als abscheuliche Heuchelei und Phrasendrescherei. Trotzki scharft um sich alle Gegner des Marxismus ... Trotzki vereinigt all jene, denen ideologischer Verfall am Herzen liegt, all jene, die sich nicht um die Verteidigung des Marxismus kümmern. Kämpft gegen die Taktik der Spalterei und das prinzipienlose Abenteuerertum Trotzki's!“* (W. I. Lenin, ‚An die russische Gruppe des Zentralkomitees der RSDLP‘, in: ‚Werke‘, Band 17, Moskau 1963, S. 20ff).

Und Ende 1910 spricht Lenin *„von den vollmundigen, aber hohlen Phrasen, die unser Trotzki meisterhaft beherrscht. ... Trotzki entstellt den Bolschewismus, weil er nie in der Lage war, sich ein klares Bild von der Rolle des Proletariats in der russischen bürgerlichen Revolution zu machen. Dass Trotzki's Anliegen darin besteht, eine Fraktion zu bilden, ist inzwischen allen klar. Trotzki ... vertritt bloß seine eigenen persönlichen Schwankungen und sonst gar nichts. ... 1903 war er Menschewik; 1904 distanzierte er sich vom Menschewismus; 1905 kehrte er zu ihm zurück und gab lediglich ultrarevolutionäre Phrasen von sich. ... An dem einen Tag übernimmt er etwas aus dem ideologischen Arsenal der einen Fraktion; am nächsten Tag geht er mit dem Gedankengut einer anderen hausieren und behauptet dann, dass er über den Fraktionen stehe. Ich fühle mich veranlasst zu sagen, dass Trotzki nur seine eigene Fraktion vertritt und nur unter den Otsowisten und Liquidatoren ein gewisses Vertrauen ge-*

nießt.“ (W. I. Lenin, ‚Die historische Bedeutung des innerparteilichen Kampfes in Russland‘, in: ‚Werke‘, Band 16, S. 375, 380, 389, 391).

1911:

Im Januar 1911 bezeichnet Lenin Trotzki als *„Judas Trotzki.“* (W. I. Lenin, ‚Judas Trotzki errötet vor Scham‘, in: Gesammelte Werke, Band 17, Moskau 1968, S. 45).

Im September 1911: *„Die Trotzkiisten sind ... schädlicher als alle anderen Liquidatoren. Die Trotzkiisten täuschen die Arbeiter.“* (W. I. Lenin, ‚Aus dem Lager der Stolypinschen Arbeiterpartei‘, Gesammelte Werke, Band 17, Moskau 1968, S. 243).

Im Oktober 1911: *„Trotzki bringt mehr als alle anderen Versöhnertum** zum Ausdruck. Er war wahrscheinlich der erste, der der Strömung eine theoretische Fundierung gab. Schon seit 1910 hat Trotzki die Arbeiter auf eine prinzipienlose und schamlose Weise getäuscht, als er ihnen versicherte, dass die Hindernisse für die Einheit hauptsächlich, wenn nicht gänzlich, organisatorischen Charakter trügen. ... Der einzige Unterschied zwischen Trotzki und den Versöhnern besteht in Paris darin, dass diese Trotzki als Fraktionsmacher ansehen und sich selbst als keine, wohingegen Trotzki die entgegengesetzte Ansicht vertritt. Trotzki versorgt uns mit einer Fülle von Beispielen für Intrigen, um eine prinzipienlose ‚Einheit‘ herzustellen.“* (W. I. Lenin, ‚Die neue Fraktion von Versöhnern, oder die Tugendhaften‘, in: ‚Werke‘, Band 17, 1968, S. 258, 260, 264, 270).

Dezember 1911: *„Es ist unmöglich, sich mit Trotzki über die Sache selbst zu unterhalten, weil er keinerlei Ansichten besitzt. ... Was ihn betrifft, so kommt es darauf an, ihn als einen Diplomaten des kleinsten Kalibers zu entlarven.“* (W. I. Lenin, ‚Trotzkis Diplomatie und eine bestimmte Parteiplattform‘, in: ‚Werke‘, Band 17, 1968, S. 362).

1912:

Die Prager Konferenz vom Januar 1912 beschloss, dass die Bolschewiki (die die Mehrheit in der russischen sozialdemokratischen Partei stellten – Übers.) ausschließlich in der Partei vertreten sein sollten. In seiner Zeitung ‚Prawda‘ *„verurteilte Trotzki Lenins Projekt wütend mit vielen Worten. Sein Zorn erreichte seinen Höhepunkt im April, als die Bolschewiki anfangen, in Petersburg eine Tageszeitung namens ‚Prawda‘ herauszubringen. ... Er polterte gegen den ‚Diebstahl‘ und die ‚Machtergreifung‘ ... durch den Zirkel, der nur von Chaos und Verwirrung lebt.“* (I. Deutscher 1989, S. 198f).

1912 schreibt Lenin an den Herausgeber des Blattes: *„Ich würde Euch raten, Trotzki brieflich so zu antworten: ‚An Trotzki in Wien: Wir beantworten keine verleumderischen und destruktiven Briefe. Trotzkis schmutzige Kampagne gegen die ‚Prawda‘ besteht aus einer Ansammlung von Lügen und Verunglimpfungen.“* (W. I. Lenin,

Brief an den Herausgeber der ‚Prawda‘, in: Gesammelte Werke, Band 35, Moskau 1966, S. 41).

Im August 1912 schloss sich Trotzki's Gruppe mit den Menschewiki, dem jüdischen Bund** und anderen zusammen und bildete eine antibolschewistische Koalition unter dem Namen ‚August-Block‘. Dazu Trotzki's Biograf Isaac Deutscher: *„Trotzki war der Wortführer jenes Blocks, und unermüdlich geißelte er Lenins ‚destruktive Arbeit‘.“* (I. Deutscher 1989, S. 200).

November 1912: *„Seht Euch die Plattform der Liquidatoren an! Ihr liquidatorisches Wesen wird hübsch durch Trotzki's revolutionäre Phrasen getarnt.“* (W. I. Lenin, ‚Die Plattform der Reformisten und die der Revolutionären Sozialdemokraten‘, in: ‚Werke‘, Band 18, Moskau 1968, S. 380).

1914:

Zwischen Februar und Mai 1914 schreibt Lenin: *„Trotzki hat bisher zu keiner wichtigen Frage des Marxismus eine feste Meinung gehabt ... Zur Zeit befindet er sich in einem Boot mit den Bundisten und Liquidatoren.“* (W. I. Lenin, ‚Das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung‘, in: ‚Werke‘, Band 20, Moskau 1964, S. 447f).

Mai 1914: *„Trotzki liebt wohltönende und leere Phrasen. Wir hatten Recht, als wir Trotzki einen Vertreter der ‚schlechtesten Elemente des Fraktionismus‘ nannten. Trotzki ... besitzt keinerlei ideologische und politische Bestimmtheit. Unter der Tarnkappe des ‚Nicht-Fraktionismus‘ vertritt Trotzki energisch die Interessen einer Gruppe im Ausland, die sich dadurch auszeichnet, dass sie keine festen Prinzipien und keine Verankerung in der russischen Arbeiterbewegung besitzt. ... Es gibt viel Beiwerk und Tamtam in Trotzki's Phrasen, aber sie haben keinerlei Bedeutung. Wenn man auf diese unerträgliche Phrasendrescherei milde reagieren will, dann sollte man es durch Witze versuchen. Trotzki ist sehr erpicht darauf, mit der Aura des Experten pompöse und wohlklingende Phrasen zu benutzen, um historische Phänomene auf für ihn schmeichelhafte Weise zu erklären ... Trotzki versucht, die Bewegung zu zerrütten und eine Spaltung herbeizuführen. ... Trotzki vermeidet Fakten und konkrete Hinweise, ... weil sie schonungslos all seine Zornesausbrüche und wohlklingenden Phrasen widerlegen. ... Ende 1903 war Trotzki ein leidenschaftlicher Menschewik. ... 1904 verließ er die Menschewiki und nahm eine schwankende Position ein, und jetzt proklamiert er seine absurde linke Theorie von der ‚permanenten Revolution‘. In der Periode der Desintegration ... ging er wieder nach rechts, und im August 1912 beteiligte er sich an dem Block mit den Liquidatoren. Er hat sie jetzt erneut verlassen, obwohl er das Wesen ihrer kitschigen Ideen unablässig wiederholt.“* (W. I. Lenin, ‚Die Zerrüttung der Einheit unter dem Deckmantel eines Aufrufs zur Einheit‘, in: Gesammelte Werke, Band 20, Moskau 1964, S. 329, 331ff, 345, 346f).

1915:

Im Juli 1915 erklärt Lenin: „*Wie immer ist Trotzki im Prinzip mit den Sozialchauvinisten** ganz und gar nicht einer Meinung ..., aber dann stimmt er ihnen im Prinzip wieder vollständig zu ...*“ (W. I. Lenin, ‚Die Lage in der russischen Sozialdemokratie‘, in: ‚Werke‘, Band 21, Moskau 1964, S. 284).

Im gleichen Monat kritisiert er die „*hochfliegende Phraseologie, mit der Trotzki immer seinen Opportunismus rechtfertigt. Der phrasendreschende Trotzki hat auch in der einfachsten Frage seine Orientierung verloren.*“ (W. I. Lenin, ‚Die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg‘, in: ‚Werke‘, Band 15).

Und schließlich verurteilt Lenin Trotzkis Unterstützung für die Parole von ‚weder Sieg noch Niederlage‘: „*Wer immer für die Parole ‚weder Sieg noch Niederlage‘ ist, ist bewusst oder unbewusst ein Chauvinist; er ist ein Feind der proletarischen Politik ..., ein Partisan der bestehenden Regierung, der derzeitigen herrschenden Klasse. Jene, die dafür eintreten, stehen faktisch auf der Seite der Bourgeoisie und der Opportunisten, denn sie glauben nicht an die Möglichkeit der internationalen revolutionären Aktion der Arbeiterklasse gegen die eigene Regierung.*“ (W. I. Lenin, ‚Die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg‘, in: Gesammelte Werke, Band 21, Moskau 1964, S. 278ff).

Zwischen Juli und August 1915 schreibt Lenin: „*Die Liebhaber von Phrasen ... wie Trotzki verteidigen – gegen uns – die Friedensparole.*“ (W. I. Lenin, ‚Die Einschätzung der Friedensparole‘, Band 21, ‚Werke‘, Moskau 1964, S. 288).

„*In Russland ... verteidigt Trotzki das Zusammengehen mit den Opportunisten und Chauvinisten von ‚Nasche Sarja‘*** (W. I. Lenin, ‚Sozialismus und Krieg‘, in: Gesammelte Werke, Band 29, Moskau 1964, S. 312).

November 1915: „*Trotzki ...wiederholt seine ‚ursprüngliche‘ Theorie aus dem Jahre 1905 und weigert sich, darüber nachzudenken, weshalb im Verlauf von zehn Jahren das Leben an dieser hervorragenden Theorie vorbeigegangen ist. Von den Bolschewiki hat sich Trotzki den Aufruf zum entschlossenen revolutionären proletarischen Kampf und zur Eroberung der politischen Macht ausgeliehen, während er sich von den Menschewiki die Verneinung der Rolle der Bauernschaft ausgeborgt hat. ... Trotzki hilft tatsächlich den liberalen Politikern in Russland, die mit der ‚Verneinung der Rolle der Bauernschaft‘ sich weigern, die Bauern zu mobilisieren.*“ (W. I. Lenin, ‚Über die zwei Linien in der Revolution‘, in: ‚Werke‘, Moskau 1964, S. 419f).

1916:

Im März 1916 schreibt Lenin an Henriette Roland-Holst*: „*Worin bestehen unsere Differenzen mit Trotzki? Kurz gesagt: Er ist ein Kautskyaner**.*“ (W. I. Lenin, ‚Brief an Henriette Roland-Holst, in: Gesammelte Werke, Band 43, Moskau 1969, S. 515f).

Im gleichen Monat schreibt Lenin: „*Trotzki ... ist mit Leib und Seele für die Selbstbestimmung, aber in seinem Fall ist das nur eine hohle Phrase.*“ (W. I. Lenin, ‚Das Friedensprogramm‘, in: Gesammelte Werke, Band 22, Moskau 1964, S. 167).

Juni 1916: „*Unabhängig davon, welches subjektiv die ‚guten‘ Absichten von Trotzki und Martow* sein mögen, ihre ausweichende Haltung unterstützt objektiv den russischen Sozialimperialismus.*“ (W. I. Lenin, ‚Die Diskussion über die Selbstbestimmung zusammengefasst‘, in: ‚Werke‘, Band 22, Moskau 1964, S. 360).

1917:

Im Februar 1917 schrieb Lenin an Alexandra Kollontai* und Inessa Armand* Folgendes: „*Was für ein Schwein dieser Trotzki ist: linke Phrasen und ein Block mit den Rechten!! Er muss entlarvt werden.*“ (W. I. Lenin, Brief an A. Kollontai, in: Gesammelte Werke, Band 35, Moskau 1966, S. 285).

„*Trotzki kommt an, und dieser Schurke tut sich sofort mit dem rechten Flügel von ‚Novy Mir‘*** zusammen. ... Das ist Trotzki für Euch!! Immer sich selbst treu, dreht sich, betrügt, gibt sich als Linker aus und hilft den Rechten.*“ (W. I. Lenin, Brief an I. Armand, in: ebd., S. 288).

Im April 1917 berichtete Lenin an die Petrograder Stadtkonferenz der RSDAP: „*Trotzkismus: ‚Kein Zar, aber eine Arbeiterregierung!‘ Das ist falsch.*“ (W. I. Lenin, Schlussbemerkungen in der Debatte zur gegenwärtigen Lage‘, in: Gesammelte Werke, Band 24, Moskau 1966, S. 150).

Im Mai 1917 trafen sich die Bolschewiki mit der Petrograder ‚Innerstädtischen Organisation‘, zu der Trotzki gehörte, um die Möglichkeit eines Zusammenschlusses auszuloten. Auf dem Treffen erklärte Trotzki: „*Ich kann mich nicht Bolschewik nennen. Man kann mich nicht veranlassen, den Bolschewismus anzuerkennen. Der alte Fraktionsname ist unerwünscht.*“ (L. D. Trotzki, Rede vor der Meschraijonski-Konferenz, in: Institut des Marxismus-Leninismus: ‚Gegen den Trotzkismus. Der Kampf Lenins und der KPdSU gegen den Trotzkismus‘, Dokumentensammlung, Moskau 1972, S. 122).

Am 15. Dezember 1917 unterschrieb die neue revolutionäre Regierung Sowjetrusslands ein Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland und am 22. Dezember begannen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Trotzki, der die sowjetrussische Dele-

gation leitete, hatte Folgendes im Sinn: „*Wir unterbrechen den Krieg, aber unterschreiben keinen Frieden. Wir demobilisieren die Armee.*“ (I. Deutscher 1989, S. 175). Lenin war strikt gegen Trotzki's Plan: „*Lenin trat diskret und ruhig gegen meinen Plan auf.*“ (L. D. Trotzki, ‚Lenin‘, New York 1925, S. 135). Und so „... ging Trotzki mit Lenin eine persönliche Vereinbarung ein. ... Was würde wohl passieren, fragte Lenin besorgt, wenn sie (die Deutschen – WBB) sich entschlössen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen? Lenin war zu Recht davon überzeugt, dass dies eintreten würde. Trotzki ging über diese Gefahr leichtfertig hinweg, aber stimmte zu, den Frieden zu unterschreiben, falls sich Lenins Befürchtungen als gerechtfertigt erweisen sollten.“ (I. Deutscher 1989, S. 375).

Am 9. Februar (1918 – Übers.) kündigte Trotzki auf der Friedenskonferenz jedoch an, dass „... obwohl Russland keinen formellen Friedensvertrag unterschreiben will, es den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet ansieht.“ (Ebd.).

Trotzki's Delegation verließ die Friedenskonferenz und kehrte nach Petrograd zurück. Am 15. Februar 1918, wie Lenin es vorhergesehen hatte, nahm Deutschland die Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland wieder auf. Am 18. Februar wies das Zentralkomitee seine Delegation an, sofort den Friedensvertrag zu unterschreiben. Am 23. Februar legte die deutsche Regierung neue Friedensbedingungen vor, die sehr viel härter waren als die alten. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde danach formell am 23. März unterzeichnet.

Lenin auf dem 7. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei im März 1918: „*Das, was ich vorausgesagt habe, ist eingetreten: Statt eines Brester Friedens haben wir jetzt einen sehr viel demütigeren Frieden, und die Schuld daran trägt derjenige, der sich geweigert hat, den ersten Frieden zu unterschreiben.*“ (W. I. Lenin, Politischer Bericht des Zentralkomitees, Sondersitzung der RKP, in: Gesammelte Werke, Band 27, Moskau 1965, S. 102).

In dem Vorwort von ‚Gegen den Trotzkiismus‘, das von den sowjetischen Revisionisten herausgegeben wurde, heißt es ganz richtig: „*In der Frage des Brester Friedensvertrages nahm Trotzki eine antileninistische Position ein und setzte die neue Sowjetrepublik einer tödlichen Bedrohung aus. Als Leiter der sowjetischen Delegation ignorierte er die Instruktionen des Zentralkomitees der Partei sowie der Sowjetregierung. In einem entscheidenden Moment der Gespräche erklärte er, dass die Sowjetrepublik sich einseitig aus dem Krieg zurückziehen würde, kündigte an, die russische Armee zu demobilisieren und verließ Brest-Litowsk. Die deutsche Armee hat dann eine Offensive eingeleitet und größere Gebiete des Territoriums besetzt. Das Ergebnis war, dass danach von der deutschen Regierung sehr viel härtere Friedensbedingungen präsentiert wurden.*“ (W. I. Lenin, ebd.).

Und die ‚Große Sowjetenzyklopädie‘, die 1974 von den Sowjetrevisionisten herausgegeben wurde, bringt einen ähnlichen Kommentar: *„Nicht weniger abenteuerlich und demagogisch war die Position von L. D. Trotzki (Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR zu der Zeit), der sich weigerte zu erklären, dass der Krieg beendet sei, vorschlug, die Armee zu demobilisieren, aber keinen Friedensvertrag unterschreiben wollte. ... Als Trotzki nach Brest abfuhr, war zwischen ihm und Lenin, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, vereinbart worden, dass die Verhandlungen auf jeden Fall verlängert werden sollten, bis zur Vorlage eines Ultimatus, nach dem der Friedensvertrag sofort zu unterschreiben sei. Am 28. Januar präsentierte Trotzki seine abenteuerliche Erklärung, dass Sowjetrußland den Krieg beenden, die Armee demobilisieren, jedoch keine Friedensvertrag unterschreiben würde. Trotzki verweigerte weitere Verhandlungen, und die sowjetische Delegation verließ Brest-Litowsk.“* (Große Sowjetenzyklopädie, Band 4, New York 1974, S. 66f).

1920:

Im Dezember 1920 schrieb Lenin: *„Ich sah mich gezwungen, meine ‚Differenzen‘ mit dem Genossen Trotzki aufzulisten, weil er bei dem Thema ‚Die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften‘, er ganz sicher eine ganze Reihe von Fehlern begangen hat, die das eigentliche Wesen der Diktatur des Proletariats betreffen.“* (W. I. Lenin, ‚Die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und Trotzki's Fehler‘, in: Gesammelte Werke, Band 32, Moskau 1965, S. 22).

1921:

Im Januar 1921 kritisierte Lenin Trotzki scharf wegen Verletzung von Parteipflichten und Fraktionismus: *„Das Zentralkomitee richtet eine Gewerkschaftskommission ein und wählt den Genossen Trotzki hinein. Trotzki weigert sich, darin zu arbeiten, wobei er allein schon durch diesen Schritt seinen ursprünglichen Fehler, der zur Fraktionsbildung führt, vergrößert hat.“* (W. I. Lenin, ‚Die Krise in der Partei‘, in: Gesammelte Werke, Band 32, Moskau 1965, S. 45).

Im gleichen Monat kritisiert Lenin ihn wegen seines Vorschlages, die Gewerkschaften zu ‚militarisieren‘: *„Durch seine Thesen sitzt der Genosse Trotzki jetzt in der Klemme. Der Teil davon, der richtig ist, ist nicht neu, ja wendet sich sogar gegen ihn und der Teil, der neu ist, ist unrichtig. Die politischen Fehler des Genossen Trotzki lenken unsere Partei von den wirtschaftlichen Aufgaben ab. All seine Thesen, seine ganze Broschüre, sind dermaßen falsch!“* (W. I. Lenin, ‚Noch einmal zu den Gewerkschaften, zur gegenwärtigen Lage und den Fehlern von Trotzki und Bucharin‘, in: Gesammelte Werke, Band 32, Moskau 1965, S. 74, 85, 90).

Ende 1922:

Selbst in diesem Jahr gab es noch ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Trotzki. Trotzki's Biograf Deutscher beschreibt einen weiteren Streit zwischen Lenin und Trotzki, als Trotzki sich weigerte, den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare zu übernehmen: „*Im April 1922 passierte etwas, das die Beziehung zwischen Lenin und Trotzki überschatten sollte. Am 11. April ... weigerte sich Trotzki kategorisch und ziemlich arrogant, diesen Posten zu übernehmen. Die Weigerung und wie sie gemacht wurde verärgerte Lenin. Im ganzen Sommer 1922 ... blieben die Differenzen zwischen Lenin und Trotzki bestehen. Am 11. September ... weigerte sich Trotzki erneut, sein Amt anzutreten. ... Am 14. September traf sich das Politbüro, und Stalin legte einen Resolutionsentwurf vor, der für Trotzki sehr unangenehm war. Er kritisierte ihn wegen Pflichtverletzung. ... Die Umstände des Falles deuteten darauf hin, dass Lenin Stalin veranlasst hatte, diese Resolution zu entwerfen oder dass Stalin zumindest mit ihr einverstanden war.*“ (I. Deutscher, ‚The Prophet Unarmed. Trotsky 1921-1929, hiernach zitiert als ‚I. Deutscher Oxford 1989‘, S. 35, S. 65f).

Es ist ganz offensichtlich, dass Ende 1922 irgendetwas eingetreten sein muss, das Lenin veranlasst hat, die Meinung, die er bis dahin über Trotzki hatte, radikal zu ändern.

Das Ablenkungsmanöver Georgien

Im Juli 1921, als er über die Parteiorganisation von Tbilissi sprach, erwähnte Stalin das Aufkommen des Nationalismus in Transkaukasien: „*Der georgische, armenische und aserbaidchanische Nationalismus ist in den vergangenen Jahren in den transkaukasischen Republiken drastisch angewachsen und bildet ein Hindernis für eine gemeinsame Anstrengung. Es ist offensichtlich, dass drei Jahre nationalistische Regierungen in Georgien (Menschewiki), in Aserbaidshan (Mussawatisten**) und in Armenien (Daschnaks**) ihre Spuren hinterlassen haben.*“ (J. W. Stalin, ‚Die sofortigen Aufgaben des Kommunismus in Georgien und Transkaukasien‘, ‚Werke‘, Band 5, 1953, S. 97).

Aus diesem Grund schlug Lenin als vorläufige Maßnahme vor, Armenien, Aserbaidshan und Georgien in einer Föderation zusammenzuführen. Am 28. November 1921 schrieb Lenin an Stalin, dass „*eine Föderation der transkaukasischen Republiken im Prinzip absolut richtig ist und auf jeden Fall eingeführt werden sollte.*“ (W. I. Lenin, Memo an J. W. Stalin vom 28. November 1921, in: ‚Werke‘, Band 33, Moskau 1973, S. 127).

„Diese Vereinigung (zu einer transkaukasischen Föderation – WBB) war von Lenin vorgeschlagen worden.“ (Große Sowjetenzyklopädie, Band 9, New York 1975, S. 495).

Am 29. November 1921 schrieb Stalin: „Dieser Vorschlag ... wurde einstimmig vom Politbüro gebilligt.“ (J. W. Stalin, Antwort in der Diskussion zum Organisationsbericht des ZK, 12. Parteitag der RKP, ‚Werke‘, Band 5, 1953, S. 234). Der Vorschlag wurde daraufhin durch drei Beschlüsse des Zentralkomitees bestätigt: „Die transkaukasische Föderation – die Föderative Union der Sozialistischen Sowjetischen Republiken von Transkaukasien – wurde am 12. März 1922 gegründet. ... Im Dezember 1922 wurde die Föderative Union in die Transkaukasische Föderative Sowjetrepublik umgewandelt. Die Transkaukasische Föderation existierte bis 1936. Der Verfassung der UdSSR entsprechend, die 1936 angenommen wurde, traten die Armenische, Aserbaidzhanische und Georgische Sozialistische Sowjetrepublik der UdSSR als Unionsrepubliken bei.“ (J. W. Stalin, ‚Werke‘, Band 5, Moskau 1953, S. 421, Anmerkung).

Im April 1923 erinnerte Stalin den 12. Parteitag der RKP daran, weshalb die Bildung der Transkaukasischen Föderation notwendig geworden war: „In einem Gebiet wie Transkaukasien ... kommt man unmöglich ohne ein besonderes Organ zur Herstellung des nationalen Friedens aus. Wie Ihr wisst, ist Transkaukasien eine Region, in der es Massaker an den Tatar-Armeniern unter dem Zaren gab, wo es Krieg unter den Mussawatisten, Daschnaken und den Menschewiki gab. Um diesen Fehden ein Ende zu bereiten, wurde ein Organ des nationalen Friedens nötig, d. h. ein oberstes Staatsorgan. ... Und deshalb ... wurde eine Föderation von Republiken, und ein Jahr später, eine Union von Republiken gebildet.“ (J. W. Stalin, Antwort Stalins in der Diskussion zum Organisationsbericht des Zentralkomitees, 12. Parteitag der RKP, ‚Werke‘, Band 5, Moskau 1953, S. 232).

„Schon sehr früh war Transkaukasien ein Gebiet, in dem es Massaker und Fehden gab, und unter den Menschewiki und Daschnaken war es sogar ein Kriegsschauplatz gewesen. Deshalb hat das Zentralkomitee bei drei Gelegenheiten die Notwendigkeit unterstrichen, die Transkaukasische Föderation als Organ für den nationalen Frieden zu erhalten. ... Der Punkt ist der, dass durch die Bande der Transkaukasischen Föderation Georgien seiner etwas privilegierten Stellung, die es aufgrund seiner geografischen Lage einnehmen könnte, beraubt wird. Georgien hat einen eigenen Hafen, Batum, über den Waren aus dem Westen hereinströmen; Georgien hat mit Tbilissi einen Bahnknotenpunkt, den die Armenier und Aserbaidzhaner nicht umgehen können. ... Wenn Georgien eine eigene, unabhängige Republik wäre, wenn es nicht zur Transkaukasischen Föderation gehören würde, könnte es sowohl gegenüber Armenien als auch gegenüber Aserbaidzhan seine bevorzugte Stellung durch Tbilissi (gegenüber Armenien) bzw. durch Batum (gegenüber Aserbaidzhan) ausnutzen.“

Aber es gibt noch einen weiteren Grund: Tbilissi ist die Hauptstadt Georgiens, aber die Georgier stellen dort nur 30% der Bevölkerung, die Armenier machen nicht weniger als 35% aus, und dann sind da noch all die anderen Nationalitäten. ... Wenn also Georgien eine eigene Republik wäre, müsste die Bevölkerung bis zu einem bestimmten Grade ausgetauscht werden. ... Gab es nicht einen weithin bekannten Beschluss in Georgien, die Bevölkerung auszutauschen, um die Zahl der Armenier in Tbilissi von Jahr zu Jahr zu verringern, damit sie geringer wird als die der Georgier, um so Tbilissi in eine wahrhaft georgische Hauptstadt zu verwandeln?“ (J. W. Stalin, Bericht über nationale Faktoren in Partei- und Staatsangelegenheiten, 12. Parteitag der RKP, in: ebd., S. 258f).

Jedoch stemmte sich sowohl vor als auch noch nach der Bildung der Transkaukasischen Föderation eine Gruppe georgischer Nationalisten innerhalb der Kommunistischen Partei Georgiens, angeführt von Polikarp („Budı“) Mdiwani* und Philipp Macharadse*, auch bekannt unter dem Namen ‚georgische Abweichler‘, gegen die Existenz der Föderation: *„Der Kampf, den die Gruppe der kommunistischen Georgier, angeführt von Mdiwani, gegen die Direktive des Zentralkomitees, die Föderation betreffend, führt, reicht bis zu der Zeit (Ende 1921 – WBB) zurück.“* (J. W. Stalin, ebd., S. 234).

„Die national-abweichlerische Opposition in den Reihen der Kommunistischen Partei Georgiens entstand und bildete sich 1921. Während der ganzen Zeit zwischen 1921 und 1924 führten die nationalen Abweichler einen verbissenen Kampf gegen die Leninsche und Stalinsche Nationalitätenpolitik unserer Partei.“ (L. P. Berija, ‚Zur Geschichte der bolschewistischen Organisationen in Transkaukasien‘, London 1939, S. 167).

Später schlossen sich viele der ‚georgischen Abweichler‘ der trotzkistischen Opposition an: *„1924 schloss sich eine beträchtliche Zahl der nationalen Abweichler der damaligen trotzkistischen Opposition in der Partei an.“* (ebd.).

Stalin wies auf dem 12. Parteitag daraufhin, dass Angst vor dem großrussischen Chauvinismus ganz offensichtlich nicht der Grund für die so genannte georgische Abweichung war, weil die ‚georgischen Abweichler‘ den Beitritt Georgiens zur UdSSR als unabhängiger Staat durchaus befürworteten: *„Es gab und es gibt immer noch eine Gruppe georgischer Kommunisten, die nichts dagegen hat, wenn Georgien der Union der Republiken beitrifft, aber die durchaus gegen die Transkaukasische Union sind. Ihre Erklärungen zeigen, dass in der nationalen Fragen ihre Haltung zu den Russen in Georgien von zweitrangiger Natur ist, da diese Genossen, die Abweichler, wie sie genannt werden, nichts dagegen haben, wenn Georgien der Union direkt beitrifft. Das heißt also, dass sie den großrussischen Chauvinismus nicht fürchten, weil sie meinen, dass seine Wurzeln ohnehin auf die eine oder andere Weise schon*

ausgezogen worden sind und dass dies also für sie nicht von Bedeutung ist.“ (J. W. Stalin, ebd., S. 257).

Er, Stalin, schätzte ein, dass die so genannten georgischen Abweichler nur den Wunsch georgischer Nationalisten zum Ausdruck brachten, nicht auf die geografischen Vorteile zu verzichten, die ein unabhängiges Georgien besitzen würde – Vorteile, von denen man Gebrauch machen wolle: *„Es sind diese geografischen Vorteile, die die georgischen Abweichler nicht verlieren wollen, ... welche sie dazu veranlassen, gegen die Föderation zu sein. Sie möchten die Föderation verlassen, und dies würde dann legale Möglichkeiten für sie eröffnen, unabhängig bestimmte Operationen vorzunehmen, um so die vorteilhafte Lage, die die Georgier genießen, eines Tages gegen die Aserbaidschaner und Armenier auszuspielen. All dies würde den Georgiern eine privilegierte Stellung in Transkaukasien verschaffen. Darin liegt die ganze Gefahr. Die georgischen Abweichler sind dabei, uns dazu zu bringen, ihnen gewisse Privilegien auf Kosten der Armenischen und Aserbaidschanischen Republik einzuräumen. Aber dies ist ein Weg, den wir nicht nehmen können, denn dies würde zum Ende der Sowjetmacht im Kaukasus führen.“ (J. W. Stalin, ebd., S. 258, 261).*

Obwohl die ‚georgischen Abweichler‘ das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Georgiens dominierten, bildeten sie doch nur eine kleine Minderheit innerhalb der Partei insgesamt: *„Die Mdiwani-Gruppe besitzt keinen Einfluss in ihrer eigenen georgischen kommunistischen Partei. ... Die Partei hat zwei Parteitage abgehalten: den ersten Anfang 1922 und den zweiten Anfang 1923. Auf beiden Parteitagen wurde ihre Haltung der Gegnerschaft zur Föderation in entschieden verurteilt. Auf dem ersten Parteitag erhielten sie nur 18 Stimmen von 122, und auf dem zweiten von 144 nur 20.“ (Ebd., S. 234f).*

Aber obwohl die Transkaukasische Föderation gegen ihren Widerstand zustande kam, taten sie alles, um das Funktionieren der Einrichtung zu sabotieren: *„Mdiwani und seinen Anhängern, die im ZK der Georgischen Kommunistischen Partei eine Mehrheit haben, gelang es, die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Union der Transkaukasischen Republiken zu verlangsamen, und waren darauf bedacht, Georgien davon fernzuhalten.“ (W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 45, Moskau 1970, S. 750). „Die Mdiwani-Gruppe, der sich nun auch Macharadse und seine Leute angeschlossen, protestierte gegen die Einschränkung der georgischen Souveränität und tat alles in ihrer Macht, um die Direktiven der föderativen Union nicht umsetzen zu müssen.“ (P. G. Suny, ‚Die Entstehung der georgischen Nation‘, London 1989, S. 215). „Die Georgier gaben ihr Bestes, um die Maßnahmen zur Herbeiführung einer wirtschaftlichen Integration der drei Republiken zu sabotieren. Sie richteten Militärposten an den Grenzen der georgischen Republik ein, verlangten Aufenthaltsgenehmigungen usw.“ (M. Lewin, ‚Lenins letzter Kampf‘, London 1969, S. 45).*

Auf dem 12. Parteitag der RKP im April 1923 beschuldigte Grigori (,Sergo‘) Ordschonikidse*, Erster Sekretär des Transkaukasischen Gebietskomitees der Partei, „ ... die ‚Abweichler‘ Mdiwani und Macharadse einer ganzen Serie von unsauberen Aktivitäten, darunter die Weigerung, die Zollschranken zu beseitigen, der Verkauf eines sowjetischen Schiffs ans Ausland, die Verhandlungen mit der Ottomanischen Bank sowie die Schließung der Grenzen Georgiens für notleidende Flüchtlinge aus dem Nordkaukasus und der Wolga-Region. Aber er verurteilte die georgische Regierung vor allem deshalb, weil sie es unterlassen habe, eine radikale Landreform einzuführen, um die Macht der feudalen Grundbesitzer ein für alle Mal zu brechen.“ (R. G. Suny, ebd., S. 218).

Die Politik der Bewahrung der Transkaukasischen Föderation wurde fortgesetzt, als Vorbereitungen getroffen wurden, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu gründen. Am 6. Oktober 1922 beschloss das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei, „*Transkaukasien als Einheit in die Union aufzunehmen.*“ (R. G. Suny, ebd., S. 216). Jedoch „ ... beharrte die georgische Führung in Tbilissi auf Georgiens separatem Eintritt. ... Aus Tbilissi schickten die georgischen Führer ein Telegramm nach Moskau, in dem sie aufgebracht die Willkür des Transkaukasischen Gebietskomitees kritisierten.“ (Ebd.). „*Die Georgier protestierten gegen Moskau und verlangten die Auflösung der angestrebten Föderation. Auf diese Forderung reagierte Stalin am 16. Oktober im Namen des Zentralkomitees und wies darauf hin, dass sie einstimmig abgelehnt worden sei.*“ (R. Pipes, ‚Die Entstehung der Sowjetunion‘, Cambridge/USA 1964, S. 274).

Daraufhin telegrafierte eine Gruppe von ‚georgischen Abweichlern‘, angeführt von Kate Zinzadse* und Sergej Kawtaradse* ihren Protest direkt an Lenin, in dem sie Ordschonikidse scharf angriffen. Lenin jedoch wies ihn entscheiden in seinem Antworttelegramm, datiert vom 21. Oktober 1922, zurück und verteidigte Ordschonikidse: „*Ich muss mich doch über den unangemessenen Ton wundern, der in dem Telegramm von Zinzadse und anderen angeschlagen wird. ... Ich war mir sicher, dass alle Meinungsverschiedenheiten inzwischen durch die Resolutionen des ZK-Plenums mit meiner indirekten Beteiligung und der direkten Beteiligung von Mdiwani ausgeräumt worden waren. Deshalb verurteile ich entschieden die Beschimpfung von Ordschonikidse und bestehe darauf, dass Euer Problem in einem anständigen und loyalen Ton zur Vermittlung an das ZK-Sekretariat der RKP überwiesen wird.*“ (W. I. Lenin, Telegramm an K. M. Zinzadse und S. I. Kawtaradse‘, 21. Oktober 1922, in: Gesammelte Werke, ?).

Als sie Lenins Verweis erhalten hatten, trat der Block der ‚georgischen Abweichler‘, der neun der elf Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Georgiens stellte, aus Protest zurück: „*Angesichts der entschiedenen Haltung Lenins und*

seines Zornes und isoliert von den Führern im Zentrum, unternahm das Zentralkomitee der georgischen Partei einen ungewöhnlichen Schritt: Am 22. Oktober trat es geschlossen zurück. Ordschonikidse ernannte umgehend ein neues Zentralkomitee mit Leuten, die die Moskauer Haltung unterstützten, jedoch setzten Mdiwani und Macharadse ihren Protest fort. (R. C. Suny, ebd.). Am 25. November (1922 – Übers.) beschloss das Politbüro des Zentralkomitees, eine Kommission nach Georgien zu entsenden. Felix Dserschinski*, der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, führte sie an: „Das Ziel bestand darin, die Erklärungen von Mitgliedern des Zentralkomitees der Georgischen Kommunistischen Partei, das zurückgetreten war, zu untersuchen und Maßnahmen für eine Beruhigung in der Partei einzuleiten.“ (W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 45, Moskau 1970, S. 656f).

Dserschinski berichtete Lenin am 12. Dezember 1922 über die Ergebnisse sowie über die Tatsache, dass „die Kommission beschlossen hatte, die Mitglieder des ehemaligen georgischen Zentralkomitees, die für alles verantwortlich gemacht wurden, nach Moskau einzubestellen.“ (M. Lewin, ebd., S. 68).

Dann jedoch, gegen Ende Dezember 1922, änderte Lenin, der den Gedanken der Transkaukasischen Föderation entwickelt, der die ‚georgischen Abweichler‘ verurteilt und Ordschonikidse gegen die Angriffe verteidigt hatte, plötzlich seine Position in dieser Frage. In dem Dokument, das unter dem Namen ‚Lenins Testament‘ bekannt wurde, diktierte er seiner Sekretärin Maria Woloditschewa am 30. Dezember 1922 die Formulierung, dass er jetzt der Meinung sei, dass die Vorwürfe von ‚georgischem Nationalismus‘, die gegen die ‚Abweichler‘ vorgebracht worden waren, ins Reich der Fantasie gehörten und das Produkt des großrussischen Chauvinismus eines Dserschinski seien: „Der Genosse Dserschinski, der sich in den Kaukasus begab, um die ‚Verbrechen‘ jener ‚nationalistischen Sozialisten‘ zu untersuchen, tat sich durch eine wahrhaft russische Geisteshaltung hervor, und es ist hinreichend bekannt, dass Leute anderer Nationalitäten, die russifiziert worden sind, diese russische Haltung oft übertreiben.“ (W. I. Lenin, ‚Die Frage der Nationalitäten oder der Autonomisierung‘, in: Gesammelte Werke, Band 36, Moskau 1966, S. 606).

Jedoch gab Lenin Stalin die Hauptschuld an der ‚fehlerhaften Politik des großrussischen Chauvinismus‘. Er erklärte, dass es notwendig sei, „die Nicht-Russen vor den Angriffen jenes urrussischen Mannes, dem großrussischen Chauvinisten, in Schutz zu nehmen, der im Grunde nichts anderes als ein Halunke und Tyrann ist. ... Ich glaube, dass Stalins Boshaftigkeit gegen den notorischen ‚nationalistischen Sozialismus‘ hier eine fatale Rolle gespielt hat. In der Politik spielt so etwas im Allgemeinen die schlechteste Rolle.“ (Ebd.).

Am folgenden Tag, den 31. Dezember, diktiert Lenin dazu ein Postskript, in dem es, bezogen auf Stalin, heißt: „Der Georgier, der mit Vorwürfen wie ‚nationalistische

Sozialisten‘ leichtfertig um sich wirft, obwohl er selbst ein echter und wahrer nationalistischer Sozialist und sogar ein gewöhnlicher großrussischer Tyrann ist ... Die politische Verantwortung für diese wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne tragen Stalin und Dserschinski.“ (Ebd.).

Im März 1923 diktierte Lenin einen Brief an Trotzki und bat ihn, sich des Falles der ‚georgischen Abweichler‘ im Zentralkomitee anzunehmen: *„Dies ist meine dringende Bitte, dass Du Dich der Verteidigung des georgischen Falles im Zentralkomitee der Partei annehmen solltest. Der Fall wird jetzt von Stalin und Dserschinski ‚verfolgt‘, aber ich kann mich nicht auf ihre Unparteilichkeit verlassen. Ganz im Gegenteil: Mir wäre es sehr Recht, wenn Du diese Verteidigung übernehmen würdest.“* (W. I. Lenin, Brief an L. D. Trotzki, 5. März 1923, in: Gesammelte Werke, Band 45, Moskau 1970, S. 607). Aber Trotzki weigerte sich, sich mit der Angelegenheit zu befassen - *„aus Gesundheitsgründen.“* (W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 45, Moskau 1970, S. 757).

Am folgenden Tag diktiert Lenin einen Brief an die führenden ‚georgischen Abweichler‘, in dem er ihnen seine uneingeschränkte Unterstützung zusagt und anbietet, ihnen mit Bemerkungen und einer Rede zu Hilfe zu kommen: *„Ich verfolge Eure Sache, und ihr gilt meine ganze Sympathie. Ich bin entrüstet über Ordschonikidses Grobheiten und über das Mitmachen von Stalin und Dserschinski. Ich werde für Euch Bemerkungen und eine Rede vorbereiten.“* (W. I. Lenin, Brief an P. G. Mdiwani, F. J. Macharadse und andere, 6. März 1923, in: ebd., S. 608).

Abschließend kann noch hinzugefügt werden, dass Trotzki's Bemühungen, das Zentralkomitee davon zu überzeugen, die Linie der ‚georgischen Abweichler‘ zu übernehmen und die Transkaukasische Föderation aufzulösen, eindeutig zurückgewiesen wurden: *„Trotzki's Antrag an das Politbüro vom 26. März, Ordschonikidse zurückzurufen, die Transkaukasische Föderation zu dezentralisieren und anzuerkennen, dass die Minderheit in der Kommunistischen Partei Georgiens keine ‚Abweichler‘ waren, unterlag mit sechs zu eins.“* (R. G. Suny, ebd., S. 218).

Es ist offensichtlich, dass irgendetwas eingetreten sein muss, das Lenin veranlasste, seine Haltung zu Transkaukasien, die er bis dahin eingenommen hatte, radikal zu ändern. Und dies geschah auch genau zu der Zeit, als etwas eingetreten sein musste, das ihn veranlasst haben musste, seine Meinung zu Stalin und Trotzki radikal zu ändern.

Die Krankheit Lenins

1921 erkrankte Lenin schwer: *„Gegen Ende 1921 erkrankte Lenin schwer und musste sich mehrere Wochen lang ausruhen.“* (M. Lewin, ebd., S. 33).

Am 23. April 1922 wurde Lenin am Kopf operiert, um eine der Kugeln, die auf ihn bei dem Attentatsversuch von der Sozialrevolutionärin Fanja Kaplan am 30. August 1918 abgefeuert worden waren, zu entfernen (vgl. W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 33, Moskau 1966, S. 527).

Dann, am 26. Mai 1922, „*trat die Katastrophe ein: Seine rechte Hand und sein rechtes Bein waren gelähmt und seine Aussprache beeinträchtigt, teilweise konnte er gar nicht mehr sprechen. ... Die Erholung gestaltete sich langwierig und zäh. ... Er sollte sich davon nie wieder richtig erholen. Seine Rückkehr ins öffentliche Leben sollte nicht lange andauern.*“ (M. Lewin, ebd., S. 33f).

Und am 16. Dezember erlitt Lenin „*zwei gefährliche Schlaganfälle.*“ (M. Lewin, ebd., S. XXII). Hinzukam, dass er „*am 23. Dezember ... einen weiteren gesundheitlichen Rückschlag erlitt. ... Er musste am nächsten Morgen feststellen, dass erneut ein Teil seines Körpers gelähmt war.*“ (Ebd., S. 73).

Am 10. März 1923 „*lähmte ein neuer Schlaganfall die Hälfte von Lenins Körper und nahm ihm das Sprechvermögen. Lenins politische Aktivitäten nahmen ein Ende.*“

Lenin starb am 21. Januar 1924. Der Arzt, der am 22. Januar die Autopsie vornahm, diagnostizierte, dass „*die zugrundeliegende Krankheit des Verstorbenen eine verbreitete Gefäßarteriosklerose war, die durch eine vorzeitige Abnutzung der Blutgefäße hervorgerufen wurde. Die Verengung der Kopfarterien sowie Störungen der Blutversorgung im Gehirn hatten zu einer akuten Erweichung des Hirngewebes geführt, was alle Symptome der Krankheit (Lähmung, Sprachstörungen) erklären kann.*“ (R. Payne, Bericht über die pathologisch-anatomische Untersuchung des Leichnams von Wladimir Iljitsch Lenin, in: ‚Lenin Leben und sein Tod‘, London 1967, S. 632).

Das kontroverse Dokument, das unter dem Namen ‚Lenins Testament‘ bekannt wurde, wurde zwischen dem 23. und 31. Dezember 1922 diktiert; das Zusatzdokument, datiert vom 4. Januar 1923, als Lenin bereits vier schwere Schlaganfälle erlitten hatte, die seine Hirnfunktion schwer beeinträchtigt hatten. Deshalb kann Lenins abrupter Gesinnungswandel über Stalin, Trotzki und Transkaukasien zumindest teilweise auf psycho-pathologische Faktoren zurückgeführt werden.

Die Rolle Krupskajas

Jedoch ist das Rätsel von Lenins bemerkenswertem Gesinnungswandel, was Stalin, Trotzki und Transkaukasien angeht, nicht allein durch psycho-pathologische Gründe erklärbar. Es muss hier auch die politische Rolle von Krupskaja untersucht werden, um das Rätsel weiter zu entschlüsseln.

Obwohl am 18. Dezember 1922 ein Plenum des Zentralkomitees „*Stalin damit beauftragt hatte, das Regime, das Lenin von den Ärzten verordnet worden war, zu kontrol-*

lieren,“ (R. H. McNeal 1988, S. 73) wurde Stalin daran gehindert, Lenin zu besuchen: „Lenins rechtliche Aufsichtsperson, Stalin, sollte ihn nie wieder zu Gesicht bekommen.“ (R. H. McNeal 1988, ebd.). Tatsächlich hat Stalin Lenin nach dem 13. Dezember nie wieder gesehen. Dies geschah angeblich aus streng medizinischen Gründen: „Strenge Regeln wurden entwickelt. Man verständigte sich darauf, dass keine Besucher kommen sollten. ... Außer die unmittelbaren Angehörigen durfte er nur seine Sekretärinnen sehen. ... Er wurde fast so rigoros von der Außenwelt isoliert wie ein Gefangener in der Peter-Paul-Festung.“ (R. Payne, ebd., S. 555).

Unter diesen Bedingungen der Isolation spielte Lenins Frau, Nadeschda Krupskaja* eine ungewöhnlich große Rolle. Ihr Biograf, Robert McNeal*, spricht von ihrer „langen persönlichen Abneigung gegenüber Stalin.“ (R. H. McNeal, ‚Braut der Revolution. Krupskaja und Lenin‘, hiernach zitiert als ‚R. H. McNeal 1973‘, London 1973, S. 254).

Nach Lenins Tod im Jahre 1924 beteiligte sich Krupskaja an der Opposition. McNeal spricht von ihrer „Bereitschaft, sich der Opposition zuzuwenden. ... Krupskaja ... stand tatsächlich auf der Seite der Opposition. ... Krupskaja hatte ein Manifest des Protestes gegen die offizielle Politik unterschrieben. Dieses Dokument stammte von Sinowjew*. ... Kamenjew*, Krupskaja und Sokolnikow* (der damalige Volkskommissar für Finanzen) hatten zusammen eine ‚Plattform‘ unterschrieben, in der die Führung angegriffen wurde. ... Es wurde im Zentralkomitee sowie in der Zentralen Kontrollkommission herumgereicht. Der 14. Parteitag (Dezember 1925) war der Höhepunkt ihrer Karriere in der Opposition. Man hatte sie anfangs vorgeschickt, um die Kritik vorzutragen. Krupskaja blieb in der Opposition ... bis Oktober 1926. Sie unterschrieb das wichtigste politische Manifest, das die Trotzki-Sinowjew-Opposition in dieser Zeit hervorgebracht hatte: die ‚Erklärung der Dreizehn‘, zusammen mit einem weiteren Protestschreiben gegen die sowjetische Politik zum englischen Generalstreik von 1926.“ (R. H. McNeal 1973, ebd., S. 250ff, 256). „Krupskaja stand felsenfest hinter Sinowjew und Kamenjew ... Sie bemühte sich jetzt, sich für Sinowjews Auslegung des Leninismus und gegen den Sozialismus in einem Land stark zu machen.“ (I. Deutscher Oxford 1989, S. 247).

Auf dem 15. Parteitag der KPdSU, B im November 1926 deutete Stalin an, dass Krupskaja mit der Opposition gebrochen hatte: „Ist es nicht eine Tatsache, dass Genossin Krupskaja zum Beispiel den Oppositionsblock verlassen will? (stürmischer Applaus).“ (J. W. Stalin, Antwort in der Diskussion über den Bericht zur ‚Sozialdemokratischen Abweichung in unserer Partei‘, in: ‚Werke‘, Band 8, Moskau 1954, S. 371).

Aber erst sechs Monate später, im Mai 1927, wurde dies von Krupskaja bestätigt: „Am 20. Mai 1927 brachte die ‚Prawda‘ eine kurze, undatierte Notiz von Krupskaja,

die an die Redaktion gerichtet war. Darin bestätigte sie zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit, dass sie die Opposition verlassen habe. ... Es gab aber kein Wort des Bedauerns in irgendeiner speziellen Frage.“ (R. H. McNeal 1973, S. 261f).

Und danach *„sprach sie über ihre Mitgliedschaft in der Opposition so als ob dies alles ziemlich in Ordnung gewesen sei.“* (R. H. McNeal 1973, S. 262f).

Robert Payne*, ein Biograf Lenins, der Stalin gegenüber äußerst feindselig gegenüber eingestellt ist, gibt zu, dass Krupskaja ihre Rolle während Lenins Krankheit weidlich ausnutzte, um ihm ganz bestimmte ‚Informationen‘ zuzuspielen: *„Krupskaya zeigte nicht die geringste Bereitschaft, die Anweisungen der Ärzte und des Politbüros auszuführen, und so wurden kleine Bruchstücke von Informationen Lenin zugeführt. ... Während er krank daniederlag, war sie Auge und Ohr für ihn, sein einziger richtiger Kontakt zur Außenwelt.“* (R. Payne, ebd., S. 555f). Diese selektiven ‚Informationen‘ waren naturgemäß ungünstig für Stalin und günstig für Trotzki und die ‚georgischen Abweichler‘, und Krupskajas Biograf stimmt zu, dass Stalin mit Recht den Verdacht haben konnte, dass sie 1923 Lenins Einstellung ihm gegenüber beeinflusst hat: *„Sie (Krupskaja – WBB) kann Lenins Einstellung Stalin gegenüber absichtlich oder auch unabsichtlich beeinflusst haben. ... Stalin konnte zu Recht den Verdacht haben, dass sie dies tat, wie er später andeutete.“* (R. H. McNeal 1973, S. 223). Payne wird da noch viel deutlicher: *„Krupskaja tat, was sie konnte, um Stalin den Kampf anzusagen.“* (R. Payne, ebd., S. 563).

Am 22. Dezember (1922 – Übers.) wies Stalin Krupskaja am Telefon zurecht wegen ihrer Rolle, Lenin gezielt bestimmte ‚Informationen‘ zuzuspielen und drohte damit, die Angelegenheit vor die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU(B) zu bringen. Am folgenden Tag schrieb sie sofort einen Beschwerdebrief an Lew Kamenjew* über Stalins ‚Grobheiten‘: *„Stalin überzog mich gestern mit einem Wust der rüdesten Beschimpfungen, eine kurze Bemerkung betreffend, die Lenin mir diktiert hatte. ... Ich weiß besser als alle Ärzte zusammen, was man Iljitsch sagen kann und was nicht, denn ich weiß, was ihn aufregt und was nicht. Und ich weiß es auf jeden Fall besser als Stalin. Ich mache mir über das Zustandekommen des einstimmigen Beschlusses der Kontrollkommission, mit dem Stalin versucht, mich zu bedrohen, keine Illusionen, aber ich habe weder die Zeit noch die Energie, mich auf ein solch dummes Theater einzulassen.“* (N. K. Krupskaja, Brief an Lew Kamenjew, 23. Dezember 1922, in: M. Lewin, ebd., S. 152f).

Als Lenin von dem Vorfall erfuhr, schrieb er am 5. März an Stalin:

„Du bist dermaßen grob meiner Frau am Telefon gegenüber gewesen und hast schlimme Worte gewählt. ... Was Du meiner Frau angetan hast, hast du auch mir angetan. Deshalb bitte ich Dich, darüber nachzudenken, ob du bereit bist, ... Dich

dafür zu entschuldigen oder ob Du möchtest, dass unsere Freundschaft beendet wird.“ (W. I. Lenin, Brief an Stalin, 5. März 1923, in: Gesammelte Werke, Band 45, Moskau 1970, S. 607f). Lenins Schwester, Maria Uljanowa*, schrieb an das Präsidium des Gemeinsamen Plenums von ZK und Parteikontrollkommission und erklärte: *„Stalin hat angeboten, sich zu entschuldigen.“* (W. I. Lenin, ‚Werke‘, Band 45, Moskau 1970, S. 75).

Die Geschichte des „Testaments“ nach Lenins Tod

Am 18. Mai 1924 schickte Krupskaja das ‚Testament‘ Lew Kamenjew, der es an Stalin, den amtierenden Generalsekretär, weitergab. Am 19. Mai übergab dieser die Unterlagen dem Vorbereitungskomitee für den bevorstehenden 13. Parteitag, der vier Tage später, am 23. Mai stattfinden sollte. Mit einem Stimmenverhältnis von 30 : 10 beschloss der Ausschuss, das Dokument nicht zu veröffentlichen, sondern es in einer geschlossenen Sitzung den Delegierten des Parteitages vorzulesen, zusammen mit Erklärungen wie die, dass *„Lenin krank sei.“* (R. H. Neal 1988, S. 110).

„Was die Veröffentlichung des ‚Testaments‘ betrifft, so beschloss der Parteitag, es nicht zu veröffentlichen, weil es an den Parteitag gerichtet und nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei.“ (J. W. Stalin, Rede vor dem Gemeinsamen Plenum des Zentralkomitees und der Parteikontrollkommission der KPdSU, B, in: ‚Werke‘, Band 10, Moskau 1954, S. 181).

In seiner ‚Geheimrede‘ vor dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, bestätigte Chruschtschow, dass Lenins ‚Testament‘ *„den Delegierten des 13. Parteitags verlesen wurde, die daraufhin die Frage der Absetzung Stalins vom Posten des Generalsekretärs diskutierten.“* (N. S. Chruschtschow, ebd., S. 7). Auf dem Parteitag bot Stalin angesichts der Kritik an ihm in ‚Lenins Testament‘ seinen Rücktritt als Generalsekretär an: *„Diese Frage wurde von jeder Delegation einzeln diskutiert und alle Delegierten, einschließlich Trotzki, Kamenjew und Sinowjew*, baten Stalin, auf seinem Posten zu bleiben. Was sollte ich also tun? Meinen Posten verlassen? So etwas liegt mir nicht. Ich habe nie irgendeinen Posten verlassen, und ich habe auch kein Recht, dies zu tun. ... Wenn die Partei mir eine Verpflichtung auferlegt, muss ich sie annehmen.“* (J. W. Stalin, Rede an das Gemeinsame Plenum von ZK und Parteikontrollkommission der KPdSU, B in: ‚Werke‘, ebd.).

Chruschtschow bestätigt, dass *„die Delegierten (des 13. Parteitages – WBB) sich dafür aussprachen, dass Stalin sein Amt behalten sollte.“* (N. S. Chruschtschow, ebd., S. 7). Auf dem ersten Treffen des auf dem 13. Parteitag neu gewählten Zentralkomitees und auch ein Jahr später noch bot Stalin seinen Rücktritt an, und jedes Mal wurde dies abgelehnt: *„Auf dem ersten Plenum des Zentralkomitees nach dem 13. Parteitag bat ich das Plenum, mich von meinen Pflichten als Generalsekretär zu entbinden ...*

Ein Jahr später bat ich erneut darum, mich zu entlassen, aber wieder wurde ich gebeten, auf meinem Posten zu bleiben. Was sollte ich anderes machen?“ (J. W. Stalin, ebd., S. 181).

1925 veröffentlichte der Trotzkiist Max Eastman* sein Buch ‚Since Lenin Died‘ (Seit Lenin starb), das Auszüge aus ‚Lenins Testament‘ enthielt. Dazu Stalin im Oktober 1927: *„Da ist ein gewisser Eastman, ein ehemaliger amerikanischer Kommunist, der später aus der Partei ausgeschlossen wurde. Dieser Gentleman, der sich unter die Trotzkiisten in Moskau mischte, hatte ein paar Gerüchte und ein bisschen Klatsch über Lenins ‚Testament‘ aufgeschnappt. Dann ging er zurück ins Ausland und veröffentlichte ein Buch mit dem Titel ‚Seit Lenin starb‘, in dem er seine Bestes gab, um die Partei, das Zentralkomitee und die sowjetische Regierung anzuschwärzen, und der Kern der Sache besteht darin, dass das Zentralkomitee unserer Partei Lenins ‚Testament‘ angeblich ‚verheimlichen‘ wollte.“ (J. W. Stalin, ebd., S. 178f).*

In einer Erklärung, die im ‚Bolschewik‘ im September 1925 abgedruckt wurde, distanzierte sich Trotzki von Eastman und bestritt, dass Lenins Brief an den Parteitag irgendein ‚Testament‘ gewesen sei, was der gängigen Parteipraxis widersprochen hätte: *„Gleich an mehreren Stellen in seinem Buch meint Eastman, dass das Zentralkomitee eine ganze Reihe von außergewöhnlich wichtigen Dokumenten, die von Lenin in der letzten Phase seines Lebens verfasst worden waren (Briefe zur nationalen Frage, das so genannte Testament und andere), der Partei vorenthalten habe. Dies verdient keinen anderen Namen als Verleumdung des Zentralkomitees unserer Partei.“*

Aus dem, was Eastman schreibt, könnte man entnehmen, dass Wladimir Iljitsch jene Briefe, die Ratschläge in inneren Angelegenheiten darstellten, der Presse übergeben wollte. Aber das ist tatsächlich völlig unzutreffend. ... Es versteht sich von selbst, dass all jene Briefe und Vorschläge ... den Delegierten des 12. und 13. Parteitags zur Kenntnis gebracht wurden, und natürlich immer einen gewichtigen Einfluss auf die Parteitagsbeschlüsse ausgeübt haben. Wenn nicht alle diese Briefe veröffentlicht wurden, so lag dies daran, dass der Autor sie nicht der Presse übergeben wollte.

Wladimir Iljitsch hat nicht irgendein ‚Testament‘ hinterlassen, und das Wesen seiner Einstellung zur Partei, aber auch das Wesen der Partei selbst, schlossen die Möglichkeit aus, dass es sich um ein ‚Testament‘ gehandelt hat. Was gewöhnlich als ‚Testament‘ in der Presse der Emigration, der ausländischen Kapitalisten und der Menschewiki als ‚Testament‘ hingestellt wird (und dann auch noch bis zur Unkenntlichkeit entstellt wird) ist einer von Wladimir Iljitsches Briefen, der Ratschläge in organisatorischen Fragen enthält.

Der 13. Parteitag der Partei hat sich eingehend mit diesem Brief befasst, aber auch mit all den anderen, und hat daraus die Konsequenzen gezogen, die den Bedingungen

und Umständen der Zeit angemessen waren. Alles Geschwätz von Verheimlichung und Verletzung eines ‚Testaments‘ sind böswillige Erfindungen.“ (L. D. Trotzki, ‚Eastmans Buch, ‚Seit Lenin starb‘, betreffend‘, in: ‚Bolschewik‘, Nr. 16, 1. September 1925, S. 68).

Aber auf dem Gemeinsamen Plenum von ZK und Zentraler Kontrollkommission der KPdSU(B) im Oktober 1927 wurde ‚Lenins Testament‘ von der Opposition erneut thematisiert. Stalin entgegnete darauf so: *„Die Oppositionellen riefen hier, und ihr habt sie gehört, dass das Zentralkomitee Lenins ‚Testament‘ der Partei ‚verheimlicht‘ habe. Es ist immer und immer wieder bewiesen worden, dass niemand irgendetwas verheimlicht hat, dass Lenins ‚Testament‘ auf dem 13. Parteitag diskutiert wurde, dass dieses ‚Testament‘ dem Parteitag vorgetragen wurde (Stimmen: Richtig!) und dass der Parteitag einstimmig beschloss, es nicht zu veröffentlichen, unter anderem deshalb, weil Lenin es nicht veröffentlichen wollte und nicht darum bat, es zu veröffentlichen.“* (J. W. Stalin, Rede auf dem Gemeinsamen Plenum von ZK und Zentraler Kontrollkommission der KPdSU, in: ‚Werke‘, Band 10, Moskau 1927, S. 173).

An dieser Stelle bezog sich Stalin auch auf die Stelle in dem ‚Testament‘, in der von seiner ‚Grobheit‘ und von Lenins Vorschlag die Rede ist, dass er als Generalsekretär abgelöst werden sollte: *„Es wird gesagt, dass in dem ‚Testament‘ Genosse Lenin dem Parteitag vorschlug, dass angesichts von Stalins ‚Grobheit‘ er sich mit der Frage befassen sollte, einen anderen Genossen als den Genossen Stalin als Generalsekretär einzusetzen. Das ist richtig. Ja, Genossen, ich bin grob denen gegenüber, die auf verräterische und ungeheuerliche Weise die Partei sabotieren und spalten wollen. Ich habe das nie verheimlicht und verheimliche es auch jetzt nicht. Sollte man vielleicht Sanftmut den Spaltern gegenüber walten lassen? Aber das liegt mir nicht. Aber Grobheit kann nicht als Mangel von Stalins politischer Position gewertet werden.“* (J. W. Stalin, ebd., S. 180ff).

Der 15. Parteitag der KPdSU(B) beschloss dann im Dezember 1927, das so genannte Testament im Mitteilungsblatt des Parteitags abzdrukken: *„Nach dem 15. Parteitag im Jahre 1927 wurde Lenins ‚Testament‘ etwas weiter bekannt im Parteiaktiv.“* (R. A. Medwedjew, ‚Let History Judge‘ – Lasst die Geschichte urteilen – London 1972, S. 29).

Nach dem Sieg des Revisionismus in der KPdSU und nach Stalins Tod 1953 zitierte der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, lang und breit aus ‚Lenins Testament‘ in seiner Geheimrede an den 20. Parteitag im Februar 1956, und Kopien wurden *„unter den Delegierten verteilt.“* (N. S. Chruschtschow, ebd., S. 6).

Später veröffentlichte man das ‚Testament‘ in Lenins ‚Gesammelten Werken‘.

Schlussfolgerungen

Die Tatsache, dass trotz Lenins Ansehen als führender Marxist der Welt sein Aufruf zur Absetzung Stalins als Generalsekretär vom 13. Parteitag der KPdSU(B) zurückgewiesen wurde, sagt viel über die Umstände aus, unter denen das Dokument herauskam.

Aber es sagt noch mehr aus über das hohe Ansehen, in dem Stalin in der Partei stand.

William B. Bland

Biografische Anmerkungen

*Armand, Jelisaweta („Inessa“) F., französisch-stämmige sowjetische Frauenaktivistin und Arbeiterin, 1875-1920, Vorsitzende der Frauenabteilung des ZK der RKP von 1918 bis 1920.

*Deutscher, Isaac, polnisch-stämmiger britischer Trotzkiist, Historiker und Journalist, 1907-1967, emigrierte nach England.

*Dserschinski, Felix E., polnisch-stämmiger sowjetischer marxistisch-leninistischer Politiker, 1877-1926; Vorsitzender der Tscheka, später der OGPU, 1917-1926; Volkskommissar für das Nachrichtenwesen und für Innere Angelegenheiten, 1921-1924, Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates, 1924-1926.

*Eastman, Max, US-amerikanischer Trotzkiist, Autor und Poet, 1883-1969.

*Gorki, Maxim, eigentlich Aleksej I. Peschkow, sowjetischer marxistisch-leninistischer Schriftsteller, 1868-1936; Präsident des sowjetischen Schriftstellerverbandes, 1934-1936; 1936 von revisionistischen Verschwörern ermordet.

*Kamenjew, Lew B., revisionistischer sowjetischer Politiker, 1883-1936; Volkskommissar für Handel der UdSSR, 1926-1927; Minister für Italien, 1927; Führer der trotzkistischen Opposition, 1926-1928; 1927 aus der UdSSR ausgewiesen; 1928 wieder zugelassen; 1932 erneut aus der Partei ausgeschlossen; 1933 wieder zugelassen; 1934 das dritte Mal aus der Partei ausgeschlossen; 1935 wegen Terrorismus verurteilt; 1936 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und erschossen.

*Kautsky, Karl, revisionistischer deutscher Politiker, 1854-1938.

*Kawtaradse, Serjej I., nationalistischer georgischer Politiker, 1885-1971; georgischer Volkskommissar für Justiz, 1921-1922; georgischer Ministerpräsident, 1922-1923; Erster Stellvertretender Staatsanwalt im Obersten Gericht der UdSSR, 1924-1928; 1927 aus der Partei ausgeschlossen; 1934 wieder zugelassen; Stellvertretender Außenminister der UdSSR, 1941-1945; Botschafter in Rumänien, 1945-1952.

*Kollontay, Alexandra H., marxistisch-leninistische sowjetische Diplomatin, 1872-1952; Ministerin für Norwegen, 1923-1926; Ministerin für Mexiko, 1926-1927; Ministerin für Schwe-

den, dann Botschafterin in Schweden, 1930-1945; Beraterin im Außenministerium der UdSSR, 1945-1952.

*Krupskaja, Nadeschda K., Lenins Frau, 1869-1939.

*McNeil, Robert H., US-amerikanischer Historiker, 1930-; Geschichtspräsident an der Universität von Massachusetts, 1969-.

*Macharadse, Filipp I., nationalistischer georgischer Historiker und Politiker, 1868-1941; Präsident Georgiens, 1922-1941.

*Martow, L., eigentlich Juli O. Zederbaum, menschenwissenschaftlicher russischer Politiker und Journalist, 1873-1923; 1920 nach Deutschland emigriert.

*Mdiwani, Polikarp C. („Budu“), nationalistischer georgischer Politiker, 1877-1937; georgischer Volkskommissar für die Leichtindustrie und Stellvertretender Ministerpräsident, 1931-1936; 1928 wegen Trotzkismus aus der Partei ausgeschlossen, aber 1931 wieder aufgenommen; 1936 erneut ausgeschlossen; 1937 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

*Payne, Robert, britisch-stämmiger US-Historiker, 1911-1983.

*Ordschonikidse, Grigori K. („Sergo“), marxistisch-leninistischer sowjetischer Politiker, 1886-1937; Erster Sekretär des Transkaukasischen Parteikomitees, 1922-1926; Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU, B und Volkskommissar für die Arbeiter- und Bauerninspektion, 1926-1930; Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates der UdSSR, 1930-1932; Politbüromitglied, 1930-1937; Volkskommissar der UdSSR für die Schwerindustrie, 1932.

*Preobraschenski, Jewgeni A., revisionistischer sowjetischer Ökonom, 1886-1937; Politbüromitglied, Sekretär des ZK, Volkskommissar für Finanzen, 1921-1927; 1927 aus der Partei entfernt; 1937 wegen Hochverrats verurteilt; starb 1937 im Gefängnis.

*Robespierre, Maximilian de, revolutionärer französischer Führer, 1758-1794; Vorsitzender des Jakobinerclubs, 1791-1792; Vorsitzender des Komitees für Öffentliche Sicherheit, 1793-1794; 1794 guillotiniert.

*Roland-Holst, Henriette, 1869-1952, niederländische christliche Sozialistin, später Trotzkistin, Dichterin.

*Sinowjew, Grigori J., revisionistischer sowjetischer Politiker, 1883-1936; Politbüromitglied, 1925; 1926 Anführer der Leningrader Opposition; 1927 aus der KPdSU, B ausgeschlossen; 1928 wieder aufgenommen; 1932 erneut ausgeschlossen; 1933 wieder aufgenommen; 1935 wegen Terrorismus inhaftiert; 1936 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und erschossen.

*Sokolnikow, Grigori J., revisionistischer sowjetischer Anwalt und Ökonom, 1869-1939; Volkskommissar der UdSSR für Finanzen, 1921-1926; Vorsitzender des Ölsyndikates, 1926-1928; Botschafter in Großbritannien; Stellvertretender Außenminister der UdSSR, 1929-1934; 1936 aus der Partei ausgeschlossen; gab 1937 bei öffentlichem Prozess zu, Verrat geübt zu haben; starb 1939 im Gefängnis.

*Zinzadse, Kate H., nationalistischer georgischer Politiker, 1887-1930.

Begriffliche Anmerkungen

****Bund** (Allgemeine Jüdische Arbeiterunion von Litauen, Polen und Russland), jüdisch-nationalistische Organisation, die 1897 gegründet wurde als Sammelbecken des jüdischen Nationalismus in der russischen Arbeiterbewegung.

****Versöhnertum**, eine politische Strömung, die für die Zusammenarbeit und sogar für die Einheit zwischen Marxisten-Leninisten und Gegnern des Marxismus eintritt.

****Daschnaks**, Mitglieder der Daschnakzutjun-Partei, einer nationalistischen Partei von Landbesitzern und Kapitalisten in Armenien, die in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet wurde.

****Golos** (Stimme), menschewistische Tageszeitung, die zwischen 1908 und 1911 herausgegeben wurde.

****Jakobinertum**, die Politik des Jakobinerclubs, der den linken Flügel in der Französischen Revolution vertrat.

****Kautskianer**, Anhänger Kautskys.

****Liquidatoren**, Anhänger des Liquidatorentums, einer reaktionären Strömung in der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die zwischen 1907 und 1910 dafür eintraten, die disziplinierte revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufzulösen und durch eine legale reformistische Partei westeuropäischen Stils zu ersetzen.

****Menschewik**, Mitglied der rechtsgerichteten Minderheit in der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

****Meschrajontski**, Mitglieder einer innerstädtischen Organisation in St. Petersburg, die sich 1917 der bolschewistischen Partei anschlossen.

****Mussawatisten**, Mitglieder der Mussawat-Partei, einer nationalistischen Partei der Landbesitzer und der Bourgeoisie in Aserbaidshan, die 1912 gegründet wurde.

****Nasche Sarja**, Monatszeitschrift, die von den menschewistischen Liquidatoren in St. Petersburg zwischen 1910 und 1914 gegründet wurde, später ‚Nasche Delo‘.

****Novi Mir** (Neue Welt), eine promenschewistische Zeitung, die zwischen 1911 und 1917 von russischen Emigranten in New York herausgegeben wurde.

****Otsowisten** (Zurückrufer), Anhänger einer opportunistischen Strömung in der bolschewistischen Partei, die gegen die legale Arbeit waren und dafür eintraten, die Abgeordneten der bolschewistischen Partei aus der Staatsduma zurückzurufen.

****Sozialchauvinisten**, benannt nach dem französischen Soldaten Nicolas Chauvin. Sozialchauvinismus in eine extrem nationalistische Strömung in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

****Wperjod** (Vorwärts), eine Gruppe, die außerhalb Russlands entstand, gegen die legale Arbeit eintrat und zwischen 1909 und 1913 aktiv war.

Gerhard Feldbauer: Episoden der Erinnerung an Vietnam

Die Bilder sind um die Welt gegangen: Ein T-54 rammt das schmiedeeiserne Tor des Doc Lap-Palastes in Saigon auf. Soldaten der Befreiungstreitkräfte beziehen mit aufgefplantem Bajonett Posten. Während General Big Minh, Washingtons letzter Marionettenpräsident, vor einem Panzerobersten bedingungslos kapituliert, starten vom Dach der US-Botschaft die letzten „Avican“-Helicopter, mit denen ranghohe Offiziere und Beamte der Besatzungsmacht auf die Kriegsschiffe der 7. US-Flotte flüchten. Man schrieb den 30. April 1975. Südvietnam war nach zwei Jahrzehnten amerikanischer Besatzungsherrschaft befreit; die Ketten eines fast ein Jahrhundert währenden Kolonialjochs, das einst Frankreich errichtete, waren zerbrochen.

Acht Jahre vorher waren wir im Juli 1967 als Journalistenteam in Hanoi, der Hauptstadt Nordvietnams, das damals Demokratische Republik Vietnam hieß, angekommen und berichteten seitdem in Wort und Bild über den Kampf des vietnamesischen Volks. * Wir erlebten Nordvietnam unter dem Hagel amerikanischer Bomben, sahen unsagbares Leid, aber auch den unbeugsamen Willen von Menschen, die ihre unter unsagbaren Opfern errungene Freiheit und Unabhängigkeit verteidigten. Wir wurden Zeugen des Scheiterns der barbarischen US-Luftkrieges gegen den Norden und während des Tetfestes im Frühjahr 1968 der strategischen Wende im Befreiungskampf im Süden. Im Spätherbst 1970 nahmen wir in der Gewissheit Abschied, dass Vietnam siegen würde.

Als Nachfolger der französischen Kolonialisten hatten die Vereinigten Staaten seit 1955 Vietnam mit einem barbarischen Vernichtungskrieg überzogen. Die große Hilfe des damals existierenden sozialistischen Lagers, darunter modernste konventionelle Waffen aus der UdSSR, die weltweite Solidarität der Völker und ihrer Friedenskräfte, eingeschlossen die in den USA selbst, waren entscheidende Grundlagen dieses Sieges. Aber die letztlich ausschlaggebende Bedingung, dass diese Faktoren zur Geltung kommen konnten, waren der nicht zu brechende Widerstandswille des Volkes, der in den Traditionen nationalen und antikolonialen Widerstandes wurzelte, die zu mobilisieren eine kommunistische Partei verstand, die der legendäre Führer Ho Chi Minh geschaffen hatte. In unserem täglichen Leben in Hanoi, bei den vielen Reisen durch das Land, bei der Beschäftigung mit der Geschichte fanden wir das immer wieder bestätigt.

In welch unsagbarem Elend die große Bevölkerungsmehrheit Vietnams unter dem Kolonialjoch lebte, hatte der vietnamesische Historikers Le Than Khoi in seinem

Buch „Le Vietnam. Historire et Civilisation“, das 1955 in Paris erschien, beschrieben: Für die vietnamesischen Arbeiter gab es keinen freien Sonntag, keinen bezahlten Urlaub, keine gesundheitliche Betreuung, keine Sozialversicherung, keine Arbeitslosenunterstützung. Für die geringsten „Vergehen“ gab es Prügelstrafen, Geldbußen und Gefängnis. Auf den Plantagen in Südvietnam, wohin landlose Bauern wie Sklaven verkauft wurden, starben jährlich Hunderte an den Folgen der unmenschlichen Behandlung. Die Charbonages von Hong Gai in Nordvietnam, und die Kautschukplantagen im Süden unterhielten ihre eigene Polizei, einen eigenen Spitzelapparat zur Überwachung der Arbeiter und eigene Gefängnisse. Im Tagebau von Hong Gai mussten die Grubenarbeiter wie Strafgefangene auf der Arbeitskleidung Nummern tragen.

In den 1930er Jahren betrug das Jahreseinkommen der 220.000 Industrie- und Plantagenarbeiter und der über neun Millionen feudalabhängiger Bauern nur sechs Prozent dessen, was französische Arbeiter erhielten. Eine furchtbare Hungersnot raffte nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1930 über 100.000 Menschen dahin. Insgesamt waren es zwei Millionen Vietnamesen, die unter der französischen Kolonialherrschaft Opfer immer wiederkehrender Hungersnöte wurden.

Diesem unbeschreiblichen Elend aber entsprang der Hass gegen die Unterdrücker, wuchs für immer mehr Vietnamesen, die sicher Marx nicht kannten, denen trotzdem die von ihm prophezeite Erkenntnis vermittelt wurde, dass sie nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten. Diese Einsicht wurde zu einer ungeheuren Triebkraft des nationalen Befreiungskampfes, an dem schließlich Millionen teilnahmen, erst gegen die Franzosen, dann gegen die Amerikaner.

Das spürten wir bei unzähligen Begegnungen, so auch als wir einmal die Kohlengruben von Hong Gai besuchten und mit älteren Arbeiter zusammen trafen, die dieses Elend noch selbst erlebt hatten. Viele Erzählungen über dieses Sklavendasein, das Millionen Vietnamesen unter der Kolonialherrschaft erleben mussten, verdeutlichten uns, dass es sich um keine Phrasen handelte, um keine Parteipropaganda, wenn wir immer wieder die Worte hörten, wir wollen keine neue Kolonialherrschaft, keine Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie unsere Eltern und Großeltern erleiden mussten. Deshalb kämpfen wir und wir werden lieber sterben als in die Sklaverei zurückkehren. Diese Bekenntnisse zeigten, dass die Schlussworte der von Ho chi Minh am 2. September 1945 verlesenen Unabhängigkeitserklärung tief in der Gedankenwelt der Vietnamesen verinnerlicht waren: „Das vietnamesische Volk ist entschlossen, all seine geistigen und materiellen Kräfte aufzubieten, Leben und Besitz zu opfern, um sein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten.“

Bei einer Reise in den Süden der DRV fanden wir in einem kleinen Museum des Fischerdorfes Nhan Trach auf einer Tafel folgende Statistik: „So lebten wir vor 1945: 261 Einwohner starben an Epidemien, 240 mussten als Arbeitslose das Dorf verlassen, 154 Mädchen mussten sich verkaufen, 76 Familien mussten ihre Kinder verkaufen, um die Steuern bezahlen zu können, 74 starben den Hungertod, 92 waren Analphabeten“.

Auf einer anderen Tafel stand: Opfer während des ersten Widerstandskrieges von 1946 bis 1954: „700 Einwohner wurden gefoltert und deportiert, 422 fielen den Säuberungsaktionen der Kolonialtruppen zum Opfer, 54 wurden ermordet, 52 bei Folterungen verkrüppelt, 201 Häuser in Brand gesteckt, 48 Häuser zwangsgeräumt, 72 Boote geraubt, 180 Schweine gestohlen, 4600 kg Reis geraubt.“

Ein alter Bauer schaute uns zu, als wir die Zahlen aufschrieben. Er war 76 Jahre, 61 davon hatte er in dem Dorf unter dem Kolonialjoch gelebt. Was auf den Tafeln stand, hatte er alles miterlebt. „Was sie hier aufgeschrieben sehen, haben wir beseitigt. Wir haben uns ein menschenwürdiges Dasein geschaffen. Wir haben ein eigenes Dach über dem Kopf, die Boote gehören uns, ebenso der Boden und der Reis, den wir ernten und die Fische, die wir fangen.“ In seiner Stimme klang stolz auf das Erreichte: „Kein Kolonialherr und kein einheimischer Ausbeuter kann uns das mehr wegnehmen. Wir haben genug zu essen, unsere Kinder können zur Schule gehen und sogar studieren. Ich selbst habe im Alter noch lesen und schreiben gelernt. Ich will gar nicht davon reden, dass wir freie Menschen sind, niemand uns mehr beschimpfen, treten oder gar einsperren kann. Das verteidigen wir gegen die Amerikaner, denn was wollen sie anderes in Vietnam als ein neues Kolonialjoch errichten. Wir sehen es doch in Südvietnam, wie unsere Landsleute von ihnen gedemütigt, geknechtet und gemartert werden. Nein und nochmals nein! Lieber wollen wir in diesem Kampf sterben als in das Joch der Knechtschaft zurückkehren. Und unsere Brüder im Süden denken nicht anders als wir, denn wir Vietnamesen sind ein Volk. Die Amerikaner sollen abziehen, sie sollen sich endlich nach Hause scheren und uns Vietnamesen in Ruhe und Frieden lassen.“

Der alte Bauer hatte seine Rede anfangs ruhig begonnen, aber zum Schluss war sie voller Leidenschaft. Die kleine Hütte hatte sich mit Menschen gefüllt und vor dem Eingang drängten sich weitere. Sie wiederholten seine letzten Worte wie einen Schwur: „Ja, sie sollen abziehen, sie sollen sich endlich nach Hause scheren und uns in Ruhe lassen.“

Im Januar 1968 erlebten wir unser erstes Mondneujahr, das traditionelle Tetfest. Nach dem alten Kalender begann das 4.605. Mondjahr, das nach der Folge des Tierkreises

im Zeichen des Affen stand. Das Tet ist das größte Fest des Jahres und übertrifft in seiner Bedeutung unser Weihnachts- und Neujahrsfest. In den tropischen Breiten ist es zugleich Frühlingsanfang, dazu das Fest der Reisernte des zehnten Monats und nach altem Brauch auch Gedenktag für die Toten.

In diesen Tagen erlebten wir einmal mehr Lebensmut, Würde und die Kraft, welche die Vietnamesen aus ihrer Kultur und Geschichte schöpften. Hanoi, dem der Krieg so viele Wunden schlug, hatte ein, wenn auch bescheidenes, Festkleid angelegt. Auf dem traditionellen Blumenmarkt in der Duong-Than-Straße und auch an anderen Stellen wurden seit Tagen die bekannten Tet-Blumen verkauft: Mandelbäumchen mit zarten roten Blüten, Pfirsichblüten und Narzissen, aber auch Gladiolen, Astern, Stiefmütterchen, farbige Gerbera und dazwischen Orchideen. Am meisten gefragt waren die etwa einen Meter hohen Mandarinenbäumchen mit ihren kleinen gelbroten Früchten, die im Tetfest die Stelle unseres Weihnachtsbaumes einnehmen. Zwischen den Blumenständen wurden Früchte angeboten: Bananen, Apfelsinen, Mandarinen und Pampelmusen, große wie kleine Melonen. In einer Tombola gab es als Hauptgewinn ein Moped. Statt Glückwunschkarten wurden Spruchbänder aus rotem Papier bevorzugt, darauf Wünsche für das Neue Jahr, die Familie, den Frühlingsanfang.

Trotz Rationierung hatten die Handelsorgane vorgesorgt, dass die traditionellen Festspeisen nicht fehlten. Je Einwohner, ob groß oder klein, hatte es im ganzen Land zwei der etwa ein Kilo wiegenden Banh Chung, eine Art Kuchen aus Klebereis mit zerstampften Bohnen und Schweinefleischstücken, gegeben. Das ist für den Vietnamesen zum Tet das gleiche wie für uns die Weihnachtsstollen. Allerdings wurde Ban Chung nicht gebacken, sondern, in große Dongblätter eingewickelt und gekocht. Als bevorzugte Festspeisen kamen dazu Fleisch und Fisch in Nuoc Mam, der würzigen Fischsoße, gesalzene Zwiebeln und Gemüse.

Für die Jüngsten fehlten natürlich nicht die Süßigkeiten, die aber auch die Erwachsenen nicht verschmähten. In den Früchtepackungen, die in der Zuckerstraße, der Pho Hang Duong, angeboten wurden, gab es vor allem kandierte Erdnüsse und Lotoskerne, Backpflaumen, gezuckerte Mandarinen und dazwischen Ingwerstäbchen, deren aromatischen Geschmack die Früchte und Zuckerwaren in sich aufnehmen.

Um ihre Okkupationspolitik in Südvietnam und die Entsendung von über einer halben Million Bodentruppen zu legitimieren, erfanden die USA bereits 1954/55 die These vom „Aggressionskrieg des Nordens“. Es war eine plumpe Lüge. Denn „die meisten derjenigen, die zur Waffe griffen, waren Südvietnamesen, und die Gründe, um dementwillen sie kämpften, wurden durchaus nicht in Nordvietnam erfunden“, hieß es in

den von der „New York Times“ 1971 veröffentlichten „Pentagon-Papieren“ (S. 65).¹² Einem darin veröffentlichten Geheimbericht war zu entnehmen, dass 80-90 Prozent des „Vietcong“ in Südvietnam angeworben wurden und „wenig für eine Verstärkung des Vietcong von außen spricht“ (S. 92).

Einen dieser „Vietcong“ genannten Patrioten lernte ich in der Vertretung der Front National de Libération (FNL) in Hanoi kennen und erfuhr von ihm, wie er den Weg zur Befreiungsfront fand. Im November 1960 hatte Hauptmann Phan Lac Tuyen als Stellvertretender Kommandeur eines Regiments der Saigoner Special Force an einem Staatsstreich gegen den von Washington in Südvietnam an die Macht gehieften Präsidenten Ngo Dinh Diem teilgenommen. Während Hauptmann Tuyen vor der Einnahme des Präsidentenpalastes stand, wurde er zu General Mc Carr vom US-Kommando gerufen, der für ihn eine wichtige Nachricht habe. Erstaunt hörte Tuyen, dass der General ihm vorschlug, über einen „Regime-change“ zu verhandeln. Tuyen lehnte ab und kehrte zu seinem Regiment zurück, das den Putsch aber bereits abgebrochen hatte. Der Aufstand brach zusammen. In letzter Minute gelang es Tuyen mit einem Jeep nach Kambodscha zu entkommen.

Später lernte Tuyen die tieferen Zusammenhänge um den Novemberputsch gegen Diem kennen, erfuhr, dass bei der Vorbereitung die CIA die Fäden zog, aber nach dem Sieg John F. Kennedys bei den Präsidentschaftswahlen die Aktion in letzter Minute abblies. Die meisten der beteiligten Offiziere hatten deshalb von ihren amerikanischen Kontaktleuten Weisung erhalten, die Operation einzustellen und deshalb mit Diem verhandelt.

Die südvietnamesische Widerstandsbewegung hatte gehofft, Diems Sturz werde zu einer gemäßigten Regierung führen, die sich für eine Rückkehr zu den Genfer Indochina-Abkommen ausspricht. Nach dem Scheitern des Putsches gründeten 23 zumeist illegale und bis auf eine alle bürgerliche oder religiöse (wie die Buddhisten) nicht-kommunistische Parteien und Organisationen am 20. Dezember 1960 die FNL. Zu ihrem Vorsitzenden wählte der Gründungskongress den Rechtsanwalt Nguyen Huu Tho, der 1954 das Saigoner Friedenskomitee gegründet hatte. „Ein Gelehrtentyp, freundlich und sehr charmant, seinem ganzen Wesen nach gehörte er zu den liberalen Intellektuellen der Großstadt“, beschrieb ihn der australische Journalist Wilfred Burchett in seinem Buch „Partisanen contra Generale (Berlin/Ost 1965).

In Phnom Penh stieß Phan Lac Tuyen zur Befreiungsfront. Nachdem sich die USA Ngo Dinh Diems im November 1963 durch seine Ermordung entledigt hatten, versuchten frühere Freunde, ihn zur Rückkehr nach Saigon zu bewegen. Sie sagten ihm

¹² Unter der Redaktion von Neil Sheehan erschienen sie als Buch (deutscher Titel) „Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkrieges“, München/Zürich 1971.

seine volle Rehabilitierung zu und boten ihm eine hohe Kommandofunktion an. Tuyen antwortete: „Lieber will ich einfacher Soldat in der Befreiungsarmee sein, als General in der Armee der blutigen Marionetten.“ 1967 entsandte die FNL ihn in ihre Vertretung nach Hanoi, wo ich während meiner Korrespondenzzeit oft mit ihm zusammentraf. Am 7. Jahrestag des Aufstandes gegen die Diem-Diktatur entlarvte er die volksfeindliche Politik des Thieu-Ky-Regimes und die blutige Aggression der USA in Südvietnam. „Nach Diem haben die USA andere Marionetten in den Sattel gehoben“, sagte er mir einmal. „Heute sind es Thieu und Ky. Morgen können sie anders heißen. Es geht aber nicht darum Marionetten auszuwechseln, sondern das Marionettenregime zu beseitigen, die USA zum Rückzug aus Südvietnam zu zwingen. Es geht um den Frieden in unserem Land im Süden, es geht darum, dass unser Volk seine Unabhängigkeit zurück erhält, dass es ohne fremde Besatzungstruppen frei und glücklich leben kann.“

Was für wunderbare Menschen hat Vietnam hervorgebracht! Unter den unzähligen soll hier Vo Nguyen Giap genannt werden, der am 22. Dezember 1944 in den Wäldern von Cao Bang die bewaffnete Propaganda-Abteilung aufstellte, aus der die Volksarmee hervorging, welche die Augustrevolution zum Siege führte. Neun Jahre später war aus ihr jene schlagkräftige Armee geworden, die aus dem Dschungel heraus zum Angriff auf Dien Bien Phu antrat. Der Sieger von Dien Bien Phu, der Lenker unzähliger Schlachten war ein Militär des Volkes, der seinen Gegnern nicht nur auf militärischem Gebiet haushoch überlegen war, sondern auch im Allgemeinwissen, obwohl er weder Universitäten noch Militärakademien absolviert hatte, wenn man davon absieht, dass er das Baccalauréat in Philosophie und den Jura-Referendar der Hanoier Universität erworben hatte. Er hätte durch Fürsprache seiner Lehrer eine glänzende Karriere einschlagen können, zumal zu seinen Kommilitonen der Prinz Buu Loc aus der kaiserlichen Familie, aber auch Söhne von Mandarinen und Angehörigen des vietnamesischen Bürgertums gehörten. Aber Giap, der bereits 1929 zu der Gruppe um Ho Chi Minh stieß und am 3. Februar 1930 zu den Gründern der Kommunistische Partei Vietnams gehörte, wählte den Weg in den Widerstand. Bereits als Schüler organisierte er Solidaritätsaktionen für die nach dem fehlgeschlagenen Aufstand der nationalen Bourgeoisie von Yen Bai verfolgten Patrioten, wurde verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kampfgefährten berichteten, dass er sich schon als Lehrer leidenschaftlich mit den Schlachten Napoleons befasste, die des chinesisch-japanischen Krieges verfolgte, das Werk des deutschen Militärs Clausewitz „Vom Kriege“ studierte und Lawrence las. Während der Schlacht um Dien Bien Phu zeigte sich, dass er sich auch mit dem Ersten Weltkrieg und besonders mit dem Stellungskrieg bei Verdun beschäftigt hatte.

Nach den Ursachen des Sieges in Dien Bien Phu befragt, erklärte Giap gegenüber „Le Monde“: „Rufen Sie sich die Französische Revolution in das Gedächtnis zurück, erinnern Sie sich an Valmy und die schlecht bewaffneten Soldaten gegenüber der preußischen Berufarmee. Trotzdem siegten Ihre Soldaten. Um uns zu verstehen, denken Sie an diese historischen Stunden Ihres Volkes. Suchen Sie die Realität. Ein Volk, das für seine Unabhängigkeit kämpft, vollbringt legendäre Heldentaten.“ Die Illustrierte „Paris Match“ schrieb im Vorfeld des Sieges 1975 in Südvietnam über ihn: „Zum General ernannt, ohne je eine entsprechende Ausbildung erfahren zu haben, ist Vo Nguyen Giap, der Sieger von Dien Bien Phu, seit dreißig Jahren die Seele des Widerstandes des Volkskrieges. Er hat fünf Kinder, spricht fünf Sprachen und spielt Beethovensche Klaviermusik. Seine Freunde nannten ihn den ‚Vulkan unterm Schnee‘. Heute ist er der Vater des Sieges.“

Über drei Jahre Vietnam waren für uns auch Begegnungen mit Ho Chi Minh. Darunter waren nicht nur für mich zwei, für Irene drei persönliche zu verstehen, bei denen wir direkt mit ihm zusammen trafen, mit ihm sprachen, er uns die Hand drückte, uns freundschaftlich umarmte, sich nach unserem Befinden erkundigte, wir in einer unvergesslichen Weise die kaum wiederzugebende Ausstrahlung dieser faszinierenden Persönlichkeit spürten, an der nichts von Personenkult zu bemerken war. Er war anwesend auch bei den Begegnungen, die wir mit den Menschen Vietnams hatten, bei den vielen Gesprächen, er war einfach dabei und er lebte, auch nach seinem Tod, im Kampf seines Volkes weiter.

Seine sprichwörtliche Bescheidenheit, seine Anspruchslosigkeit, die seine Gegner gern als gekünstelt, als einstudiert, als politisches Kalkül darstellten, entsprachen seiner Verbundenheit mit den Menschen aus dem Volk. Er wollte nicht besser leben als sie, es hätte ihn unglücklich gemacht, soll er einmal gesagt haben. Schon das ein wunderbares Vermächtnis, das er hinterlassen hat.

Im Park des Hanoier Präsidentenpalastes bewohnte er einen kleinen hübschen Holzbau mit nur zwei Zimmern. Wenn er Freunde in Hanoi besuchte, ging er meist zu Fuß. Sicher war das auch ein bewusster Verzicht, mit dem er seine Verbundenheit mit den Millionen einfacher Menschen ausdrücken wollte. Die Revolution hatte sie vom Hungerdasein befreit, konnte ihnen aber zunächst nichts weiter als einfaches menschenwürdiges Leben bieten, verlangte von ihnen bei der Verteidigung der Unabhängigkeit hohe Opfer bis zum Einsatz des Lebens. Damit hat er ein ausschlaggebendes persönliches Beispiel für den Masseneroismus seines Volkes gegeben, aber auch ausgestrahlt auf die Menschen in der Dritten Welt. Sein Testament, das er vier Monate vor seinem Tod, im Mai 1969, verfasste, ist durchdrungen von der Liebe zu seinem Volk und der unerschütterlichen Gewissheit, dass es bis zum Sieg kämpfen werde.

* Gerhard Feldbauer berichtete mit seiner Frau und Fotoreporterin Irene vom August 1967 bis Oktober 1970 aus Hanoi, Nordvietnam, Laos und Kambodscha für den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), die Presseagentur der DDR. Sie schrieben das Buch: Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam. Bonn 2005, 2. Auflage 2006. Gerhard Feldbauer ferner: Damals Vietnam, heute Irak. Wie sich die Bilder gleichen. Hannover 2005; Die nationale Befreiungsrevolution Vietnams. Zum Entstehen ihrer wesentlichen Bedingungen von 1925 bis 1945, Bonn 2007; Vietnamkrieg. Köln 2013.

25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD

Frank Flegel: Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD am 31. Januar 2015

Am 31. Januar des Jahres fand in Berlin eine Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD statt. Die Veranstaltung war recht gut besucht – nicht nur von KPD-Mitgliedern sondern auch von vielen Gästen, u.a. dem Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Das Programm war informativ, hatte zum Teil einen soliden Bildungscharakter, so z.B. durch die Referate zur Geschichte und Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland - vom „Bund der Gerechten“ zum „Manifest der kommunistischen Partei“, über die Erste Internationale zur Gründung der Arbeiterpartei in Deutschland (SPD), über deren Zersetzung durch den Revisionismus und die Katastrophe der Arbeiterbewegung durch den Verrat der SPD zu Beginn des Ersten Weltkrieges zur Novemberrevolution 1918 und zur Gründung der KPD, über deren Entwicklung in der Weimarer Republik und über den illegalen Widerstandkampf gegen den Hitlerfaschismus bis zur Befreiung durch die Rote Armee, zur Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung von SPD und KPD zur SED, vom Aufbau der DDR bis zur Konterrevolution und von der Wiedergründung der KPD am 31. Januar 1990 bis zur Darstellung der Widerstände und Probleme, die die KPD zu bewältigen hatte, spannte sich der Bogen dieser Referate.

Es gab daneben ein Kulturprogramm von der Gruppe Agitprop Hannover, und zum Ende der Veranstaltung eine Rede des Vorsitzenden, Torsten Schöwitz, in der der

Charakter und die Aufgaben der Partei umrissen wurden. Dieses Referat zeigte eine große Klarheit. Deshalb hier einige Auszüge:

Auszüge aus der Rede des Genossen Torsten Schöwitz am 31. Januar 2015

„Heute vor 25 Jahren wurde die Kommunistische Partei Deutschlands wiedergegründet. Dieser Schritt war notwendig geworden, weil eine politische Gruppe innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen Putsch organisiert hatte. Diese Gruppe warf die Grundsätze der Partei der Arbeiterklasse über Bord und begann, mit sozialdemokratischer Programmatik, die Kommunisten „mit großem Besen“ aus der Partei zu fegen. Unter Bruch der durch das Volk in einem Volksentscheid gewählten Verfassung der DDR und unter Missachtung des Programms und des Statuts der SED wurde durch Funktionäre der Partei und des Staates die Einheit der Partei und somit die Einheit der Arbeiterklasse zerstört und die sozialistische DDR dem Kapital zum Fraß vorgeworfen. (...)

Die KPD sah von Anfang an in der Verteidigung der marxistisch-leninistischen Grundsätze ihre Hauptaufgabe. Denn eins ist klar, wer die Grundsätze aufgibt, gibt letztendlich alles auf. (...)

Diese Grundsätze möchte ich hier noch einmal benennen.

- 1. Die kommunistische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse. Ihre historische Mission besteht in der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.*
- 2. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die sozialistische Revolution möglich, das bedeutet: die Errichtung der Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse. Sie nutzt diese Herrschaft, um das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Mit dem Aufbau des Sozialismus, der Aufhebung der Klassen und der planmäßigen Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft werden die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, geschaffen.*
- 3. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes. Sie beherrscht alle Formen des Kampfes, den sie gezielt in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt. Sie lehnt die Gedanken des Reformismus und der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ab. Trotzdem kämpft sie für positive Reformen im Interesse der Arbeiterklasse.*
- 4. Die kommunistische Partei ist eine konsequent antiimperialistische Partei. Sie steht gegen das imperialistische Weltsystem, welches die Erde in imperialistische Mächte*

und abhängige Länder teilt. Abhängige Länder also, die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die kommunistische Partei verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische und neokoloniale Versklavung, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefassten Mächte.

5. Die kommunistische Partei ist eine internationalistische Partei. Sie ist Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung und leistet in ihrem eigenen Land ihren Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Sie pflegt den brüderlichen Kontakt und Austausch mit den kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder. Sie erklärt ihre Solidarität mit den bestehenden sozialistischen Staaten.

6. Die kommunistische Partei ist eine antifaschistische Partei. Sie bekämpft vehement den Faschismus, ob er nun in Form faschistischer Gruppierungen oder über die Faschisierung des Staates droht. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere Herrschaftsform der monopolistischen Bourgeoisie, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals.

7. Die kommunistische Partei hat als Organisationsform den demokratischen Zentralismus. Sie ist daher nach den Prinzipien der Demokratie, der zentralen Leitung, der Kontrolle, der Einheitlichkeit und Verbindlichkeit, der Disziplin, der Kollektivität und Verantwortung sowie der Kritik und Selbstkritik organisiert.

8. Die kommunistische Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das gesamte Wirken der kommunistischen Partei basiert auf den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin sowie anderer Theoretiker des Marxismus-Leninismus. Hierauf gründen sich Analyse, Programmatik und Strategie der kommunistischen Partei.

9. Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und zur historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und dem sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus, die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Er-

kenntnisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus“ zu verteidigen.

10. Die kommunistische Partei ist die Partei der Zukunft. Ihre Existenz ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Ohne sie wird es nicht möglich sein, den zerstörerischen Kapitalismus effizient zu bekämpfen und zu besiegen. Sie ist eine Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Die kommunistische Partei gibt die orientierende Antwort auf die Fragestellung: Sozialismus oder Barbarei.

Schauen wir uns die Situation in der Welt und in diesem Land an. Einem Prozent der Weltbevölkerung gehören ca. 50% des Vermögens auf dieser Welt. Den rund 300 reichsten Milliardären auf dieser Welt, also 300 Personen, gehört genauso viel Vermögen wie der ärmeren Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten. Und diese Entwicklung geht immer weiter in Richtung der Reichen dieser Welt. Abgesichert wird diese Entwicklung unter dem Deckmantel der sogenannten „Freiheit“ von den reichsten Nationen dieser Welt. Und dieses Deutschland ist neben den USA mit an der Spitze. Das Werkzeug dafür ist der Krieg. (...)

Wir sind uns einig: Diejenigen, die tagtäglich den Reichtum auf dieser Welt schaffen, werden sich nicht lange tatenlos anschauen, wie diese Gesellschaftsordnung ihnen alles wegnimmt und zerstört.

Die nächste Krise wird kommen. Und das ist jetzt schon klar, sie wird größer als die letzte sein. Für diesen Zeitpunkt müssen wir bereit sein. Da muss die Einheit der Kommunisten hergestellt sein. Nicht irgendeine Einheit, sondern eine Einheit auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung. Dies muss gelingen, sonst droht uns die Barbarei.

Welche Aufgaben ergeben sich für uns aus dieser Situation und unseren Grundsätzen? Wir werden unsere Arbeit zuallererst darauf ausrichten, die KPD weiter zu stärken und zu festigen, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit unsere Existenz darstellen und dadurch neue Mitglieder gewinnen. Dabei konzentrieren wir uns stark auf die Jugend.

Im Zentrum dieser Öffentlichkeitsarbeit wird stehen, in Form von Bildungsangeboten sich mit den Werken von Marx, Engels und Lenin zu beschäftigen und sich so die Grundlagen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung anzueignen und/oder zu vertiefen. (...) In unserer Bewegung ist die Verleumdung des Sozialismus unzulässig. Denn eins ist klar: Wir werden bei einem zukünftigen Anlauf für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft die positiven Erfahrungen der 40 Jahre DDR berücksichti-

gen und anwenden müssen. (...) Ein weiterer wichtiger Punkt in der politischen Arbeit der Mitglieder der KPD ist das Mitwirken in antikapitalistischen, antifaschistischen, demokratischen, gewerkschaftlichen und proletarischen Demonstrationen, Initiativen und Massenbewegungen um überall auf die sozialistische Alternative hinzuweisen.

Das entscheidende Element ist die Einheit der Arbeiterklasse!

Die wichtigste Erkenntnis für uns deutsche Kommunisten beim Aufbau des Sozialismus in der DDR und auch bei der Analyse der Konterrevolution ist: **das entscheidende Element ist die Einheit der Arbeiterklasse**. Hat die Arbeiterklasse eine einheitliche Klassenorganisation auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung, wird die Arbeiterklasse einheitlich orientiert auf die Verwirklichung ihrer Klasseninteressen, dann ist der Sozialismus nicht aufhaltbar. Wird diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit zerstört, dann verliert die Arbeiterklasse alles. Aus dieser Erkenntnis heraus kämpft die KPD gemeinsam mit allen Gleichgesinnten für die weitere Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit Bekenntnis zum Marxismus/Leninismus mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei.

Deswegen arbeitet die KPD heute intensiv im Koordinierungskreis für die Zusammenarbeit von Kommunisten, in dem bisher neben der KPD die Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands - Arbeit-Zukunft, die Kommunistische Initiative (Gera 2010), der revolutionären Freundschaftsbund (RFB) und die Kommunistische Arbeiterzeitung, (KAZ)/Ausrichtung Kommunismus vertreten sind. In diesem Zusammenhang auch heute noch einmal das Angebot an alle, die sich als Kommunisten verstehen, ob organisiert oder unorganisiert: eure Aufgabe ist es, Euch in diesen Einigungsprozess einzubringen.

Und an dieser Stelle erneut ein deutliches Wort an die Deutsche Kommunistische Partei. Im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse der Einheit der Kommunisten: Legt Alleinvertretungsanspruch und Unvereinbarkeitsbeschluss bei Seite. Die Klarheit in der Sache und die Einheit der Kommunisten ist unser höchstes zu verteidigendes Gut. Lasst uns gemeinsam dafür streiten. Der historische Begriff Kommunistische Partei Deutschlands steht neben den heute schon genannten Organisationen und vielen anderen unorganisierten Kommunisten auch für euch Mitglieder der DKP. Von Thälmann wissen wir: Einen Finger kann man brechen, eine Faust nicht! (...)

Zum Schluss möchte ich in Richtung der Herrschenden dieser Welt, der Herren des großen Geldes noch Brecht zitieren.

‘Da mag dein Anstreicher streichen,
den Riss streicht er uns nicht zu!
Einer bleibt und einer muss weichen,

entweder ich oder du.

Und was immer ich auch noch lerne,

das bleibt das Einmaleins:

Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds.

Das Wort wird nicht gefunden,

das uns beide jemals vereint!

Der Regen fließt von oben nach unten,

und Klassenfeind bleibt Klassenfeind.'

*Heute, 25 Jahre nach der Wiedergründung der KPD, auch wenn wir keine Massen sind, sage ich stolz: **Die KPD lebt!***

Für Frieden und Sozialismus! Rot Front!

Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD“

Für mich ist daran bemerkenswert, dass die KPD sehr klar die Grundlagen des Marxismus-Leninismus verteidigt, gleichzeitig einen ebenso klaren Blick auf die Ursache der Konterrevolution von 1989/90 hat („*Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus, die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab.*“), dass sie die Einheit der Arbeiterklasse und, um diese zu erreichen, als ersten Schritt die Einheit der Kommunisten ganz oben auf die Agenda setzt und sich in diesem Zusammenhang offensichtlich von ihrem früheren Alleinvertretungsanspruch¹³ verabschiedet hat und den Begriff „Kommunistische Partei Deutschlands“ in seiner historischen Bedeutung weiter fasst, als die eigenen Organisationsgrenzen reichen („*Der historische Begriff Kommunistische Partei Deutschlands steht neben den heute schon genannten Organisationen und vielen anderen unorganisierten Kommunisten auch für euch Mitglieder der DKP.*“).

Allerdings bezweifle ich, dass der Appell an die DKP, Alleinvertretungsanspruch und Unvereinbarkeitsbeschluss zur Seite zu legen, Früchte tragen wird, denn eine Einheit zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus ist unerreichbar (und kann ja auch nichts Erstrebenswertes sein). Zwar hat sich in der DKP ein klein bisschen was bewegt, so wird ja das Amt des Parteivorsitzenden nicht mehr von einem/r Vertreter/in der DKP-Rechten bekleidet, aber Reformismus, Anti-Stalinismus und sowohl parlamentarische wie auch marktwirtschaftliche Illusionen sind in der Partei nach wie vor vorherrschend, es gibt beispielsweise weder Klarheit über die „Europäische

¹³ ...was in Diskussionen vor ca. fünf oder sechs Jahren zu Äußerungen beispielsweise Anna und mir gegenüber geführt hatte wie der, dass wir ja keine Kommunisten sein könnten, denn wenn wir Kommunisten wären, wären wir ja in der KPD organisiert.

Linkspartei“ noch über „Syriza“ und über deren Kritik durch die KKE, in der UZ wird in einem Artikel von Walter Listl (13.2.2015) über die Proteste gegen die diesjährige „Sicherheitskonferenz“ in München nicht nur zitiert, sondern in einem gesondert in den Artikel hineingesetzten Kasten auch proklamiert: *„Die Friedensbewegung stellt sich auf keine Seite der Kriegsparteien in der Ukraine. Wir sind auf der Seite der Opfer dieses verdamnten Krieges.“*, was nichts anderes heißt, als dass man denjenigen, die sich gegen den Faschismus wehren, die Solidarität verweigert. Das ist bürgerlicher Pazifismus, und der führt zu nichts als zur Beruhigung des eigenen Gewissens. Und nicht genug mit alledem: die Parteirechte kann nach wie vor eine nicht von der Partei autorisierte, anti-leninistische und zum Teil sogar parteifeindliche Web-Seite betreiben, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Das nur, um einige Beispiele zu nennen.

Aber das hat ja nicht die KPD zu verantworten. Bei ihr sehe ich durchaus eine positive Entwicklung.

Frank Flegel

Buchenwald-Gedenken

8. Mai – Tag der Befreiung durch die Rote Armee

Aufruf zum Buchenwald-Gedenken am 12. April 2015

Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus in seiner faschistischen Ausführung haben Millionen Menschen ihr Leben verloren. Die Hauptlast trug dabei die junge Sowjetunion, die das Hauptziel der Aggression war. Dabei ging es nicht nur darum, ihre Reichtümer und Bodenschätze zu plündern und sie dem deutschen Kapital verfügbar zu machen, es ging auch darum, den Beweis zu vernichten, dass unter Führung der Arbeiterklasse ein friedliches, befreites Leben möglich war.

Die Sowjetunion war in ihrer Vorbildlichkeit und in ihrer Freundschaft zur deutschen Arbeiterbewegung eine ständige Bedrohung des Kapitals und ein Hemmschuh für dessen Expansionsgelüste. Das machte die „bolschewistische Gefahr“ zum erklärten Feind der Faschisten und zum Hauptkriegsziel.

Dabei wurde sie als leichte Beute betrachtet, aber die Bevölkerung stand hinter Stalin und der Roten Armee. Unter gewaltigen Opfern sorgte diese für unsere Befreiung vom Faschismus. Das werden wir niemals vergessen! Nicht vergessen sind auch die

Opfer, die von den Angehörigen der westlichen alliierten Streitkräfte sowie den Partisaninnen und Partisanen in ihrem antifaschistischen Kampf gebracht wurden.

Durch den unausweichlichen Sieg der Sowjetunion sah sich die USA gezwungen in den Krieg einzutreten. Die gemeinsame Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens bei Kriegsende sicherte eine verhältnismäßig lange Periode des Friedens in Kerneuropa. Zur Sicherung dieses Friedens trug auch nicht unerheblich der Bestand der DDR bei. Erst nachdem es gelungen war, dort eine systemstürzende Konterrevolution zu entfachen, kam das deutsche Kapital wieder richtig in Fahrt. Durch die Aneignung eines ganzen Staates wuchs die wirtschaftliche Macht und dadurch auch die Tendenz militärisch in der ganzen Welt mitzumischen (Jugoslawien, Libyen, Syrien waren die Anfänge). Noch haben sie es nötig, sich bei ihren Raubzügen mit den Zielen der USA zu verbünden, aber es hieße die Aggression des Imperialismus zu verkennen, wenn wir glaubten, es bliebe dabei.

Nun ist es wieder so weit, das geostrategisch wichtige, erdöl- und rohstoffreiche Russland ins Visier zu nehmen. Gegen das und seinen ausländischen Kapitalinteressen nicht gewogenen Präsidenten Putin zielt jetzt die ganze Hetze. Es gibt keine Zurückhaltung mehr, in der Ukraine werden faschistische Marionetten installiert, die alles morden, was sich den imperialistischen Kapitalinteressen entgegensetzt.

Im Inland scheint der gewünschte „Hurra-Patriotismus“ noch nicht so recht in die Gänge kommen zu wollen. Die Feindschaft zu Russland und die Opferbereitschaft der Bevölkerung halten sich in unliebsamen Grenzen. Auch der friedliebende Sozialismus bleibt bei den Menschen, die ihn kannten, noch immer eine Möglichkeit und somit ein großer Gegner des kriegerischen Imperialismus. Den Sozialismus zu bekämpfen wurde die „Totalitarismus-Theorie“, nach der es in der DDR eine Diktatur vergleichbar mit dem Faschismus gab, ins Leben gezaubert. Hampelmänner wie Gauck und Biermann springen aus der Kiste, um ihre bezahlten Lügen und Diffamierungen ins Land zu spucken. Gleichschaltung im Innern, um wieder gen Osten zu ziehen, das sind die Ziele des Kapitals. Für ihre Profite sind sie zu allem bereit, wenn es opportun erscheint auch dazu, wieder einen Faschismus zu installieren. Warum sonst hielten sie sich ihre Schergen wie Naziparteien und den NSU.

Für uns kann es nur heißen:

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg - Hände weg von Russland

Um die Hintergründe der Initiative „Buchenwald-Gedenken“ zu verdeutlichen, drucken wir hier Auszüge aus dem Redebeitrag von Brigitte Kabbeck bei der Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wiedergründung der KPD

Die Idee zur Initiative Buchenwald-Gedenken kam uns, als wir - wie ich im Rückblick sagen muss, ganz naiv - mit der Sowjetfahne nach Buchenwald zur offiziellen Gedenkveranstaltung führen. Es war für uns naheliegend, bei dieser Gelegenheit an die heldenhafte Rote Armee unter der Führung Josef Stalins in Dankbarkeit zu erinnern. Wo wären wir denn heute ohne sie?

Bei den offiziellen Reden in Buchenwald dann kein Wort, keine Erinnerung an den bewaffneten Kampf unserer Genossen vor Ort. Unsere Empörung über Angriffe auf unsere Gesinnung brachte uns dazu, diese Initiative zu beginnen. Buchenwald muss verbunden bleiben mit denen, die hier gearbeitet, gelitten und gekämpft haben.

Der Klassenfeind geht sogar so weit, diesen Ort für seine schmachvolle antikommunistische Propaganda zu nutzen, den Ort, an dem sie unseren Ernst Thälmann ermordeten. Dem müssen wir Einhalt gebieten. Wir müssen die Erinnerung wach halten und weiter tragen, gerade auch die Erinnerung an die DDR.

Dieses Jahr ist es uns ganz wichtig, die Aggressionen des deutschen Imperialismus gegen Russland zu thematisieren und alle friedliebenden Kräfte zu verbinden, um einen Krieg zu verhindern. Dazu hoffen wir wieder die Bündnispartner der vergangenen Jahre wie KPD, RFB, die Hamburger und die Ziegenhaiser Erinnerungsstätten, das DDR-Kabinett und die offen-siv zu gewinnen. Wir werden den Aufruf wie vergangenes Jahr wieder ins Russische übersetzen lassen und nach Möglichkeit auch ins Englische und Französische.

Buchbesprechung

Karsten Schönsee: Der fast vollständige Bankrott des Revisionismus – Grover Furr: Chruschtschows Lügen

Gedanken nach dem Lesen des Buches von **Grover Furr, Chruschtschows Lügen**, Berlin, 2014, ISBN 978-3-360-02187-8, 384 Seiten.

Beim Lesen der textkritischen Analyse der allseits bekannten „Geheimrede“ Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) am 25. Februar 1956 von Grover Furr stellt sich die Frage, warum Chruschtschows Lügen über Stalin, Berija und den Sozialismus in der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) von Leuten, die sich selbst Kommunisten nennen, so gerne aufgenommen werden. Obwohl Furr akribisch im ersten Teil seines

Buches in neun Kapiteln die Lügen, Verdrehungen und Desinformationen von Chruschtschows berühmt berüchtigter Rede aufzeigt und mit Hilfe von gesicherten Archivquellen sowie Zeugenaussagen in 61 Textabschnitten diese „Geheimrede“ widerlegt, beziehen sich die modernen Revisionisten (die in der BRD ihre politische Heimat hauptsächlich in der DKP und der KPF der Partei Die Linke haben) immer noch auf Chruschtschows „Enthüllungen“ um den angeblichen „Personenkult um Stalin“, die der Historiker aus der USA (Grover Furr) so treffend als einfach nur falsch, erfunden und schlichtweg gelogen entlarvt. Symptomatisch für solch einen Kult um die Verdrehungen Chruschtschows sind solche Lobpreisungen in den Spalten der - sich als marxistisch verstehenden - Tageszeitung „junge Welt“ vom 17./18.02.2001, S. 11, die unter der Überschrift „Die Geheimrede. Über den Personenkult und seine Folgen. Von Nikita S. Chruschtschow“ dessen Machwerk mit der Einleitung veröffentlicht:

*„In einer mutigen Rede enthüllte Nikita Chruschtschow vor 45 Jahren auf dem XX. Parteitag der KPdSU erstmals die Stalinschen Verbrechen. Allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Eine theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Stalinismus war auf diese Weise nicht möglich – und nach kurzem Tauwetter politisch auch nicht mehr gewollt.“*¹⁴ Da wäre nach Lektüre der theoretisch fundierten Widerlegung von „Chruschtschows Lügen“ doch zumindest eine Selbstkritik der Redaktion der jW angebracht. Zumindest sollte sie jedoch ihren Leserinnen und Lesern Grover Furrs Buch ans Herz legen, was meines Wissens bis heute nicht in den Spalten der jW geschehen ist ...

Chruschtschows Jauchegrube

Eine fundierte theoretische Auseinandersetzung mit der „Geheimrede“ und den politischen Revisionen der Chruschtschow-Ära hätte die Redaktion der jW schon in den 1980 in deutscher Sprache erschienen Erinnerungen des Zeitzeugen und Teilnehmers des 20. Parteitags der KPdSU, Enver Hoxha¹⁵ „Die Chruschtschowianer. Erinnerungen“ entnehmen können. Lassen wir Enver Hoxha berichten:

„Sein [Chruschtschows] erster Bericht auf dem Parteitag, großspurig als „kolossaler Beitrag“ zum Bestand des Marxismus-Leninismus, als „schöpferische Weiterentwicklung“ unserer Wissenschaft angepriesen, stellt in Wirklichkeit die offizielle Charta des modernen Revisionismus dar. Schon damals fanden Chruschtschows „Neuentwicklungen“ bei der Bourgeoisie und der Reaktion ungemein großen Anklang. Diese

¹⁴ junge Welt vom 17./18.02.2001, S. 11

¹⁵ Enver Hoxha war als 1. Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) Leiter der Delegation der PAA auf dem 20. Parteitag der KPdSU und hat als solcher auch den „Geheimbericht“ Chruschtschows zu lesen bekommen.

sprachen ganz unverblümt von radikalen Veränderungen, die sich gerade in der Sowjetunion und der politischen und ideologischen Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vollzogen.

Die Reaktion und die Bourgeoisie begrüßten also die große, radikale Wende Chruschtschows freudig, versäumten es aber gleichzeitig auch nicht, bei verschiedener Gelegenheit zu erklären, sie sei „gefährlicher“ für ihre eigenen Interessen als die Linie der Stalinzeit. [...]

Am letzten Tag wurde der Parteitag hinter verschlossenen Türen abgehalten, [...hier] wurde den Delegierten auch noch ein zweiter Bericht Chruschtschows verlesen. Das war der berüchtigte gegen Stalin, der sogenannte Geheimbericht. Man hatte ihn allerdings schon vorher den [ebenfalls offenen Revisionisten und] jugoslawischen Führern zugesandt, und schon wenige Tage später geriet er als ein neues „Geschenk“ Chruschtschows und der Chruschtschowianer auch in die Hände der Bourgeoisie und der Reaktion. [...]

Nachdem wir den schrecklichen Bericht gelesen hatten, gaben wir ihn unverzüglich seinen Urhebern zurück. Wir brauchten diese von Chruschtschow ausgeheckte Jauhegrube ekelregender Beschuldigungen nicht. Wir gehörten nicht zu der Sorte von „Kommunisten“, die den Bericht mitnahmen, um ihn der Reaktion auszuhandigen und als gewinnträchtiges Geschäft pfundweise an den Kiosken zu verkaufen.“¹⁶

Die Entlarvung des modernen Revisionismus

Doch warum halten sich „Chruschtschows Lügen“ auch heute, nachdem sie zunächst von Kurt Gossweiler („Wider den Revisionismus“ und „Taubenfußchronik“) und nun von Grover Furr in seinem wissenschaftlich und historisch fundiertem Werk „Khrushchev lied“¹⁷ als haltlos, erstunken und gelogen entlarvt worden sind?

Diese Lügen sind die Voraussetzung für die politische und ideologische Wühltätigkeit der modernen Sowjetrevisionisten vom Schläge eines Chruschtschows, Breschnew und deren Nachfolgern bis hin zu einem Genosken Gorbatschow innerhalb der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956. Den öffentlichen, offenen und ideologischen Kampf gegen diesen modernen Revisionismus nehmen der Vorsitzende Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) erstmals im Jahr 1960 anlässlich des 90. Geburtstages von W.I. Lenin in ihrem Band „Es lebe der Leninismus“ auf:

¹⁶ Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer. Erinnerungen, Tirana, 1980, S. 200-203

¹⁷ 2007 in englischer Sprache erschienen, nun endlich auch auf deutsch.

„Es ist genau so, wie es in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Moskau vom November 1957 heißt: „Der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle“ Die alten Revisionisten waren seinerzeit bemüht, den Beweis für die Überlebtheit des Marxismus zu liefern, während die modernen Revisionisten denselben Beweis für den Leninismus antreten wollen. In der Moskauer Erklärung heißt es darüber: „Der moderne Revisionismus ist bemüht, die große Lehre des Marxismus-Leninismus in Verruf zu bringen, er erklärt sie für ‘veraltet’, behauptet, sie habe heute ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung verloren. Die Revisionisten sind bestrebt, den revolutionären Kern des Marxismus auszumerzen und den Glauben der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes an den Sozialismus zu erschüttern.“ Dieser Teil der Erklärung hat die Frage ganz richtig gestellt; er entspricht der tatsächlichen Situation.“¹⁸

Ideologischer Kampf gegen den Revisionismus – besonders auch heute

Im zweiten Teil von „Chruschtschows Lügen“ (Kapitel 10 bis 12) reist Grover Furr die Fragen an, warum und zu welchem Zweck es zu dem Kult um die Lügen von N.S. Chruschtschow „Geheimbericht“ gekommen ist. Eine Antwort liegt darin, dass es nach dem 20. Parteitag der KPdSU besonders in den 1960er und 1970er Jahren zu einem harten ideologischen Kampf in der internationalen kommunistischen Bewegung gekommen ist, der in der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“¹⁹ 1963 ff. einem Höhepunkt erreicht hat. Auf der einen Seite standen und stehen die modernen Revisionisten der damaligen KPdSU und die ihr hörigen Satteliten-KPen, auf der anderen Seite verteidigen in diesen Jahren der Vorsitzende Mao Tsetung und die Kommunisten der KPCh, PAA sowie weiterer Parteien den Marxismus-Leninismus. So verteidigt der Vorsitzende Mao Tsetung in seinem Artikel „Zum Tod Stalins“²⁰ in der Renmin Ribao vom 09.03.1953 das marxistisch-leninistische Erbe Stalins gegen die KPdSU und Co. Die albanischen Kommunisten verteidigen 1964 in ihrer Schrift „Die gefährlichen Manöver der Chruschtschowgruppe im Zusammenhang mit dem sogenannten Kampf gegen den „Personenkult“ muß man bis zum Schluß enthüllen“ umfassend das Werk des Genossen Stalin gegen die Fülle der Attacken der modernen Revisionisten. Um die Frage zu

¹⁸ Es lebe der Leninismus, Peking, 1960, S. 10-11

¹⁹ Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking, 1965

²⁰ Da dieser Artikel leider nicht in den V. Band der Gesammelten Werke Mao Tsetungs aufgenommen ist, wird er im Anhang aufgeführt.

beantworten, warum nach dem Tode Stalins die Chruschtschow-Banditen an die Macht kommen konnten, ist der Bericht von Enver Hoxha an den 5. Parteitag der PAA²¹ sowie sein Artikel „Die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder muß den Kampf aufnehmen, um die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen“²² vom 24.03.1968 sehr hilfreich.

Erst vor diesem Hintergrund erhellt sich die Notwendigkeit des langwierigen ideologischen Kampfes gegen den modernen Revisionismus in der BRD – auch heute noch. Zu diesem trägt Grover Furrs Buch „Chruschtschows Lügen“ insoweit bei, als es die teilweise gebetsmühlenartigen und hysterischen Rückgriffe auf Chruschtschows „Geheimbericht“ als das entlarvt, was sie sind: Moralisierende Lügen und unwissenschaftliche Desinformationen, die eine Diskussion in der kommunistischen Bewegung über die ideologischen und politischen Positionen der „bösen Stalinisten und Maoisten“ verunmöglichen sollen.

Karsten Schönsee – 08.02.2015

Anhang:

I.

Die im Text angegebenen Artikel und Bücher sind, auch antiquarisch, nur sehr schwer und teuer zu erstehen. Daher sei auf die nachfolgenden Internetseiten verwiesen:

www.stalinwerke.de Hier findet sich der volle Wortlaut von Chruschtschows „Geheimbericht“ und die Werke J.W. Stalins.

www.enver-hoxha.net Hier finden sich die genannten Bücher und Artikel der PAA und Enver Hoxhas in deutscher Sprache.

www.bannedthought.net Auf dieser englischsprachigen Webseite finden sich auch deutsche Texte der „Großen Polemik“ der KPCh und Mao Tsetungs.

www.infopartisan.net/archive/maowerke/index.htm Hier finden sich die Ausgewählten Werke Mao Tsetungs.

²¹ Siehe hierzu auch: Geschichte der PAA, Tirana, 1982, S. 387-419

²² Enver Hoxha, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Dortmund, 1974, S. 125-145

II.

Zum Tod Stalins

von Mao Tsetung (Renmin Ribao 09.03.1953)

Sowohl das theoretische als auch das praktische Werk des Genossen Stalin bilden einen unschätzbaren Beitrag für unser Zeitalter. Genosse Stalin ist der Repräsentant unserer Epoche in jeder Hinsicht. Sein Werk hat es dem sowjetischen Volk und der Arbeiterklasse aller Länder ermöglicht, die gesamte internationale Situation zu verändern.

Das Werk und die Ideen des Genossen Stalin haben sich tief in den Massen verwurzelt; sie sind ein unbesiegbare Kraft geworden, eine Kraft, die es jenen, die bereits einen Sieg erfochten haben, ermöglicht, noch weitere Siege zu erringen und die es denen, die tagtäglich unter der Unterdrückung des unheilvollen kapitalistischen Systems leiden, gestattet die Feinde des Volkes mutig zu schlagen.

Genosse Stalin hat auf allen Gebieten der Weiterentwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus Beiträge von historischer Bedeutung erbracht und damit den Marxismus auf eine neue Stufe gehoben.

Genosse Stalin hat die leninistische Theorie des **Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus** sowie die Theorie von der **Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Lande** schöpferisch weiterentwickelt.

Genosse Stalin hat die Theorie **der allgemeinen Krise des Kapitalismus** schöpferisch weiterentwickelt und einen wesentlichen Beitrag zur Theorie des **Aufbaus des Kommunismus** geleistet.

Er hat die Theorie in Bezug auf die **grundlegenden Gesetze des Sozialismus** einerseits **und des Kapitalismus** andererseits bereichert.

Er hat die Theorie **der Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern** weiterentwickelt und in schöpferischer Weise die Theorie Lenins **über die Partei** fortgeführt.

Alle diese schöpferischen Leistungen des Genossen Stalin haben es der Arbeiterklasse der ganzen Welt ermöglicht, ihre Einheit zu festigen, und sie haben die Einheit aller unterdrückten Klassen und Völker gestärkt. Damit haben sie auch den Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt und aller unterdrückten Völker für Freiheit und sozialen Fortschritt beflügelt und ermöglicht, dass in diesem Kampf so beispiellose Siege errungen werden konnten.

Alle Werke des Genossen Stalin sind unvergängliche marxistische Dokumente: Seine Werke „**Fragen des Leninismus**“, „**Geschichte der KPdSU(B)**“ sowie sein letztes Werk „**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR**“ stellen eine Enzyklopädie des Marxismus-Leninismus dar und fassen die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung im Laufe der vergangenen hundert Jahre zusammen.

Seine Rede auf dem **19. Parteitag der KPdSU** ist ein kostbares Testament, das er den Kommunisten in aller Welt hinterlassen hat.

Wir, die chinesischen Kommunisten sowie die Kommunisten aller Länder der Welt, finden in den großen Werken des Genossen Stalin unseren Weg zum Sieg. Seit dem Tod Lenins war Genosse Stalin immerzu die zentrale Persönlichkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir alle standen hinter ihm. Immer wieder haben wir ihn um seinen Rat gefragt, und wir alle haben uns durch die Lektüre seiner Werke ständig ideologisch gestärkt.

Genosse Stalin war erfüllt von einer tiefen Liebe für die unterdrückten Völker des Ostens. Seine Schrift „Vergesst den Osten nicht!“²³ war ein eindringlicher Aufruf, den er nach der Oktoberrevolution erließ.

Jeder weiß, dass die tiefe Zuneigung des Genossen Stalin auch dem chinesischen Volk galt, und dass er von der gewaltigen Kraft der chinesischen Revolution überzeugt war. Seine Beiträge in Bezug auf Probleme der chinesischen Revolution waren von erhabener Weisheit. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk konnten ihren historischen Sieg erreichen, weil sie der Theorie Lenins und Stalins folgten.

Nun haben wir unseren großen Lehrer und unseren aufrichtigen Freund, Genossen Stalin verloren. Die Tiefe dieses Unglücks kann man mit Worten nicht beschreiben, und auch die Trauer, die wir empfinden, liegt jenseits unserer Ausdrucksmöglichkeit.

Es ist unsere Aufgabe, **diese Trauer in eine starke Kraft umzuwandeln.**

Es lebe die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

Ewigen Ruhm dem erhabenen Namen des großen Genossen Stalin!

Mao Tsetung, 9.3.1953

²³ J.W. Stalin, Werke Band 4, Berlin/DDR, 1951, S. 149-151

Nachruf

Brigitte Queck: Persönlicher Nachruf. Professor Dr. Günther, Arzt, Antifaschist, Jude und mutiger Mahner gegen Krieg ist am 16.01.2015 in Husum gestorben

Professor Dr. Siegwart Horst Günther wäre am 24. Februar 2015 90 Jahre alt geworden.

Er war ein bescheidener und auf das Wohl aller bedachter Mensch.

Im 2. Weltkrieg verwundet, später Kurier der Stauffenberg-Gruppe und eingekerkert im KZ Buchenwald, dann Arzt und jüngster Professor der DDR im Ausland, ging es ihm bei all seinem Wirken vor allem um die Erhaltung des Weltfriedens als vornehmste Aufgabe überhaupt, der sich auch sein Staat - die DDR - während ihres 40-jährigen Bestehens verpflichtet fühlte.

Besonders hervorzuheben ist die langjährige Zusammenarbeit von Professor Dr. Günther mit Albert Schweizer im Urwaldhospital Lambarene und sein Wirken als Arzt und Wissenschaftler im Irak.

Ich selbst lernte ihn 1999 während der Zeit des NATO-Krieges gegen Jugoslawien auf einem Erfurter Antikriegskongress kennen, nachdem die Mütter gegen den Krieg, eingebettet in 160 Antikriegsaktivisten, von ihrer Fahrt aus Jugoslawien zurückgekehrt waren.

Professor Dr. Günther referierte in Erfurt über die von der US/NATO bereits im 2. Golfkrieg gegen den Irak eingesetzten und von ihm entdeckten neuen Waffen, die auch als Depleted-Uranium -, bzw. Uranwaffen bekannt sind.

Zwei Tage nach der Konferenz rief mich Professor Günther an, dass er einen nicht über postalischem Weg gegangenen, sondern an der Haustür abgegebenen Brief der Husumer Staatsanwaltschaft bekommen habe, in dem er darauf aufmerksam gemacht wurde, dass er in vier Tagen in die geschlossene Abteilung einer Psychiatrie eingewiesen werden soll, was durch eine polizeiliche Abholung erfolgen würde. Durch Information vieler Friedensgruppen und Parteien sowie eigenem persönlichem Einsatz gelang es, Professor Günther vor der Psychiatrie zu bewahren.

Anfang der 90iger Jahre, nach der Entdeckung dieser Depleted-Uranium-Waffen durch ihn und der Untersuchung dieser durch drei deutsche Forschungsinstitute, war er schon einmal in ein deutsches Gefängnis geworfen worden!

Was ist an dieser Waffe so geheimnisvoll? Warum versuchten ihn politische Kreise in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit der Rüstungsindustrie Zeit seines Lebens mundtot zu machen ?

Die wissenschaftliche Untersuchung einer im Diplomatengepäck aus dem Irak nach Deutschland geschmuggelten Geschosshülse hatte ergeben, dass diese stark radioaktiv war. nzwischen weiß man, dass diese Art von Depleted-Uranium-Waffen, unter Hitler entworfen, in den Rüstungslabors der USA weiterentwickelt, heute in allen Kriegsgebieten eingesetzt werden und zu den NEUEREN ATOMAREN WAFFEN zählen-welche bereits 1998 durch den Internationalen Gerichtshof verboten wurden!!

Die von Professor Günther im Irak entdeckten Waffen rufen Krebs, Immunschwächekrankheiten und Missbildungen bei Neugeborenen hervor - Krankheiten, die auch nach dem Abwurf von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki aufgetreten sind.

Warum wurde Professor Dr. Günther, der im Laufe seines Lebens zwar im Ausland mit vielen Auszeichnungen geehrt, wie, um nur einige zu nennen, dem Special Award 2000 for Peace and Humanity der International Association of Education for World Peace, gegründet vom ehemaligen UN-Generalsekretär Boutros-Ghali, der Friedensmedaille der Universität Nagasaki, Japan, dem Preis für Zivilcourage der Solbach-Freise-Stiftung im Jahre 2006, dem Nuclear-Free-Future-Award, Kategorie Aufklärung im Jahre 2007 u.a., - in Deutschland weder von Politikern empfangen, geschweige denn angehört?

Hatte er doch stets ausdrücklich betont, dass Depleted-Uranium-Waffen eine Erfindung der deutschen Faschisten waren, die dann erst durch die USA nach dem 2. Weltkrieg technisch weiterentwickelt wurden!

Eine von uns im Jahre 2012 vorgeschlagene Ehrung durch die Universität Jena, angesichts ihrer 450 Jahrfeier, an der Professor Dr. Günther studiert und promoviert hatte, wurde vom Rektor der Universität, Professor Dr. Dickel, mit der Begründung abgelehnt, dass „**eine Ehrung durch die Universität Jena eine besonders hohe wissenschaftliche Reputation oder eine besondere Verbundenheit mit der Universität voraussetzt**“.

Unser Einwand, dass der ehemalige Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, bzw. Eduard Schewardnaze, der ehemalige Außenminister der Sowjetunion unter Gorbatschow, die beide eine hohe Auszeichnung der Universität erhalten haben, Letz-

terer sogar die Ehrendoktorwürde der Friedrich-Schiller-Universität, diese Voraussetzungen GAR NICHT erfüllten, blieb unbeantwortet.

Zeit seines Lebens war Professor Günther ein Mahner gegen den Krieg. Er hat während der Zeit des Faschismus zu den wenigen gehört hatte, die es wagten, notfalls mit ihrem Leben gegen einen braunen Diktatoren wie Hitler zu kämpfen und dem es genau wie seinem Lehrer, Albert Schweitzer, stets um die „Ehrfurcht vor dem Leben“ ging.

Führen wir sein Werk fort, damit unser Erdball ein Ort des Friedens werde.

Brigitte Queck

Rechenschaftsbericht 2014

Wir haben in 2014 insgesamt 10 Hefte realisiert, alle mit einer Auflage von 600 Stück.

1-2014, Januar-Februar,	60 Seiten
2-2014, März-April,	84 Seiten
3-2014, Mai-Juni,	92 Seiten
4-2014, Sonderheft, Furr, Bland, Stalin,	100 Seiten
5-2014, Juli-August,	64 Seiten
6-2014, Sonderheft, E. Buchholz, Gründung der DDR	52 Seiten
7-2014, September-Oktober,	88 Seiten
8-2014, Sonderheft, Zur Geschichte der Sowjetunion	76 Seiten
9-2014, Sonderheft, Zur Geschichte der Sowjetunion, Heft 2	88 Seiten
10-2014, November-Dezember,	80 Seiten

Insgesamt 784 Druckseiten.

Die zahlreichsten Nachbestellungen gab es der Reihe nach von
9-2014, Sonderheft, Zur Geschichte der Sowjetunion II, (Jeschow)
8-2014, Sonderheft, Zur Geschichte der Sowjetunion I (u.a. Katyn)
4-2014, Sonderheft, Furr, Bland, Stalin
6-2014, Sonderheft, E. Buchholz, Gründung der DDR
3-2014, Mai-Juni.
10-2014, November-Dezember.

Das Sonderheft 6-2014, Erich Buchholz, „Wie kam es zur Gründung der DDR?“ wurde von der GRH in ihren Medien nachgedruckt.

Finanzen:

Einnahmen:

Spenden, Stände, Buchhandel 10.172,00 €

Ausgaben:

Druck: 8.375,00 €

Porto: 2.715,33 €

Büro: 273,52 €

Summe: 11.363,85 €

Fehl: 1.191,38 €

In 2013 hatten wir ein Spendenaufkommen von 8.481,23 €. Mit der Spendensumme von 10.172,00 € haben wir in 2014 ein gegenüber 2013 um fast 20 % verbessertes Spendenaufkommen. Herzlichen Dank dafür allen, die uns geholfen haben! Das ist mehr als ermutigend.

Trotzdem aber schließen wir dieses Jahr mit einem Minus von 1.191,38 € ab. Selbst schuld, könnte man sagen, was machen wir auch 10 Hefte. Aber die Texte erschienen uns so gut und so wichtig, dass wir nicht anders konnten, als sie zu veröffentlichen.

Wir schieben von 2012 schon ein Defizit von 1.000,- € vor uns her. Nun sind wir also bei 2.191,38 Gesamtdefizit angekommen. Und es sei hier ganz deutlich gesagt: dies Defizit zahlen Anna und Frank aus ihrer Haushaltskasse.

Etwa 1,5 % unserer Abonnenten/innen haben uns ausgesprochen großzügige Spenden zukommen lassen, zum Teil über Hundert oder mehrere Hundert Euro. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Selbstverständlich danken wir aber auch den vielen, die 40, 50 oder 70 Euro überwiesen und mit dieser Spendenhöhe mehr geleistet haben als die Kosten ihres Abos.

Und unser Dank gilt in gleicher Weise all denjenigen, die mit 25 oder 30 Euro die Kosten ihres Abos ausgeglichen haben.

Leider hatten etwas mehr als 20 % unserer Abonnenten/innen in 2014 keine Spende übrig für die offen-siv. Besonders diesen gilt unser Appell: bitte helft uns, jeder Euro zählt!

Anna C. Heinrich, Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt